Nr. 247. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 4 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 4186.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 20. Oktober 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Rechtszerrüttung und Kastenmoral.

Mit der fortschreitenden Zersetzung unserer heutigen Gesellschaftsordnung mehren sich auch die Zeichen vom Verfall der Rechtsanschauungen der herrschenden Klassen. Sobald Laune oder Eigeninteresse sie antreibt, setzen sich die Bevorrechteten unbekümmert hinweg über die Rechtssatzungen, deren Befolgung sie mit eiserner Faust den ausgebeuteten Arbeitmassen aufzuzwingen versuchen. Alle jene Willkürlichkeiten der Privilegirten erhalten aber erst dadurch ihr Gepräge als Merkmale des Gesellschaftsverfalls, daß die Handlung der Einzelnen einen Rückhalt findet in seiner Klasse, daß deren Organe den Rechtsbruch vertheidigen und beschönigen.

Eine solche Beschönigung findet die That des Generals Kirchhof jetzt in verschiedenen Zeitungen, welche die junkerlichen und sogar in solchen, die die Börseninteressen vertreten. Ja, einzelne derselben haben sogar die Stirn, die Nothwendigkeit reaktionärer Maßregeln gegen die Presse daraus herzuleiten. Vergegenwärtigen wir uns einmal zur Würdigung dieser Thatsache die einzelnen Phasen des Falles Kirchhof-Harich.

Aus Brandenburg hatten einzelne Blätter mitgetheilt, daß die Tochter eines Generals ein Liebesverhältniß mit einem Offiziersburschen angeknüpft habe. Nun geht zweifellos so etwas die Oeffentlichkeit garnichts an. Die Liebesbeziehungen junger Leute sind ausschließlich deren eigene Angelegenheit, die allenfalls noch deren Eltern und sonstige Verwandte in freudiger oder betrübender Weise erregen kann. Das Publikum hat sich auch ebenso wenig darum zu kümmern, wenn eine Generalstochter einen Kutscher liebt, als wenn die Tochter eines Schornsteinfegermeisters mit einem Müllerburschen zärtliche Beziehungen unterhält. Sollte die Sache sich wirklich so verhalten, wie sie dargestellt wurde, so würde das junge Mädchen obendrein unserer Sympathie gewiß sein, weil sie hochsinnig genug denkt, ihre Liebe nicht thörichten Standes-Vorurtheilen zum Opfer zu bringen.

Wenn wir also einerseits in dem Vorgange an sich nichts Tadelnswerthes weder für die Familie des jungen Mädchens, noch für dieses selbst erblicken könnten und andererseits den Zeitungsklatsch mißbilligen, so erblicken wir auch selbstverständlich keinen Anlaß darin zu einer Beleidigungsklage. Unter dem Bann der herrschenden Anschauungen glaubte indeß der Staatsanwalt den sämmtlichen höheren Offizieren Brandenburgs durch eine sogenannte Beleidigungsklage Genugthuung verschaffen zu müssen. Der Richter lehnte den von den beklagten Zeitungsredakteuren angebotenen Wahrheitsbeweis ab und verurtheilte sie wegen formaler Beleidigung. Es tritt dabei so recht das Widersinnige der in Deutschland herrschenden Rechtsanschauung von der Strafbarkeit sogenannter formaler Beleidigungen zu Tage, eine Rechtsanschauung, die die Wahrheit einer behaupteten Thatsache als ganz unerheblich beiseite schiebt.

Nunmehr verfiel der General Kirchhof auf den üblen Ausweg, dem einen der beklagten Redakteure durch Drohungen ein Schuldgeständniß abzwingen zu wollen. Bewaffnet mit einem Revolver drang er in dessen Wohnung ein und verlangte von ihm die Unterschrift unter eine in krassen Ausdrücken abgefaßte Erklärung, daß die gesammten auf seine Tochter bezüglichen Mittheilungen erlogen seien, indem er ihm buchstäblich die Pistole auf die Brust setzte. Als der Redakteur die entwürdigende Zumuthung ablehnte, drückte der General los und nur ein kugelsicheres Oberhemd — augenscheinlich ein unerläßliches Requisit für einen verantwortlichen Redakteur im Militärstaat — schützte den Bedrohten vor dem Tode und den Attentäter vor der Blutschuld und ihren Folgen.

Die That des Generals läßt sich durch das Zusammenwirken verschiedener Momente erklären, wenn auch keineswegs entschuldigen. Wie die Mehrzahl seiner Standesgenossen steht er unter dem Einfluß der konventionellen Moral, die nicht sowohl die That als das Bekanntwerden der That als das schlimmste Uebel verpönt. Daß an sich der Abscheu vor einer nicht standesgemäßen Liebe das Vorurtheil eines verknöcherten Kastengeistes ist, haben wir vorhin schon hervorgehoben. Zu diesen zwei Vorurtheilen kam noch das dritte aus den falschen Ehrbegriffen der Feudalzeit entstammende, daß man durch Blutvergießen seine geschmälerte Ehre wieder vollgiltig machen könne. Eine hochgradige nervöse Ueberreiztheit wird dann zur That den erforderlichen Impuls gegeben haben.

Durch solche Erwägungen läßt sich die individuelle Schuld des Generals einigermaßen mildern und theilweise auf den Geist seiner Klasse abwälzen, immer unter der Voraussetzung natürlich, daß er fest überzeugt ist von der Unrichtigkeit der in Umlauf gesetzten Gerüchte, denn anderenfalls würde zur Mordbegier noch die Heuchelei als zehnfach verschlimmerndes Moment hinzukommen. Bei der bevorstehenden gerichtlichen Untersuchung des Falls, die ja leider vor dem Militärgericht hinter verschlossenen Thüren stattfinden wird, darf jedenfalls, um die Schuld des Attentäters richtig zu bemessen, der Wahrheitsbeweis für die ursprüngliche Zeitungsnachricht nicht wieder zurückgewiesen werden.

Dem Rechtsgefühl des Volkes schlagen aber frech die Leute ins Gesicht, welche in der militärisch-bureaukratisch-börsenjobberischen Presse den Mordversuch des Generals Kirchhof als einen „Akt der Nothwehr" verherrlichen. Dann war auch die Ermordung des Journalisten Victor Noir durch den Prinzen Peter Bonaparte ein Akt der Nothwehr. Die „Bank- und Handels-Zeitung" in Berlin empfiehlt, in solchen Fällen künftig statt des Revolvers die Reitpeitsche zu nehmen, und hat die Schamlosigkeit sich für ihr Gefasel auf die Worte Stauffacher's in Schiller's Tell zu berufen: „Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, wenn unerträglich wird die Last" u. s. w. durch die Schiller dem Volke das Recht der Empörung gegen eine ausbeutende Herrscherkaste zuspricht.

Doch schlimmer als diese lächerliche Sinnesverlumpung durch den liebedienerisch mit einem hochwohledelgeborenen Offiziersstande kokettirenden Börsenredakteur ist es, daß die „Kreuz-Zeitung" und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den Fall Kirchhof auszunutzen versucht zu einer Verschärfung der Strafbestimmungen — nicht gegen Attentäter auf das Leben ihrer Mitmenschen, sondern gegen die Presse. Die „Kreuz-Zeitung" gelangt über den General Kirchhof zu dem Urtheil: „Solche feinfühligen und dabei kraftvollen Naturen können nur Sympathieen erwecken. Im Vertrauen auf ihr gutes Recht setzen sie sich über die Formen der Rechtsprechung hinweg, nachdem dieselben versagt haben."

Uns kam dabei der Gedanke: Wenn einmal alle jene „gemeinen" Soldaten, die im Militärdienste durch Unteroffiziere und Offiziere weit schlimmer an ihrer Ehre gekränkt werden, nun auch, als das dem Brandenburger General passirte, nachdem sie mit dem dürftigsten Erfolg oder ganz vergeblich auf dem Beschwerdeweg sich Genugthuung zu schaffen versucht haben, das Recht in ihre eigene Hand nähmen und ihre Peiniger über den Haufen schössen, würde da auch die „Kreuz-Zeitung" diesen „feinfühligen und kraftvollen Naturen" ihre Sympathie aussprechen?

Sicher nicht! Sie mißt wie alle ihre Gesinnungsgenossen sich mit zweierlei Maß.

Das Volk aber erkennt nur ein Recht an, das gelten soll für die Mächtigen wie für die Schwachen. Und mag deshalb das Urtheil des Militärgerichts über den General Kirchhof ausfallen, wie es will, gerichtet haben sich selbst alle diejenigen, welche auch bei dieser Gelegenheit wieder ihre Feindseligkeit gegen das Recht der öffentlichen Kritik die Verworrenheit ihrer Rechtsbegriffe und die Verkommenheit ihrer Kastenmoral bekundet haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Oktober.

Dem Kriegsminister von Kaltenborn-Stachau ist sein Demissionsgesuch endlich bewilligt worden. Herr v. Kaltenborn hat die Vertretung der Militärvorlage ganz dem Reichskanzler überlassen müssen, galt also schon seit längerer Zeit nicht befähigt, seinem Amte vorzustehen. Er hat ohne Geschick, aber mit viel Eifer alle Soldatenmißhandlungen, das Militär-Strafprozeßverfahren und die Maßregelungen sozialistischer Arbeiter in den militärischen Werkstätten vertheidigt. Wir weinen ihm keine Thräne nach.

Sein Nachfolger ist der General Bronsart v. Schellendorf, der Bruder des früheren Kriegsministers gleichen Namens. Er wird den alten Kurs halten und sich somit keine Sympathien beim Volke erwerben. —

Der konservativen Korrespondenz erscheinen unsere Erfolge zu klein. Es scheint, daß sie zufriedener gewesen wäre, wenn unsere Erfolge größer gewesen wären. Künst-

Feuilleton.

[38

Der Aufruhr in den Cevennen.

Eine Erzählung
von Ludwig Tieck.

Er konnte es nicht von sich abwehren, daß ihn nicht in dieser Wohnung die frühesten und lieblichsten Erinnerungen seiner Kindheit besuchten, er verwunderte sich über sich selbst, daß sein Zorn, sein brennender Religionseifer hier fast ermattet, beinahe, mußte er sich gestehen, vergessen war. Er sann und träumte dann beim Geräusch der Bäume, beim Murmeln des kleinen Wasserfalles, wie weichlich seine Seele dahinschmelze und sein Entschluß, ähnlich dem Reinald in Armidas Zaubergarten, alle seine Kraft einbüße. Wenn er seinen vorigen Muth nicht wiederfinden konnte, so nannte er im wachen Traume, am Bach hinwandelnd, diesen den Strom des Vergessens, wo er diesseit die Frühlingslüfte eines blumenathmenden Elysiums genieße und ihn Lethe auf immer von jener Welt des Kampfes und der Leiden trenne.

Der Geistliche hatte den Jüngling auch aufs freundlichste aufgenommen; so oft Edmund wiederkehrte, glänzte ein solches Vergnügen in Antlitz des Alten, daß sich der Fremde mit Wohlwollen und Rührung an seinen Wirth gebunden fühlte. Dieser betrachtete ihn oft scharf, als wenn er ihn schon früher gekannt hätte, und sann dann nach, als könne er jene Erinnerungen nicht anknüpfen.

„Mein theurer Ritter Valmont" (so hatte sich Edmund genannt), fing der Alte am zweiten Tage an, als sie bei Tische saßen, „je länger Sie bei mir sind, je wohler wird mir in Ihrer Nähe. Eine wundersame Aehnlichkeit mit einem alten Freunde zwingt mich beinahe, Sie wie einen theuren Angehörigen, möchte ich doch fast sagen, wie einen Sohn zu behandeln. Seit langer Zeit ist kein Fremder in meine Einsamkeit zu mir gekommen, ich erfahre hier von der Welt nur wenig, und darum ist mir auch ein solcher Zuspruch wie der Ihrige um so theurer."

„Auch mir ist wohl in Ihrer Nähe," antwortete Edmund, „und ich frage mich nicht ohne Wehmuth, warum es dem Menschen doch nicht vergönnt ist, seine Tage in dieser friedlichen Ruhe, von der Natur erhoben und belehrt, von den einfachsten und schönsten Genüssen erheitert und getröstet, hinzuleben?"

„Vielleicht wird es Ihnen so, theuerster Mann," antwortete der Pfarrer lebhaft, „vielleicht sehen wir uns dann recht oft und vertraulich, wenn Sie nur erst Besitzer jenes Schlosses sind, das ja kaum eine halbe Stunde von hier entfernt ist."

„Und," sagte Edmund zögernd, — „wenn der Krieg sich auch hier herunterwälzt? Wenn dieses Schloß, wenn dieses Haus hier in Flammen aufgeht? Wo ist Sicherheit in unsern Tagen?"

„Der Herr wird uns beschützen," antwortete der Pfarrer, „wie er es bisher gethan hat."

„Und wenn er den Gegnern den Sieg verleiht?"

„Sein Wille geschehe," betete der Alte, „denn sein Rathschluß ist Weisheit, er ist gerecht und gütig, und bei der Macht wohnt die Liebe."

„Scheint es doch fast", sagte Edmund verwundert, „daß Sie nicht ungeneigt sein würden, auch den Rebellen den Sieg zu gönnen; Sie drücken sich wenigstens so milde aus, daß ich den Katholiken, der für seine Religion so eifert, wie er doch sollte, in Ihnen nicht erkenne."

„Verstehen wir uns nicht falsch," erwiderte der Alte, „ich will nur sagen, daß ich mich ganz und gar und unbedingt in den Willen meines Herrn ergebe und ihm die Führung überlasse, ohne zu murren, ohne mit ihm zu hadern. Aber ich liebe meine Religion, ich bin von ihr durchdrungen, und eben darum sei es fern von mir, jene Armen, Verirrten zu bannen und den Fluch auf ihre Häupter herabzurufen."

„So sind Sie ein würdiger Diener Ihrer Religion," antwortete Edmund, „und verdienten, daß Ihnen die Erleuchtung der bessern würde."

Der Alte sah den Jüngling lächelnd an und sagte: „Jetzt haben Sie sich verrathen, junger Herr, — erröthen Sie nicht," fuhr er im mildesten Tone fort, — „besorgen Sie von mir nichts; Sie sind mir darum nicht weniger willkommen. Vielleicht verstehen wir uns, wenn wir uns näher kennen, vielleicht auch nicht; aber mein lieber Gast bleiben Sie gewiß, möchten auch wohl noch mein Freund werden, wenn es sich auch fügt, daß ich Ihren Enthusiasmus oder Ihre Schwärmerei tadeln muß. Allein wieviel würdige, edle, wahrhaft begeisterte und liebende Gemüther habe ich auch unter den Hugenotten gekannt und wie viele liebelose in meiner Kirche. Jetzt ist freilich in unserem Lande eine klägliche Zeit, und noch ist kein Ende des Jammers abzusehen."

Edmund hatte sich von seiner Ueberraschung und Verlegenheit wieder erholt und sagte: „Ist es aber wohl das Rechte, so gleichgiltig und unbestimmt zu verharren, wie

liche „Mache“ seien die Erfolge der Sozialdemokratie. Merkwürdig, daß diese künstliche Mache durch fast 30 Jahre sich aufrecht erhalten ließ und daß die Seifenblase noch immer nicht geplatzt ist. Die Nährmutter der konservativen Presse rechnet heraus, daß uns jeder sozialdemokratische Abgeordnete 3640 M. gekostet hat. Das Exempel ist sehr einfach, indem die ganzen Kosten der Reichstagswahl-Agitation und die Diäten durch die übrigens zu gering angenommene Zahl unserer Abgeordneten dividirt wird. Als ob es den Sozialdemokraten auf die Zahl der Abgeordneten und nicht auf die Verbreitung unserer Grundsätze ankäme.

Die Hintermänner der konservativen Korrespondenz würden unsere Abgeordneten vielleicht noch ertragen, würde die sozialdemokratische Wählerzahl nicht so gestiegen sein. Das Zurückdrängen der liberalen und konservativen Parteien, unser Vordringen in den erbgesessenen Sitzen der Konservativen und Zentrumspartei ist das ausgegebene Geld wohl werth. Da die „Konservative Korrespondenz“ das nicht zugestehen will, fälscht sie. Das beweist mehr für unsere Erfolge, als wenn sie sie offen zugestehen würde. —

Der sächsische Landtag ist auf den 13. November d. J. einberufen. —

Einer Abänderung des sächsischen Landtags-Wahlgesetzes reden die antisemitischen „Dresdner Nachrichten“ das Wort. Nicht etwa, als ob sie das Reichstags-Wahlrecht für die Landtagswahlen eingeführt sehen möchten — bewahre, über solchen Verdacht sind die „Dresdner Nachrichten“ erhaben — es ist nur eine Bestimmung des Gesetzes, die ihnen Pein macht. Sie finden nämlich, daß bei den dermaligen Parteikonstellationen die Bestimmung über die Drittelmehrheit vielfach den Sozialdemokraten zu gute kommt und wollen daher das Prinzip der absoluten Majorität in das Wahlgesetz aufgenommen sehen. Das ist so die echte rechte Gelegenheitskrämerei; nicht weil ein Gesetz sich als ein Unrecht gegen große Bevölkerungskreise erweist, will man seine Abänderung, sondern weil man zufälligerweise selbst einmal davon Nachtheil haben kann. Es ist ihnen nicht darum zu thun, daß ein allen Staatsbürgern gerecht werdendes Wahlrecht geschaffen werde, sondern nur um die Erhaltung ihrer Herrschaft ist es dieser Ordnungssippschaft zu thun. —

Die Sozialdemokraten im bayerischen Landtage brachten einen Antrag ein auf eine völlige Steuerreform mit alleiniger stufenweiser Einkommensteuer, ausgiebiger Besteuerung der großen Einkommen ohne höchste Grenze, Aufhebung der indirekten Abgaben auf die Lebensmittel, wirksamerer Besteuerung der großen Erbschaften und allmäliger Verstaatlichung des Hypothekenwesens. Die Gemeinde müsse bei einer Zwangsveräußerung als Käufer eintreten, wenn eine bestimmte Höhe des Gutswerthes nicht erreicht werde. Der Staat giebt hierzu den Gemeinden Geld gegen mäßigen Zins und Hypothekensicherheit. Bei der Verpachtung eines Gutes seitens der Gemeinde ist zuerst der Vorbesitzer zu berücksichtigen, wenn er dazu fähig ist, ebenso bei einem Weiterverkauf. Eine staatliche Landesbank verwaltet diese Gelder und sorgt für eine billige Deckung des bäuerlichen Realkredits. —

Die beleidigte bayerische Kammer. Der bayerische Justizminister sucht die Ermächtigung nach zur Verfolgung der sozialdemokratischen „Münchener Post“ wegen Beleidigung der Kammer. —

Zu den Soldatenmißhandlungen bemerkt heute die „Kreuz-Zeitung“ gegenüber einer Notiz des „Berliner Tageblatts“, durch die festgestellte Thatsache der Soldatenmißhandlungen in Bayern sei der Beweis geliefert, daß die Oeffentlichkeit des Militärgerichts-Verfahrens keine Garantie gegen die Soldatenmißhandlungen bilde. Da hat die „Kreuz-Zeitung“ Recht, und wir selbst haben es schon vor Jahresfrist im Reichstag gesagt. Die Soldatenmißhandlungen werden erst mit dem System des Militarismus aufhören. Trotzdem ist die Oeffentlichkeit des Militärgerichts-Verfahrens eine Forderung, an der wir festhalten müssen. Sie erleichtert die Bestrafung der Schuldigen, und bahnt, indem sie dem Volk einen Einblick in die militärischen Zustände gewährt, gründlicher Besserung den Weg — gründlicher Besserung — das heißt der Abschaffung des Militarismus. —

Einer der nichts gelernt hat. Die „Magdeburger Zeitung“ veröffentlicht einen Brief, den Herr von Bismarck am 20. April 1848 an sie richtete. Der Brief handelt von der Polenfrage und lautet:

„Eine nationale Entwicklung des polnischen Elements in Posen kann kein anderes vernünftiges Ziel haben, als das, einer Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches zur Vorbereitung zu dienen. Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen (wie die Polen selbst es hoffen, wenn sie es auch noch verschweigen), ihm ganz Posen, Westpreußen und Ermeland wiedergeben, dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten und Millionen Deutscher der Polnischen Willkür überantwortet sein, um einen unsicheren Verbündeten zu gewinnen, der lüstern auf jede Verlegenheit Deutschlands wartet, um Ostpreußen, Polnisch-Schlesien, die polnischen Bezirke von Pommern für sich zu gewinnen. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringeren Umfange beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen zu diesem neuen Reich nur den entschieden polnischen Theil des Großherzogthums Posen hergäbe. In diesem Falle kann nur der, welcher die Polen gar nicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben würden, so lange sie nicht die Weichselmündung und außerdem jedes polnisch redende Dorf in West- und Ostpreußen, Pommern und Schlesien von uns erobert haben würden. Wie kann aber ein Deutscher, weinerlichem Mitgefühl und unpraktischer Theorie zu Liebe, dafür schwärmen, dem Vaterland in nächster Nähe einen rastlosen Feind zu schaffen, der stets bemüht sein wird, die fieberhafte Unruhe seines Innern durch Kriege abzuleiten und uns bei jeder westlichen Verwickelung in den Rücken zu fallen, der viel gieriger nach Eroberung auf unser Kosten sein wird und muß, als der russische Kaiser, der froh ist, wenn er seinen jetzigen Koloß zusammenhalten kann, und der sehr unklug sein müßte, wenn er den schon starken Antheil zum Aufstand bereiter Unterthanen, den er hat, durch Eroberung deutscher Länder zu vermehren bemüht sein wollte. Schutz gegen Rußland brauchen wir aber von Polen nicht; wir sind uns selbst Schutz genug. Ich halte daher unsere jetzige Politik in bezug auf Posen, auch wenn man jeden einzelnen Deutschen daselbst dem Deutschen Bunde vorbehält, auch wenn man nur den kleinsten Theil des Polnisch redenden Antheils dem übrigen Staat durch Sondereinrichtungen entfremdet, für die bedauerlichste Donquixoterie, die je ein Staat zu seinem und seiner Angehörigen Verderben begangen hat.“

Was da der Herr von Bismarck geschrieben hat, das hätte auch der Fürst und Graf von Bismarck schreiben können — Wort für Wort. Genau dieselbe junkerliche Verbohrtheit, durch welche die Polen-Politik des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers von Bismarck sich ausgezeichnet hat. Polen ist der unsichere Verbündete, stets lüstern über Deutschland herzufallen — während das — nicht genannte — heilige Rußland unser Erbfreund ist, vor dem, mit den Franzosen um die Wette, gekrochen werden muß. Ein „Wettkriechen“ nannte es weiland die „Kölnische Zeitung“. „Russischer als russisch“ war schon der „Herr von“, „russischer als russisch“ war der Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler, und auch die „alte Raketenkiste“ ist noch „russischer als russisch“. Wenigstens in diesem Punkt ist der Ex-Nationalgötze sich gleich geblieben. —

Gegen die Tabak-Fabrikatsteuer. Im Tivolisaale in Ratibor fand am Montag Abend eine von etwa 700 Personen besuchte Versammlung von Tabakarbeitern statt. Dieselbe faßte folgende Resolution:

„Die heutige öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Interessenten von Ratibor protestirt gegen jede weitere Belastung des Tabaks, sowie gegen das ganze System der indirekten Steuern, welches verwerflich und dazu angethan ist, das Volk, im Besonderen die arbeitende Bevölkerung, dem sicheren Ruin entgegenzuführen. Die Versammlung erwartet vom Reichstage, daß derselbe der Regierung in betreff der Tabak-Fabrikatsteuer ein entschiedenes Halt zurufen und den Vertretern derselben klar machen wird, daß das Volk nicht mehr willens ist, namentlich für das Militär weitere Opfer zu bringen.“ —

Monopole in der Schweiz und in Deutschland. In der Schweiz erstrebt die Sozialdemokratie die Einführung des Tabakmonopols, in Deutschland bekämpft unsere Partei mit aller Entschiedenheit jede weitere Belastung des Tabaks und ganz insbesondere die Einführung des Tabakmonopols. Und dabei sind beide Parteien konsequent.

In der Schweiz soll nach dem Wunsch der Sozialdemokraten der Ertrag des Tabakmonopoles für die Krankenversicherung verwandt werden, die dann ohne Beiträge der Arbeiter bestehen könnte, in Deutschland würden die Erträgnisse des Tabakmonopols lediglich zur Stärkung des Militarismus verwandt werden, in der Schweiz würde die Lage der Tabakarbeiter verbessert, in Deutschland verschlechtert werden, in Deutschland würde die Staatsallmacht, in der Schweiz das Recht des Volkes durch das Tabakmonopol vergrößert werden. Deshalb können unsere schweizer Genossen mit ebensolcher Entschiedenheit für das Tabakmonopol eintreten, wie wir es bekämpfen. —

Montag beginnt in Wien die Debatte über die Wahlreform-Vorlagen, deren nicht weniger als **23** vorliegen. —

Zur Wahlrechtsfrage in Oesterreich. Der Klub der vereinigten deutschen Linken (liberale Partei) hat folgendes Communiqué versandt:

„Die vereinigte deutsche Linke erblickt in dem Wahlreformentwurfe der Regierung eine schwere Bedrohung des politischen Besitzstandes des Bürger- und Bauernstandes im allgemeinen und jenes des deutschen Volkes insbesondere. Sie ist bereit, den Arbeitern zunächst eine sofortige Vertretung zu schaffen sowie an einer allgemeinen Wahlreform mit Erweiterung des Stimmrechts überhaupt mitzuwirken, welche zugleich bei einer entsprechenden Vermehrung der Abgeordnetenzahl für die berechtigten Interessen des städtischen und ländlichen Mittelstandes ausreichende Bürgschaften bietet. Die Partei muß schon heute ihre Entrüstung über das Vorgehen der Regierung aussprechen, welche vor wenig Monaten in ihrem Programme das Wort gab, Veränderungen des nationalen Besitzstandes hintanzuhalten und nunmehr eine solche, alle nationalen und staatlichen Verhältnisse umwälzende Wahlreform vorlegt, ohne, wie bei der Natur des Gegenstandes und nach dem Beispiele der Geschichte der Wahlreformen in anderen Ländern die parlamentarische Sitte und die politische Pflicht geboten hätten, die Stimmen der parlamentarischen Parteien und der berufenen Volkskreise gehört zu haben. Diese Kundgebung ist einstimmig angenommen worden.“

Der Polenklub nahm in der Sitzung am 16. d. M. mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution an: „Ohne sich prinzipiell der Idee einer Erweiterung des Wahlrechts auf dem den autonomistischen Anschauungen des Klubs entsprechenden Wege zu verschließen, erklärt der Polenklub, daß er mit Rücksicht auf die staatlichen und politischen Interessen und die autonomistischen Grundsätze mit dem Inhalte der Regierungsvorlage betreffend die Wahlreform nicht einverstanden und beauftragt den Obmann, diesen Standpunkt bei den ersten Lesung im Hause zu vertreten.“

Die Wahlrechtsbewegung zieht immer weitere Kreise. Ein Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Wiener Gemeinderath (Stadtverordneten-Kollegium) wird seitens der Antisemiten vorbereitet. —

Das rothe Gespenst lassen die Liberalen in Oesterreich nun gegen den Grafen Taaffe los. Der österreichische Abgeordnete Max Menger beginnt in der „Neuen Freien Presse“ eine Artikelserie zur Wahlreform-Vorlage, in deren ersten Abschnitt er glaubhaft zu machen sucht, daß die Sozialdemokraten schon im ersten Ansturm zu einer der größten Parlamentsparteien in Oesterreich werden würden, daß alle Schätzungen, selbst die auf 50 sozialdemokratische Sitze, hinter der Wirklichkeit zurückbleiben werden. Man merkt leicht die Absicht, die Liberalen wollen den Kaiser und die Feudalen ängstigen und dichten den Sozialdemokraten eine Stärke an, die sie leider noch lange nicht haben. Sie vergessen aber dabei, daß die Sozialdemokratie, wenn sie wirklich so stark wäre, schon längst die Schranken niedergeworfen hätte, die gegen ihr Eindringen in die parlamentarischen Körperschaften errichtet wurden. —

Sozialist und Patriot. Vor wenigen Tagen wurde in Südfrankreich der Sozialist Berdoulay zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er für den Bergarbeiterstreik agitirt hat. Berdoulay, der als Sozialist schon mehrfach bestraft wurde und von der Bourgeoisie ein verhärteter Vaterlandsfeind geschimpft wird, hat seinerzeit unter Mac Mahon die Schlacht von Wörth mitgemacht, gehörte zu den wenigen Ueberlebenden der „Küraffiere von Reichshofen“ und ist wegen seiner heldenmüthigen Haltung auf dem Schlachtfelde hervorragend ausgezeichnet worden. Die Vertheidigung des Vaterlandes ist aber nach Bourgeoisbegriffen kein so werthvoller Patriotismus als die Ausbeutung der vaterländischen — und nicht vaterländischen Arbeit. —

Im Land wo die Zitronen blühn wollen leider die Geschäfte und die Finanzen nicht blühen — außer den Geschäften und Finanzen der Panamisten. Und auch diese wollen nicht mehr gedeihen. Herr Giolitti, ihr Großprotektor,

---

Sie mir zu sein scheinen? Doch vielleicht werde ich im Alter auch so fühlen, denn auch mein Vater sprach zu meinem Verdruß fast in Ihrer Weise.“

„Sie kennen mich noch nicht,“ antwortete der Priester, „und ich darf wohl ohne Anmaßung sagen, daß sich ein Urtheil über einen Mann, der an sich selbst und der Welt viel erfahren, der gedacht und wahrhaft gelebt hat, nicht so schnell und handfertig fällen läßt. In Religionssachen vorzüglich schwindelt mir immer in Angst, wenn ich sehe, wie so viele den ganzen Inhalt eines tiefsinnigen Geheimnisses auf ein Buch, eine Redensart, ein Wort oder gar eine arme Silbe stellen möchten und die Unermeßlichkeit der Liebe nach Gran und Skrupeln abwägen, damit sie um so schneller wissen, wie ungesäumt der Bruder zu verdammen sei, der in anderer Gegend und mit anderen Gefäßen aus dem Meere der Gnaden schöpfen will. Wer gar zu hurtig das Ja und das Nein auf die Fragen des Gemüthes zu sagen weiß, in solchem ist wohl weder Zweifel noch Ueberzeugung schon erwacht. Auch ist jene Ermüdung, die wehmüthige Ermattung, die uns befällt, wenn wir alle Parteien im Irrsal befangen sehen, alle Wahrheit und Begeisterung mit der menschlichen Leidenschaft gemischt und verunstaltet, nicht Gleichgiltigkeit zu nennen. Wen das offenbarte Wort einmal durchleuchtet hat, der kann den Liebesblick niemals wieder vergessen, der in seinem Innern aufgegangen ist, der kann eher von seinem Leben als von seiner Ueberzeugung lassen, er bedarf keines Beweises, keiner Erneuung, die ihn bestätigt, keiner Leidenschaft, keines Wahns oder Wunders, um sich in sich noch fester zu gründen, so wenig als Spott oder Zweifel, glänzendes Talent oder anmaßende Philosophie jenen Angelstern in seinem Herzen wieder verrücken können.“

Edmund wurde nachdenklich. „Sie sprechen“, sagte er endlich, „aus meinem ehemaligen Dasein in mich hinüber; ich glaube Sie zu verstehen und habe mich vormals doch wohl selbst nicht verstanden. Sie erwähnten eben der Wunder und gleichsam geringschätzig. Aber leben wir nicht im Zeitalter derselben? O mein verehrter, alter Freund, könnten Sie sehen, was ich gesehen habe, möcht' ich Ihnen sagen, was ich selbst erlebte, so würden Sie irre an sich und Ihrer Ueberzeugung werden. Aber Sie machen es sich bequem, um nur des Kampfes los zu sein, Sie leugnen die Prophetengaben, die Gesichte, die wundervollen Zustände jener Kinder und verzückten Kamisards oder schelten mit Ihrer Kirche alles Betrug und Lüge, wenn Sie nicht gar, wie ich von Ihnen nicht glauben kann, mit den Verruchtesten einstimmen und es für Werke des Satans und der Hölle erklären.“

„Ei, nein, mein junger Enthusiast“, rief der Alte, „keines von allen diesen; ich habe vernünftige Menschen gesprochen, selbst vor Jahren ähnliche Seltsamkeiten gesehen: warum soll ich diese sogenannten Wunder leugnen, und, mag auch hier und da Lüge sich einmengen, was soll mich abhalten, sie zu glauben?

„Nun, und dennoch?“ fiel Edmund heftig ein, „dennoch wollen sie sich der Wahrheit entziehen und nur Ihre Kirche für die rechtgläubige halten?“

„Hat denn die meinige keine Wunder aufzuweisen?“ sagte der Alte demüthig, „und warum soll ich diese nicht anerkennen? Sollte sich aber die Wahrheit der Offenbarung darauf begründen müssen, so wären wir im schlimmsten Irrsaal befangen. Was Gewohnheit uns nothwendig macht, nennen wir Natur und ihre Gesetze; wo ich eine Abweichung sehe, die mich überrascht und erstaunt, spreche ich von Wunder, als wenn jene sogenannten Gesetze nicht ebenfalls Wunder wären, als wenn ich die alltäglichste Erscheinung deuten, fassen und erklären könnte. Als wenn jede Blume mir nicht als Räthsel entgegenblühte, mein Entstehen, Wachsthum und Vergehen, Sonne, Mond und Sterne, Licht und Firmament und Wasser, ja die Organisation der kleinsten Mücke nicht ebenfalls Wunder sei. Alles Leben umgiebt mich geistig, wundersam; oder wenn mein Geist aus dem ruhigen Element seiner himmlischen Atmosphäre gerissen ist, als Graun und Gespenst, dann wird die Liebe selbst Haß und Verzweiflung, und die Weisheit sowie das offenbarte Wort des Herrn Wahnsinn und Gotteslästerung.“

Edmund war stumm. „Kenn' ich denn,“ fuhr der Alte fort, „das, was ich Natur und ihre Kräfte, was ich Geist und seine Fähigkeit nenne? Wie wechselt es in jedem Menschen, an jedem Tage, bei geringfügigen Veranlassungen. Der Dichter, der Künstler weiß von Stimmungen zu sagen, die dem Laien als Aberwitz oder Wunder erscheinen müssen; Kräfte thun sich auf, von denen die Vorzeit nicht wußte, vieles andere ist im Laufe der Zeiten untergesunken oder vergessen worden, es erscheint wohl einmal wieder, um erstaunen zu machen oder die echte Wissenschaft tiefer zu begründen. Kann mein Sinn die Allmacht beschränken wollen, und weiß ich, was Gott aus weisen unergründlichen Ursachen zulassen oder bewerkstelligen wird? Aber niemals kann sich ein Wunder zu einem religiösen Geheimnisse erheben; die Offenbarung bedarf dessen nicht, um ihre ewige Wahrheit zu urkunden; der Heiland selbst verrichtete nicht deshalb seine Wunder und schalt die Pharisäer und das Volk, denn eine Wundersucht bekundet Unglauben und Irreligiosität, und wo die Leidenschaft, die Partei oder Sekte im Meinungskampfe auf diese unerklärlichen Erscheinungen Hoffnungen baut, Ueberzeugungen gründen will oder gar aus ihnen fort und fort ins Unbestimmte beweisen und erklären, da ist es um alle unbefangene Prüfung, um alle wahre Religion schon längst geschehen.“

„Und die Auferstehung des Herrn?“ warf Edmund ein.

„Ist,“ sagte jener, „nicht zu den Erscheinungen zu rechnen, die man gemeinhin Wunder nennt, wenn der größere, unerleuchtete Sinn sie freilich nur so aufzufassen vermag.“

„Fahren Sie fort,“ sagte Edmund, „mir Ihre Meinung deutlich zu machen, noch bin ich nicht zu alt, um zu lernen.“

(Fortsetzung folgt.)

ist in wachsenden Nöthen. Er hat gestern seine langversprochene „Programmrede“ gehalten, und sie war vom ersten bis zum letzten Wort eine Verlegenheitsrede. „Wir sind in Schwulitäten aber nicht bankrott. Wir müssen sparen!“ Kurz, das alte Lied, das wir so oft schon gehört haben und dem niemand mehr glaubt. Was nützt das Sparen, wenn nicht gespart wird? Den armen Beamten, dem Unterrichtsbudget, den Kunstanstalten u. s. w. ein paar Francs ab„sparen“, — das nützt nichts, das schadet nur — die Hunderte von Millionen des Militär- und Marinebudgets aber sind ein Rührmichnichtan, vor dem das Sparen Halt macht. Herr Giolitti will es mit einer progressiven Einkommensteuer versuchen, stößt damit jedoch auf Widerstand bei all' seinen reichen Freunden, die, wie anderorts, gerne viel nehmen, und gutwillig auch nicht das winzigste Krümchen geben. — Herr Crispi sieht mit Vergnügen die kritische Lage seines „Freundes“ Giolitti, dessen baldigen Sturz er voraussieht. Er hat auch eine „Programmrede“ gehalten, und sich darin offen als kommenden, oder richtiger wiederkommenden Mann angekündigt. Herr Crispi ist Sizilianer, und hat jüngst mit der Losreißung seiner Heimath-Insel vom Königreich Italien gedroht.

Ueber die Zustände in Sizilien schreibt die „Kölnische Volks-Zeitung“ nach italienischen Blättern:

„Während in den großen Städten Siziliens die Unruhe infolge der fortgesetzten Auflösungen der (durchaus nicht sozialistischen) Arbeiterbünde wächst, werden noch weitere Auflösungen angekündigt. Diese Auflösungen werden freilich die Leute nicht hindern, den Gedanken weiter nachzuhängen, welche sie sich über die Zukunft machen. Die Sozialisten besitzen zwar eingestandenermaßen zu wenig Einfluß auf die sehr verschiedenartige Volksmasse, die den Vereinen zuströmt, um der letztern eine Gestaltung zu geben, die auch nur einigermaßen an die nordeuropäischen sozialistischen Arbeitervereinigungen erinnert. Wie wenig bisweilen die Masse von den sozialistischen Gedanken, die ihr vorgetragen werden, erfaßt ist, beweist der Umstand, daß neulich in Girgenti ein neuer Bund gegründet wurde — eingeleitet mit einem huldigenden Begrüßungstelegramm an das Königspaar. Aber darum ist die Gefahr nicht geringer. Gerade, weil dieser gewaltigen Volksmasse Vorstellungen von einem festgeordneten, planmäßigen Kampfe gegen die heutige Gesellschaft gänzlich fehlen, liegt die Gefahr nahe, sie möchten eines Tages sich einer der Ideen wie toll bemächtigen, die ihr unklar vorschweben, und dann wäre gar kein Eindämmen möglich. Die Gründung neuer Vereine geht trotz den Auflösungen weiter vor sich. In der letzten Woche sind in Sizilien zwölf neue „Fasci“ gegründet worden! In diesen Vereinen werden den Mitgliedern Nebelbilder einer besseren Zukunft vorgeführt, dann aber auch klarer vorgezeichnete Programmpunkte behandelt: die Forderung der Bodenvertheilung und der Besitztheilung, sowie die Lostrennung von Italien.

Das sind die Zauberworte, welche Tausende und Tausende den Vereinen zutreiben, denen in Schaaren auch die Weiber angehören, die ihre Säuglinge in die Vereinslisten einschreiben lassen, damit die Kinder, wenn getheilt wird, auch ihren Theil erhalten. Schon lehnt in schlauer Voraussicht ein sozialistischer Führer nach dem andern die Verantwortlichkeit für die Vorgänge ab, denen man hier entgegensieht; sie scheinen also keinen allgemeinen Kladderadatsch herbeizusehnen und bemühen sich, den Massen die Richtung auf ein Ziel zu geben: die Lostrennung von Italien mit der darauf von selbst erfolgenden Besserung der Lage der Arbeiter.

Die Gründung für die allgemeine Unzufriedenheit mit der „Italia Unita“ sind in der That hundertfältig und machen sich eben sehr für das arme niedere Volk wie für die gebildeten und vermögenden Klassen Siziliens geltend. Im Adel herrscht noch große Anhänglichkeit an das einst gestürzte bourbonische Herrscherhaus, und wenn man die hiesigen Zustände sieht, die im Vergleich mit dem alten Regiment eher nur noch schlechter geworden sind, so wird man für diesen Bourbonismus des Adels nicht blos Treue, sondern noch anderes als Grund finden. Was hat ferner der Bürger von dem neuen Italien gehabt? Schulen sind nicht errichtet, nicht einmal ein paar neue brauchbare Wege sind gebaut worden, so daß man wohl von Palermo nach Syracus mit der Bahn fahren, sonst aber im Landes-Innern fast nur auf elenden Saumpfaden reisen kann. So ist z. B. Bivona, eine bedeutende Kreishauptstadt, mit ihrer Provinzhauptstadt Girgenti nur durch einen abscheulichen Maulthierweg verbunden. Der Geschäftsverkehr ist unbedeutend, große Gewerbebetriebe wurden gestört, der Schwefelhandel, der 75 000 Arbeitern Brot gab, durch eine neue Besteuerung fast vernichtet. Der Kredit liegt in den Händen einer Camorra, die mit Hilfe der Regierung und mit Hilfe von Bestechungen ihre Macht aufrecht erhält. Die Unsicherheit im Lande nimmt überhand, das Brigantenthum steht in bester Blüthe. Der Bauernstand lebt in den elendesten Verhältnissen. Grund und Boden der Insel sind großentheils Eigenthum von etwa 40 (vierzig!) großen Herren, die daraus je 100 000 bis 200 000 Lire jährlich ziehen. Ihre Pächter bedrücken den armen Bauern oft so, daß dieser nur gerade sein Leben fristet. Von Verbesserung der Landwirthschaft kann somit keine Rede sein, und Sizilien, einst Roms Kornkammer, muß Getreide vom Auslande einführen.

Ist's ein Wunder, wenn unter solchen Umständen der geknechtete Bauer den Gedanken von einer nächstens stattfindenden Bodenvertheilung mit Begeisterung erfaßt; ist's ein Wunder, wenn Frauen und Kinder den Vereinen zueilen, von denen auch sie ihren Antheil an dem Grund und Boden erhoffen, den ihre mühselige Arbeit fruchtbar macht? Ist's ein Wunder, wenn der Kleinbürger, der seinen Handel, seinen Gewerbebetrieb nur immer abnehmen sieht, an ein Aufgeben des so kostspieligen und so ungünstigen Zusammenhanges mit Italien denkt, die Möglichkeit einer Trennung ganz ruhig in seinem Café bespricht und beifällig zuhört, wenn Einer sagt: „Warum wollen wir uns nicht lieber unter England stellen, das doch Malta blühenden Wohlstand gebracht hat?“

So die „Kölnische Volks-Zeitung“. Wenn sie meint, es sei in Sizilien heute noch schlimmer als unter der Bourbonenherrschaft, so dürfte das allerdings mehr das Ergebniß pabstfreundlicher Gesinnung als der Thatsachen sein. Besser freilich ist es auch nicht geworden, und das ist die schwerste Verurtheilung.

Dem unglücklichen Sizilien und Italien kann nur durch einen gründlichen Systemwechsel, durch eine völlige Umgestaltung an Haupt und Gliedern geholfen werden. —

Die Niederlage der englischen Kohlenbarone ist eine Thatsache, die nur noch von den Soldschreibern des Kapitals bestritten wird. Dieses „vaterlandslose Gesindel“, das ohne Rücksicht und Gewissen dem internationalen Moloch- und Mammondienst fröhnt, und in allen Kultursprachen der Welt seinen blut- und golddürstigen Doppel-Götzen anbetet, verbreitet planmäßig Lügenberichte über den Stand des Riesenstreiks. Es redet uns vor, die Arbeiter in den Streikgebieten seien gänzlich erschöpft und entmuthigt, das Elend unter ihnen sei entsetzlich und die herzzerreißendsten Szenen des Elends werden uns mit heuchlerischen Krokodilsthränen erzählt von den bezahlten Agenten der Männer, die ihr Möglichstes gethan haben und thun, dieses Elend, so weit es vorhanden ist, künstlich herbeizuführen. Zum Glück sind die Schilderungen des Elends arg übertrieben, und blos ein Theil jener Taktik, die darin besteht, die Sache der Ausständigen hoffnungslos erscheinen zu lassen. Der Satz: Die Lüge ist eine europäische Großmacht, gehört der Aera des Kapitalismus, und bildet dessen praktisches Programm. Ein anderer Theil jener Taktik ist die in Telegrammen und Zeitungsartikeln immer und immer wiederholte Behauptung, die Grubenbesitzer hätten den Bergarbeitern nicht nachgegeben, und würden nicht nachgeben. Das ist eine freche Verhöhnung der Wahrheit — ein Faustschlag ins Gesicht der Thatsachen. Nicht nachgegeben haben bis jetzt nur die allergrößten der britischen Kohlenbarone, die den Streik gern in die Länge ziehen möchten, in der edlen Absicht, ihre minder großen — d. h. blos millionärischen, nicht milliardärischen — Kollegen dem Bankrott verfallen zu lassen. Die kleineren Grubenbesitzer haben jedoch keine Lust, sich ihren reicheren Kollegen zu Lieb und zum Vortheil auf dem Altar des Kapitalismus zu opfern, und so haben sie denn in Masse ihre Gruben den Arbeitern zu den Lohnsätzen vor dem Streik geöffnet, was einen vollständigen Sieg der Arbeiter bedeutet. Bei den widersprechenden, und zum Theil geradezu auf Täuschung berechneten Mittheilungen der bürgerlichen Presse ist es nicht möglich, die Zahl der zu den alten Lohnsätzen wieder beschäftigten Bergarbeiter genau festzustellen. Die Zahl ist aber so groß, daß die Kohlenpreise schon beträchtlich gefallen sind, und fortwährend fallen, und daß infolge dessen das Hauptziel der Groß-Grubenbesitzer, die Kohlenpreise zu steigern und Monopolpreise zu schaffen, als vereitelt zu betrachten ist. Bei weiterer Fortsetzung des Streikes haben die Kohlenbarone nur zu verlieren, und arbeiten sie blos für die Bereicherung ihrer kleineren Konkurrenten, die zu Grunde zu richten ihr kollegialisches Streben war. Es wird ihnen zwar hart ankommen, allein schließlich werden sie sich ins Unvermeidliche fügen. Besiegt sind sie. —

---

2. Ziehung der 4. Klasse 189. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 19. Oktober 1893, Vormittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

6 62 131 99 297 388 470 646 [3000] 735 849 [3000] 68 931 1008 15 94 207 [500] 66 382 83 97 402 [3000] 3 [1500] 618 867 [500] 2318 70 541 785 978 3012 123 216 312 [3000] 84 402 78 [3000] 554 720 26 85 925 4249 309 16 461 546 739 68 836 905 5096 97 196 233 398 32 90 401 801 6013 44 45 188 377 475 564 625 37 760 69 853 988 7113 [1500] 61 73 82 219 408 884 8039 176 91 259 512 63 91 638 837 86 933 9103 20 [200] 26 64 92 97 276 993 95

10330 [500] 409 [1500] 11 41 613 89 [1500] 955 11024 42 61 69 226 379 511 721 862 954 12243 377 510 32 75 641 815 97 99 973 98 13215 21 [5000] 340 511 [3000] 604 803 25 982 85 14006 157 73 [500] 96 305 447 795 99 818 97 15006 [3000] 186 241 72 658 721 955 73 16004 51 318 438 722 858 922 17208 [3000] 28 378 437 73 602 18104 55 [3000] 259 465 517 50 760 924 19074 260 587 632 65 714 19 92 854

20128 271 415 513 45 607 722 54 958 21050 90 130 297 305 41 425 558 658 87 787 967 22287 335 630 715 879 913 23055 59 69 92 146 51 86 241 434 79 [500] 510 721 972 89 24407 8 69 607 710 805 48 77 25077 199 230 631 64 76 910 26087 245 48 68 78 435 41 518 603 [500] 71 975 270 99 319 92 483 552 890 28106 225 41 80 90 321 97 [3000] 810 900 25 29 30 53 190 237 84 401 558 75 663 783 884

30125 37 339 444 631 40 937 66 31000 38 88 770 818 933 71 22221 29 320 446 559 71 647 886 994 [3000] 33166 77 88 96 217 324 529 70 638 957 34000 60 459 568 618 742 804 20 31 40 35008 17 23 461 19 24 [500] 36 769 875 953 77 36055 223 [15 000] 65 422 969 87 37027 193 [500] 95 [1500] 321 [3000] 422 617 864 38039 44 163 289 379 441 606 851 81 39012 [3000] 97 139 300 402 579 880 984

40043 132 233 327 424 67 57 94 41053 127 225 [500] 509 662 701 815 88 968 42094 125 51 206 24 312 90 463 500 742 895 904 60 43027 46 396 509 652 44147 256 376 428 [1500] 677 95 45184 230 37 58 340 [3000] 427 58 59 572 681 735 935 46006 59 271 381 424 26 [500] 842 916 72 75 47237 471 [500] 579 86 850 48006 19 26 [500] 121 254 322 65 68 421 72 508 64 73 87 857 [500] 85 915 99 49 [1500] 133 97 322 96 418 20 37 504 13 98 724 80 876 98 904 10

50042 93 101 65 [500] 272 538 94 655 931 51018 46 [300] 64 81 139 223 51 [1500] 55 89 337 569 776 52242 450 717 932 [500] 53152 243 68 83 471 544 683 712 [3000] 67 888 962 54192 236 85 370 582 621 55 [1500] 55045 61 190 [1500] 541 81 81 905 8 73 56007 49 102 [500] 235 45 394 97 323 24 39 666 949 57067 172 266 90 92 340 [300] 516 [500] 824 58034 88 621 50 83 904 59178 [1500] 217 367 450 597 642 765 [300] 917

60054 288 315 512 45 56 745 61 883 950 73 61111 25 50 51 [1500] 254 74 [500] 405 15 [300] 56 799 842 920 62095 241 61 495 743 894 956 71 63106 252 404 76 508 66 637 752 73 814 64166 317 478 82 539 663 816 [300] 86 980 65042 62 205 158 [1500] 71 73 935 66078 [300] 151 73 389 496 624 52 789 970 67204 325 403 66 606 59 793 852 929 68609 44 140 268 480 95 795 69151 96 403 62 569 691 700 829

70010 322 30 92 407 [3000] 584 726 81 932 81 71078 256 341 477 617 23 35 83 824 920 42 72132 64 93 524 81 742 63 873 92 73046 252 511 69 [300] 979 74214 494 768 8.9 60 79 904 75.9 163 80 230 94 312 81 424 [300] 71 975 647 743 53 [1500] 840 76214 68 442 515 66 730 77 938 77160 216 77 408 687 713 873 [300] 962 78356 83 400 49 532 603 48 833 92 932 [10000] 64 79363 257 71 81 96 [3000] 360 566 [3.0]

80290 432 [300] 84 870 931 81014 441 72 590 625 805 82068 269 92 629 83205 436 77 559 873 998 84013 [3000] 97 184 230 400 581 [10000] 56 89 628 30 870 [30.0] 927 85097 106 238 54 576 92 [3000] 738 871 95 935 86147 71 203 22 41 405 19 55 91 93 643 954 87125 463 605 19 88 993 88153 207 86 337 40 43 62 514 33 54 87 716 27 [3000] 42 43 828 89156 286 469 521 [1500] 859 928

90180 215 312 28 66 93 567 912 52 91176 229 72 331 624 [300] 730 82 874 92864 236 429 56 635 736 822 94 91 [1500] 93326 518 71 739 97 94155 214 560 714 845 967 95108 44 260 71 348 [3000] 54 72 613 713 96 75 99070 146 353 90 418 670 888 912 33 40 56 97015 174 402 625 95 935 [3.0] 98218 602 81 887 944 99073 157 300 49 725

100172 [3000] 74 281 326 566 96 739 837 93 980 101009 21 146 242 302 38 405 42 6.0 4 67 [3000] 104139 62 [1500] 85 87 477 538 71 103019 31 135 91 277 316 49 97 585 742 933 104121 77 242 355 480 521 689 742 105106 19 73 317 44 60 599 621 28 780 87 935 [5000] 51 74 106077 389 532 801 107109 [3000] 247 303 572 [500] 927 108012 [3000] 198 241 59 402 65 534 666 707 64 906 11 109118 [300] 91 596 [15 000] 604 886 944 77

110010 89 134 356 71 467 501 [3000] 75 746 70 802 969 111172 292 379 427 68 532 69 681 984 112105 49 315 637 707 48 69 832 37 93 113101 572 [500] 114073 153 75 89 98 356 99 491 501 34 613 38 48 54 715 35 98 115144 96 222 438 [300] 615 97 780 116137 420 22 [1500] 596 609 23 714 117147 52 86 203 69 322 30 45 424 673 898 99 985 118054 227 474 760 850 97 919 [300] 29 119093 129 247 92 352 534 42 730 [300] 98 816 917 20 49 65 76

120171 674 803 901 121083 481 709 [1500] 903 122118 85 221 34 344 51 529 31 655 89 90 748 92 897 906 43 123117 314 54 [300] 91 91 446 520 676 751 91 817 26 [1500] 81 940 60 124117 307 422 766 887 125059 187 733 806 930 126046 154 [1500] 81 227 36 [300] 375 517 51 635 55 859 925 127102 54 55 [500] 488 681 [300] 97 708 844 66 939 48 128037 54 128 360 709 28 129006 45 92 307 448 733

130074 100 218 60 88 529 89 692 289 131055 330 87 465 [500] 93 672 82 923 82 83 [500] 88 132094 512 815 968 133077 84 205 305 527 608 702 134040 50 152 74 204 38 487 528 [3000] 41 607 842 [300] 49 135166 210 523 648 802 956 81 136010 29 177 [1500] 227 40 502 463 593 [500] 716 51 [500] 95 905 137048 78 307 70 86 417 49 598 904 42 96 138396 478 649 79 712 67 139094 96 102 282 385 421 668 94

140304 [1500] 401 [1500] 48 85 543 652 60 884 932 141139 93 201 411 629 845 [500] 142108 16 271 400 714 [300] 806 993 143069 160 [300] 323 77 809 24 95 [3000] 757 144010 94 174 287 330 404 60 517 45 689 749 65 145067 135 38 220 49 330 764 831 92 [100] 146008 49 126 80 320 88 412 34 574 710 29 74 [3000] 867 71 147009 273 334 403 888 904 42 148168 91 301 411 532 621 807 149044 479 500 [1500] 61 64 681 907 51

150159 [1500] 263 383 419 607 924 87 151067 123 275 [3000] 757 920 63 152022 28 154 72 505 52 651 793 [5000] 918 51 153064 162 290 154066 191 263 [1500] 687 849 933 79 155078 189 89 95 279 63 347 85 422 526 32 [300] 890 969 156021 270 326 427 34 78 569 70 611 35 756 855 69 951 [1500] 157047 170 79 234 [300] 57 [300] 324 15 50 484 606 14 812 938 [3000] 89 94 158053 [3000] 57 231 82 341 64 519 81 682 [300] 809 6 18 996 159155 279 81 344 471 648 [300] 973

160090 117 53 63 256 343 72 463 602 63 915 161102 4 10 245 334 517 87 911 162275 390 93 418 49 507 623 31 48 91 749 808 972 163276 368 494 579 613 16 801 88 164109 24 61 517 98 647 744 [300] 835 922 165240 382 577 621 76 744 78 825 166009 43 59 97 382 497 632 79 721 32 55 167096 93 407 75 86 679 168347 77 763 945 169230 457 536 19 77 889 918 [300] 64

170089 135 227 353 567 919 32 40 91 [5000] 171025 80 100 16 311 [300] 402 630 879 89 989 90 172050 166 482 608 725 67 877 84 [3000] 96 901 16 20 173289 448 70 581 776 [300] 813 931 48 174239 426 572 [300] 612 62 [500] 719 [1500] 18 54 927 175144 218 338 441 76 546 939 43 95 176006 282 322 32 96 434 528 644 887 967 177022 200 33 47 87 590 657 703 82 814 947 178064 309 22 442 90 92 97 524 71 611 30 41 [3000] 900 56 179045 57 80 81 142 [300] 69 286 320 66 [3000] 84 405 19 39 58 904 96

180088 235 699 701 44 55 87 827 181075 319 421 578 93 504 79 [30000] 182004 16 260 65 409 552 688 98 183611 59 724 950 41 48 78 89 91 97 184348 476 514 49 662 67 97 721 185324 41 [1500] 703 864 186021 80 97 472 504 912 [1500] 187022 52 56 182 353 521 676 723 55 952 188017 150 616 43 76 703 916 [300] 84 189065 262 597 [1500] 785 847 66 70

190057 73 135 455 79 512 844 191118 44 [500] 67 270 472 520 61 618 192173 245 354 65 427 89 [3000] 90 547 602 80 900 43 64 193075 273 78 361 76 406 591 618 912 194261 321 56 418 610 63 [500] 733 881 195057 [500] 104 94 314 539 84 674 196279 362 78 489 572 94 616 838 197033 [3000] 42 57 600 74 920 55 198180 [300] 495 905 199099 327 416 590 891

200171 306 47 434 508 763 201221 312 436 [3000] 975 202018 24 254 78 349 512 81 94 670 930 203186 320 591 620 75 871 204158 305 95 639 958 205002 [3000] 280 318 480 792 829 900 1 206371 83 404 20 68 500 603 43 52 778 88 854 207142 66 205 9 345 468 574 819 953 67 208148 56 64 232 79 91 [300] 348 [1500] 91 459 504 209502 61 754 77 856 [300] 76 80

210076 325 75 580 797 885 943 211147 93 215 349 568 764 820 72 996 212020 128 85 [3000] 223 81 380 681 704 955 213000 28 [300] 29 144 85 259 70 333 45 493 502 7 679 705 52 70 894 214025 71 179 [300] 268 466 571 642 [300] 729 37 823 29 918 215074 84 166 67 255 522 626 712 805 10 216130 88 244 60 539 89 700 903 45 50 217009 146 333 405 530 719 36 38 835 910 60 218560 636 [500] 92 836 958 [500] 219037 60 160 360 79 [3000] 488 646 945

220176 201 83 336 66 726 823 52 954 221146 204 328 [300] 447 728 222107 282 419 687 989 223030 [5000] 131 59 201 [illegible] 457 70 766 855 80 938 224036 300 28 92 513 55 99 883 919 225039 152 86 276 309

---

2. Ziehung der 4. Klasse 189. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 19. Oktober 1893, Nachmittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

77 546 687 737 803 936 1127 96 376 458 604 11 [500] 2109 97 353 569 644 795 879 925 3000 563 [3000] 75 [1500] 602 762 832 4026 37 111 334 441 620 783 810 [1500] 45 89 5030 53 185 357 405 15 545 654 719 888 [300] 959 92 6034 105 60 96 207 [300] 316 [500] 94 459 551 [1500] 87 7132 39 206 303 418 8087 127 63 81 223 42 300 50 417 39 698 908 9000 318 635 56 [3000] 58 62 853

10018 148 87 249 56 391 482 516 805 52 939 11012 62 [1500] 125 47 57 81 282 302 61 95 [3000] 429 [3000] 551 754 923 [500] 88 [500] 12023 80 127 461 654 [500] 61 85 844 88 903 13003 51 105 49 226 64 327 46 69 451 76 618 814 35 85 14011 23 114 [1500] 206 533 703 829 15194 246 86 726 859 937 93 16056 129 205 28 58 609 53 89 741 55 851 907 17013 71 239 322 456 65 643 646 807 18077 207 320 701 975 97 19015 67 143 277 615 893

20148 50 70 832 471 546 631 714 57 842 923 [3000] 67 77 21095 [500] 120 228 569 611 722 40 [300] 61 805 30 904 22000 140 48 243 67 79 99 496 553 613 53 779 989 [1500] 23154 319 571 914 78 24017 109 262 73 [300] 528 458 79 594 607 868 25120 489 97 525 639 701 36 857 97 26054 [500] 107 309 59 500 939 41 27254 362 529 66 627 98 709 56 845 81 942 77 28012 146 327 [500] 53 812 [1500] 87 [500] 849 29067 [1500] 136 259 89 90 508 66 627 709 77 978

30020 201 605 707 35 37 31110 57 328 480 568 [1500] 673 832 32054 153 439 616 728 31 920 37 33027 42 179 251 72 396 [300] 474 706 25 822 940 34092 80 154 306 413 65 542 52 782 800 944 97 35115 58 461 [500] 528 614 723 45 82 853 918 [3000] 360 441 47 [500] 95 506 16 657 807 69 981 37142 210 26 343 71 675 750 38185 276 [1500] 339 90 882 941 39231 351 65 514 [1500] 783 817 [1500] 38 95 935

40005 28 79 84 176 93 272 442 628 89 979 [3000] 41150 62 214 98 458 87 [500] 608 40 42044 280 391 548 750 [500] 821 [illegible] 17 31 47 43109 96 320 8.5 19 44353 [300] 503 [500] 21 867 919 45024 280 87 350 463 720 97 893 9 11 69 922 46027 182 98 555 615 17 817 47189 93 234 [300] 41 423 508 57 651 812 48023 144 326 400 518 [300] 59 88 641 751 812 955 49.01 60 250 318 443 736 806 85 912

50002 112 221 40 313 577 [300] 88 95 639 741 885 905 51058 78 195 250 339 878 [3000] 52208 85 329 427 67 731 818 81 53002 167 297 [3000] 405 12 6.9 528 54116 80 279 515 602 78 55108 33 67 235 [3.0] 493 567 613 788 850 974 56187 366 70 700 [500] 67 954 85 57110 45 75 [3.0] 89 92 244 73 347 661 761 58079 195 [1500] 416 70 71 59012 33 200 65 395 427 [1500] 510 12 716 53 85 870 997

60002 59 205 444 576 620 828 [3000] 89 933 63 74 61087 [1500] 186 282 327 87 675 [3.0] 62157 281 387 437 531 616 700 869 910 63028 68 137 88 240 62 82 449 64 517 702 848 71 900 74 64031 56 221 43 555 61 81 942 65002 111 278 477 [300] 538 635 [500] 751 817 22 85 66062 268 382 421 553 44 617 861 977 67039 49 193 262 853 923 68092 [1500] 218 359 430 51 590 [1500] 651 69015 168 215 42 338 491 532 [1500] 63 686 754 955 79

70005 71 128 65 205 552 670 710 71009 84 270 92 467 83 648 822 96 72010 209 305 9 427 569 85 96 710 35 [500] 40 75 888 903 23 [illegible] 73156 321 403 18 88 753 73 927 89 74014 44 61 100 4.532 745 846 47 87 960 74 75005 202 88 467 626 36 676 [3000] 964 76 76242 85 594 719 88 91 99 860 92 98 77135 61 247 364 96 402 31 [500] 911 25 78015 50 202 350 521 777 839 42 79225 88 423 515 45 715 800 47 54 975

80078 119 30 287 [500] 423 73 639 [500] 701 [1500] 51 875 916 66 81052 94 179 469 [3000] 651 705 85 900 [3.0] 82057 [500] 70 130 80 251 330 588 608 55 58 83480 176 23.) 76 362 64 654 889 916 54 84000 459 99 514 22 606 54 69 764 817 925 85007 185 480 572 600 67 95 709 86028 53 227 515 36 612 743 924 87068 311 54 [500] 457 88 560 663 76 724 74 972 88645 714 819 56 923 89000 102 4 17 304 414 29 76 629 790 855 945

90.01 47 523 702 851 900 91009 218 35 53 458 85 882 940 92013 [1500] 74 95 143 210 80 605 44 713 927 [3000] 79 93067 314 48 653 681 724 94065 211 452 98 620 859 959 95107 12 21 239 92 461 756 79 886 947 96194 [500] 211 380 79 436 570 629 817 97235 [1500] 358 81 507 36 639 [500] 951 98044 137 [500] 44 53 376 77 80 95 613 80 997 99220 503 685 [300] 973

100086 219 488 636 715 46 93 977 [500] 101046 112 28 478 571 684 94 722 827 900 47 102001 153 368 76 461 [3000] 99 559 616 103029 52 230 49 [1500] 303 55 528 104007 195 459 76 550 733 45 808 19 934 105069 101 201 500 623 836 91 106063 172 99 200 86 307 57 426 40 735 62 810 107099 130 392 520 886 908 15 [3000] 54 108008 274 438 500 45 73 742 70 841 965 109035 139 482 691 731 938

110032 119 265 521 775 111071 103 83 87 359 510 44 94 684 [1500] 769 71 [3000] 830 41 [1500] 56 991 112003 121 [300] 243 [300] 547 619 83 783 857 965 113231 56 87 332 415 23 114037 64 94 112 383 494 536 74 994 115019 205 68 317 99 451 773 [15 000] 942 72 116084 338 89 444 [1500] 503 603 [3000] 750 [300] 907 58 88 117153 [300] 213 341 445 51 550 654 784 118002 [1500] 251 346 71 487 517 97 635 [1500] 754 119141 55 85 281 333 [500] 576 96

120159 210 11 514 91 [300] 927 31 121027 291 301 93 [500] 469 71 504 624 89 749 889 122050 81 140 80 460 658 68 774 919 123015 87 205 324 74 438 623 709 85 850 61 69 124237 322 476 611 844 907 24 [3000] 125016 161 528 67 790 817 87 991 126036 183 251 647 79 822 962 127096 [300] 176 207 303 [3000] 6 29 77 78 461 535 [15 000] 615 31 46 742 57 823 128013 114 214 28 539 665 90 99 906 129052 56 96 583 [3000] 641 82 647 [500] 62

130014 354 447 502 131038 [1500] 206 25 60 431 61 622 68 824 132215 [1500] 84 322 502 133028 [1500] 46 54 236 49 559 652 721 25 959 134147 279 327 512 86 773 840 [30.0] 911 135072 117 437 636 825 [500] 31 76 136195 96 [500] 444 598 781 952 137052 181 318 463 611 17 34 748 851 138125 35 [1500] 450 97 640 845 64 [300] 139083 132 20) 14 15 317 56 95 423 500 [500] 68 [300] 741 62 861 77

140014 32 133 390 484 506 655 70 [1500] 778 920 141321 78 402 16 554 622 31 792 804 82 142102 484 664 82 719 942 143075 127 221 382 414 42 510 31 611 71 144132 73 243 329 430 734 54 892 987 145094 176 76 79 244 495 713 837 146005 130 32 216 [300] 307 8 58 91 433 89 649 702 915 48 147017 65 85 294 41 [1500] 598 628 833 85 [300] 901 148005 8 170 995 715 51 837 149175 344 404 17 96 615 35 82 778 84 96

150016 129 202 361 711 32 31 64 908 151242 [500] 78 387 152053 286 314 523 606 701 801 153062 124 295 427 95 629 78 809 43 99 926 53 154056 136 [500] 39 [300] 70 236 375 513 70 91 790 91 913 [15.0] 155227 29 50 414 538 704 17 919 67 156008 233 343 65 426 [3000] 93 580 680 827 75 97 157232 54 814 894 701 54 948 158016 239 41 75 352 425 706 838 932 48 79 159133 43 261 [3000] 53 415 809 922 30 80 86

160152 233 329 47 443 519 600 95 756 941 161021 186 [1500] 449 63 648 784 91 847 162001 104 45 553 84 595 652 707 847 990 [300] 163128 380 555 83 733 86 164062 323 48 83 432 [1500] 786 [300] 815 [500] 98 165153 [500] 70 201 445 89 626 50 99 91 717 166145 98 325 616 40 729 929 167101 204 18 40 404 19 94 741 843 940 168235 306 29 508 640 815 96 169024 353 471 619 51 721 974

170014 34 104 24 237 302 76 750 93 812 961 171201 378 555 70 [300] 650 85 761 853 172062 96 114 267 366 [1500] 516 173075 284 [500] 305 495 515 32 [500] 737 868 174077 60 92 379 516 98 708 816 28 925 47 51 175099 350 426 693 785 95 98 800 31 76 914 176151 340 484 [500] 597 685 177137 49 216 73 348 432 616 931 178090 127 53 244 55 424 70 607 [3000] 52 746 870 907 80 179031 43 445 507 58 74 657 732 38 883 916 52

180306 85 338 72 807 678 743 985 181033 77 208 60 389 96 400 [300] 551 94 788 855 905 182144 200 88 567 89 938 183176 [500] 309 576 630 897 184069 105 78 246 556 690 93 762 873 76 185241 356 186143 425 512 27 600 794 827 68 933 70 187015 132 264 465 71 90 [500] 93 665 771 840 957 51 188036 262 593 607 24 804 903 81 91 189015 147 65 71 [1500] 241 333 420 28 654 89 828 [500] 46

190014 253 463 502 633 822 904 191014 72 404 [3000] 47 717 65 944 192226 50 [500] 51 319 992 193072 252 311 90 604 709 37 868 194132 39 391 429 510 [300] 90 642 58 822 87 925 27 92 195023 115 507 772 805 6 86 948 87 196204 77 301 98 [150.] 703 812 84 92 971 197105 [1500] 63 [1500] 265 481 592 99 751 800 73 979 198021 274 396 572 96 602 98 703 96 199012 44 251 76 428 525 787 [illegible] [1500]

200148 290 379 [500] 94 412 607 89 [1500] 927 201020 91 146 214 331 422 690 773 836 [illegible] 202010 52 247 465 761 203036 42 584 676 773 76 78 851 940 204020 34 129 [300] 61 243 97 [3000] 511 18 633 75 77 97 814 98 979 [illegible] 206073 88 114 44 231 38 427 70 534 78 659 94 719 829 965 86 207081 353 473 84 544 614 57 64 743 [300] 955 68 83 [500] [illegible] 137 253 71 99 665 717 71 809 65 [illegible] 209053 142 238 99 330 83 469 593 739 [500] 811

210227 321 94 99 429 580 767 845 211036 218 567 778 79 [300] 92 843 52 212050 151 90 462 76 [3.00] 774 [300] 851 99 930 213076 82 168 213 370 408 [500] 631 [3000] 830 68 [300] 922 214281 414 25 56 501 971 215024 168 75 263 329 538 701 216203 552 82 606 18 83 88 701 47 [1500] 875 217084 144 90 229 356 71 79 415 732 218103 321 49 626 64 750 857 946 219054 137 41 245 392 533 678 806 87

220243 355 98 554 97 658 82 729 864 [3500] 221088 338 [1500] 601 [illegible] 281 597 596 625 774 918 223020 75 133 217 424 567 642 822 959 224115 88 428 506 31 [500] 66 691 705 84

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 20. Oktober.

Opernhaus. Lohengrin.
Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches Theater. Faust.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Lessing-Theater. Mauerblümchen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Freund Felix.
Wallner-Theater. Jägerblut.
Residenz-Theater. System Ribadier. Vorher: Illusionen.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Berliner Vollblut.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
Alexanderplatz-Theater. Das Damenbad. Vorher: Die Balletschule.
National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die juten Flinten.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einf. Preisen.
Sensationelle Novität!
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brudens. Kouplets v. Linderer. Musik von Adolph Wiedecke. Regie: Max Samst.
Vorher:
Die juten Flinten oder: **Hirsch in der Tanzstunde.**
Posse in 1 Akt von R. J. Anders. Musik von verschiedenen Komponisten. Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 22. Oktober, Mittags 12 Uhr: Volksvorstellungs-Matinee zu bedeutend ermäßigten Preisen:
Der Trompeter von Säkkingen.
Romantisches Zaubermärchen.

Wallner-Theater.

Gastspiel der
Schlierseer Bauern.
Jägerblut.
Wegen des großen Erfolges von **Jägerblut** wurde das Bauern-Gastspiel auf kurze Zeit verlängert.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Berliner Vollblut.
Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Im 3. Akte: **Bajazzi-Parodie.**
Morgen: **Berliner Vollblut.**

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. **Brandon Thomas.**
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. **Ed. Jacobson** und **Benno Jacobson.**
In Szene gesetzt von **Adolph Ernst.**
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Neue freie Volksbühne.

Die Weber.
Von Gerhart Hauptmann.
II. Abth. Sonntag, 22. Oktober.
III. Abth. Sonntag, 29. Oktober.

Victoria-Brauerei,

Lützowstraße 111—112.
Jeden Freitag und Montag:

Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Zum Schluß:
Adele,
die
kalte Mamsell.
Ensemble von Meysel.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.)
Sonntag, den 22. Oktober: Soiree in Sanssouci.

Castan's Panopticum.

Weltberühmte Ausstellung von Wachsfiguren und Gruppen.
Illusionen. Irrgarten.
Schreckenskammer.

Passage-Panopticum.
Soeben aus Chicago eingetroffen:
Der blaue Mann.
Die Affendame.
11—1 Uhr. 4—9 Uhr.

Präuscher's MUSEUM
anatomisches
Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße.
Viel Neues, darunter der Schußkanal der Kugeln des deutschen Militärs, gehend durch **fünf Körper**
Geöffnet von früh 9—10 Uhr Abends für **erwachsene Herren.**
Dienstag u. Freitag: Damentag.
Entree 50 Pfg.

American-Theater.

Neu! Zwerchfellerschütternd! Neu!
Die Gründung Roms
in der Möckernstraße,
oder:
Die Rache des Gänserichs.

Hochkom. Burleske von **Oscar Wagner.**
Parodie! Ulk! Humor!
Austr. sämmtl. Spezialitäten.
Anf. Wchtg. 7½ Uhr. Sonnt. 6½ Uhr.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz.
Täglich: Gross. Concert.
Specialitäten-Vorstellung
von nur Künstlern I. Ranges.
Dinus Truppe, Elite-Akrobaten (6 Personen). **Familie Kraeusel,** russisches Orchester (6 Personen). Fräulein **Hedwig Marga,** Kostüm-Soubrette. **Paul Krugeler,** Gesang-Humorist. **Fratelli Bozza,** italien. musikalische Steinsetzer und Köche. **Signorita Luisade Siro,** italienische Kostüm-Soubrette.
Kassenöffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
A. Zimmermann.

Ein Vereinszimmer
für 50 Personen ist noch zu vergeben Wienerstr. 31 bei Schröder. 26025

Unserem Genossen Ernst Jahn, Zossenerstr. 6, gratuliren die Gäste zu seinem heutigen Wiegenfeste, wünschen ihm Glück in der Liebe und eine nicht zu wenige Aufmerksamkeit. J. A.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Pass.)
Schönste und billigste Sehenswürdigkeit der Residenz!
Spezialitäten I. Ranges!
Neu! Novität! Neu!
Kneipp II,
oder:
Das Blumengretel von Nieder-Schönhausen.
Anfang: Wochentags 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree Wochentags 15 Pf.
R. Winkler.

Moritz-Platz. **Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz.
Täglich: **Gr. Instrumental-Konzert.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich von 5 Uhr ab:
Grosses Frei-Concert.
Soirées der **Leipziger Sänger** vom **Krystall-Palast.**
Anf. Wochent. 7½ Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
für Festlichkeiten u. Versammlungen.
3 Kegelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. **Carl Koch.**

Altes Schützenhaus,
Linienstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (560 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 20655

Schöner kleiner Saal für Gesangvereine, Rauchklubs 2c. Fichtestr. 19.

Herren,
die es übernehmen wollen, für die Schulabtheilung des Arbeitervereins zu Köpenick Unterricht im Schreiben, Deutsch (unter), Rechnen und Buchführung zu ertheilen, mögen sich schriftlich mit Angabe des Honorars pro Stunde melden bei 104/14
Wilh. Hilliges,
Köpenick, Glienickerstr. 31.

Roh-Tabak
Alle Sorten **Max Jacoby,**
47978* Strelitzerstraße 52

Maler und Anstreicher!

Sonntag, den 22. d. M., Vormittags 11 Uhr,
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 235/1
1. Vortrag des Genossen **Adler.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

Verein der Bau-Anschläger Berlin-West.

Versammlung
Sonntag, den 22. Oktober cr., Vormittags 10½ Uhr, bei Seefeld, Grenadierstraße 33. 2623b
Tagesordnung: Wahl eines Kassirers, Regelung des Arbeitsnachweises, Verschiedenes.
Kollegen als Gäste willkommen. J. A.: **Der Vorstand.**

Achtung! Töpfer Charlottenburgs und Umg.

Sonntag, den 22. Oktober, Vorm. 9½ Uhr,
in der Gambrinus-Brauerei zu Charlottenburg, Wallstraße 46:
Große öffentliche Versammlung
der Töpfer u. Berufsgenossen.
Tagesordnung:
1. Unsere Organisation. 2. Gründung einer Mitgliedschaft des Allg. Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands zu Charlottenburg. 3. Vorstandswahl. 2617b
Diejenigen Kollegen, welche auf dem Boden des Beschlusses des 8. deutschen Töpferkongresses stehen, sind hierzu eingeladen. **Carl Henn.**

Schöneberg.
Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Schönebergs und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 22. Oktober, Nachmittags 1½ Uhr, in Jacob's Salon, Grunewaldstraße 110.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Abrechnung vom dritten Stiftungsfest. 3. Wahl eines ersten Vorsitzenden. 4. Vereins-Angelegenheiten. 5. Verschiedenes und Fragekasten. 121/14
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Wegen der wichtigen Punkte der Tagesordnung bittet um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
Der Vorstand. J. A.: **R. Klinge.**

Gr. Volksversammlung

am **Sonntag,** 22. Oktober, Vorm. 11 Uhr,
im Etablissement **Buggenhagen** am Moritzpl.
Tages-Ordnung:
1. **Der Niedergang der Schifffahrt, die Mißstände im Schifffahrtsgewerbe und die Sozialdemokratie.** Referent Gen. **C. Hoffmann.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Genossen Berlins werden ersucht, die Schiffer und die im Schifffahrtsgewerbe beschäftigten Arbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. 361/6
Die Agitationskommission.

Achtung! Große Achtung!
Volks-Versammlung
Montag, den 23. Oktober, Abends 8½ Uhr,
in **Märtens' Salon, Friedrichstr. 236,** (nahe dem Bellealliance-Platze).
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung des Vortrages des Genossen **Hoffmann** (früher Zeit) vom 10. Oktober über: „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse." 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht
412/6* **Die Frauen-Agitationskommission.**

Achtung! **Achtung!**
Freitag, den 20. Oktober, Abends 8½ Uhr:
Gr. Kommunalwähler-Versammlung
für den 22. und 23. Kommunalwahl-Bezirk
in den Konkordia-Festsälen, Andreasstraße Nr. 61.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Stadtverordneten **Bruns, Tempel, Henke** und **Wernau.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees.
394/7* **Die Vertrauensperson.**

Oeffentliche Versammlung
der Arbeiter-Sanitäts-Kommission
Montag, den 23. Oktober cr., Abends 8½ Uhr,
im großen Saale des Hrn. Th. Boltz, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. **Jahresbericht.** 2. **Der Boykott der Charitee.**
Referent: **Dr. Zadek.** 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.
Die **Vorstände** und **Mitglieder der Krankenkassen** werden **ganz besonders** aufgefordert, **zahlreich** zu erscheinen. 207/1
Die Arbeiter-Sanitäts-Kommission.
J. A.: **Gustav Dietrich,** Willibald-Alexisstraße 40.

Achtung, Zimmerer!
Sonntag, den 22. Oktober 1893, Vormittags 10 Uhr:
Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend
bei Herrn Norbert, Beuthstraße Nr. 22 I.
Tagesordnung: 1. Wahl eines Bibliothekars. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag des Herrn **Dr. Bruno Wille** über: Die Veredelung der Menschheit.
Jeder Zimmerer Berlins und Umgegend hat Zutritt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 428/5 **Der Vorstand.**

Verein der Einsetzer (Tischler)

Berlins und Umgegend.
Am Sonntag, den 22. Oktober, Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Röllig, Neue Friedrichstraße 44:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsantrag zur Stellungnahme der Kontrollkommission. 2. Verschiedenes. — Der Arbeitsnachweis ist geöffnet Abends 8—9, Sonntags Vormittags 10—12 Uhr. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
145/17 **Der Vorstand.**

Achtung! Metallschleifer. Achtung!

Sonntag, den 22. Oktober, Vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Boltz, Alte Jakobstraße 75 (unterer Saal):
Oeffentliche Versammlung der Metallschleifer
Berlins und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über das Thema: „Sind die Kollegen gewillt, sich dem Berliner Metallarbeiter-Verband anzuschließen oder wollen sie eine eigene Organisation gründen?" 2. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
233/8 **Der Vertrauensmann.**

Fachv. d. Musikinstrumenten-Arbeiter

Mitglieder-Versammlung
am Montag, den 23. Oktober 1893, Abends 8 Uhr,
bei Deigmüller, Alte Jakobstraße Nr. 48a.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Reg.-Baumeisters a. D. **Gustav Kestler** über: „Der Werth der Gewerkschafts-Organisation." 2. Wahl der Arbeitsvermittlungs-Kommission. 3. Vereinsangelegenheiten.
Die Kollegen, welche sich haben einzeichnen lassen, werden ersucht, ihre Bücher abzuholen. Bis inkl. 6. November 1893 finden Mitgliederaufnahmen ohne Eintrittsgeld statt. 253/14 **Der Vorstand.**

(Süd-Ost.) **Maurer!** **(Süd-Ost.)**
Das Verkehrslokal befindet sich von jetzt ab 243/18
Skalitzerstr. 36, Ecke Mantenffelstraße, Restaurant Knobel.
Die Kollegen werden ersucht, sich am Sonntag recht zahlreich dort einzufinden. J. A.: **E. Mischke,** Sorauerstr. 4.

Achtung, Kistenmacher!
Sonnabend, den 21. d. M., in Gründer's Festsäle, Köpnickerstr. 100:
11. Stiftungsfest,
Billets sind bei allen Vorstandsmitgliedern, sowie im Arbeitsnachweis Markusstraße 23, zu haben. Hierzu ladet ein
437/5 **Der Vorstand.**

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2. **Hierzu zwei Beilagen**

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 247. Freitag, den 20. Oktober 1893. 10. Jahrg.

Landagitation und Religion.

Aus den Kreisen unserer Leser wird uns geschrieben:

Den Artikeln, welche unlängst im „Vorwärts“ das Verhältniß der Bauern zur Religion im Hinblick auf unsere Landagitation behandelten, muß jeder mit den ländlichen Verhältnissen Vertraute unbedingt beistimmen. Nichts ungünstiger für das Ergebniß der Debatte, als wenn es dem Gegner gelingt, dieselbe vom politischen und sozialen auf das religiöse Gebiet abzulenken. Unzählige zu einer geschichtlichen Berühmtheit gelangten Religionsgespräche haben bewiesen, daß dabei stets beide Parteien Recht behalten, und selbst im ungünstigsten Fall hat der Gegner seinen Zweck erreicht, es ist kostbare Zeit vertrödelt und die blinden Leidenschaften sind erweckt worden. Im Handumdrehen hat noch niemand seine Religion gewechselt, was ja z. B. die Zähigkeit, mit welcher die alten Deutschen an ihrem Heidenthum festhielten, zur Genüge beweist, und des Landmanns Gefühlsrichtung, welche durch seinen fortwährenden einseitigen Umgang mit der Natur bestimmt ist, führt ihn unwillkürlich zur Religion, man lese nur die Charakterschilderungen in Anzengruber's ländlichen Erzählungen und Dramen.

Wenn nun aber auch der Augenblickserfolg gefährdet wird, darf denn die Sozialdemokratie überhaupt nach einem Augenblickserfolge haschen? Das hat sie doch sonst nicht gethan, und gerade dieser ihrer Prinzipienfestigkeit ihre großartigen Erfolge zu verdanken.

Die Frage ist völlig berechtigt. Wir dürfen dem Erfolg auf dem Lande zu Liebe unser Programm weder ganz noch theilweise in die Tasche stecken. Aber gerade im Programm steht ja: Religion ist Privatsache. Steht denn das nur als schöne oder nicht einmal schöne Verzierung da?

Man stelle sich einmal vor, die Sozialdemokratie hätte die politische Macht erlangt und zwar zu einer Zeit, wo noch ein bedeutender Bruchtheil der Menschen an die christliche und sonstige Religionen glaubt. Wird sie nun diese Religionen verbieten? Oder die Anhänger derselben zu Menschen zweiter Klasse dekretiren? Oder auch nur Wanderprediger gegen sie ausschicken? Das alles wäre undenkbar. Dann müßte die Berechtigung des Satzes „Religion ist Privatsache“ zum Durchbruch kommen. Ja, so weit das Bestimmungsrecht der Eltern reicht, würden sie auch ihre Kinder, in welcher Religion es ihnen beliebt, erziehen lassen können. Zwang, und namentlich religiösen Zwang, haben wir im kapitalistischen Staat genug gehabt, auch ohne die „idealen Anarchisten“ werden wir uns denselben in der sozialistischen Gesellschaft vom Leibe zu halten wissen, und wenn er sich auch unter der Maske des Freidenkerthums und der Freigläubigkeit wieder einschmuggeln wollte.

Was aber geschehen wird, ist, daß jedem Einzelnen die Möglichkeit zur Vervollkommnung seiner Kenntnisse geboten werden wird. Während heute dem Menschen je nach seiner zufälligen Geburt ein einziges Bekenntniß von Kindheit an aufgedrängt wird, und ihm zugleich die Mittel, um den geistigen Kampf dagegen aufzunehmen, vorenthalten werden, wird er dann im Besitze aller der Kenntnisse, welche die vieltausendjährige Kultur der Menschen aufgespeichert hat, in der Lage sein, die Wahl seiner Ueberzeugung in voller Freiheit des Denkens zu treffen, auch wenn er zunächst in der Religion seiner Eltern erzogen worden ist. Die sozialistische Gesellschaft aber hat gar kein besonderes Interesse daran, daß dann jeder zu derselben religiösen Ueberzeugung, etwa der Gottlosigkeit oder des Christenthums oder des Islams kommt. Die Freiheit der Menschen hängt ja nicht von ihrem Bekenntnisse, sondern von ihren Einrichtungen ab, und wenn der Kapitalismus einmal todt ist, kann ihn das Christenthum auch nicht wieder lebendig machen. Allerdings würden, wenn wirklich die Mystik der Religionen nichts weiter als der Ausdruck der den Menschen regierenden, von ihm unbegriffenen ökonomischen Beziehungen ist, die Religionen von selbst verschwinden, sobald der Mensch die ökonomischen Beziehungen regieren und damit begreifen würde. Darüber brauchten wir uns ja denn auch nicht weiter aufzuregen.

Sobald wir nun erkannt haben, daß dem einzig richtigen prinzipiellen Standpunkt gemäß Religon für die Sozialdemokratie ohne irgend welchen Vorbehalt Privatsache ist, dann müssen wir auch den Muth haben, dieser Erkenntniß gemäß zu handeln, mithin aus der sozialdemokratischen Propaganda jede Vorliebe für irgend ein Bekenntniß oder eine Bekenntnißlosigkeit verbannen. Und mag es manchen Parteigenossen auch vielleicht recht schwer fallen, es muß sein, und zwar so schnell wie möglich, denn die Frage ist augenblicklich durch die Landagitation zu einer brennenden geworden.

Wie es aber gekommen ist, daß die Sozialdemokratie im Laufe ihrer Entwickelung zwar niemals offiziell, aber doch in Form einer maßgebenden Strömung eine Vorliebe zum Atheismus gezeigt hat, die Untersuchung dieser Frage ist außerordentlich wichtig, um so mehr, als dieses Entwickelungsstadium zur Zeit überwunden zu sein scheint, und von seinen übriggebliebenen Anhängern der Vorwurf erhoben wird, als thue damit die Partei einen Schritt zurück. Die Ursache der Erscheinung ist eine doppelte.

Erstens ist es die wissenschaftliche Grundlage der Sozialdemokratie und die hiermit zusammenhängende Beschäftigung mit den Wissenschaften überhaupt, und da in der Nationalökonomie die Wissenschaft schon das letzte Wort gesprochen hat, so nahm man dies auch von den Naturwissenschaften an. Es ist aber klar, daß eine Wissenschaft, in welcher Newton sein Gravitationsgesetz ohne göttliche Einwirkung sich nicht vorstellen konnte und Laplace kein Bedürfniß für die Hypothese von Gott hatte, in welcher Darwin gottgläubig war und Häckel Atheist ist, das entscheidende Wort noch nicht gesprochen haben kann. Ueberhaupt ist es mit den naturwissenschaftlichen Hypothesen eine mißliche Sache. Schon viele, die ebenso allgemein anerkannt waren, wie die heutigen, sind wieder von der Bildfläche verschwunden; wer bürgt dafür, daß es den heutigen nicht ebenso geht? Sie sind also wirklich nicht geeignet, als geheime Artikel des Parteiprogramms zu figuriren. Absolute Freiheit der Wissenschaft und der Forschung wird auch hier das Losungswort der Sozialdemokratie sein. Der zweite Grund bestand in dem Kampf, welchen die Sozialdemokratie mit der Kirche zu führen hatte, und in dessen Hitze sie die Form mit dem Inhalt verwechselte. Und auch heute noch findet diese Verwechslung statt, wenn behauptet wird, mit dem Einstellen des Angriffs auf die Religion würde ein Schritt rückwärts gethan. Gerade umgekehrt; mit der scharfen Trennung des Inhalts von der Form wird der Angriff gegen die kapitalistische Form, die Kirche, an Schärfe gewinnen. Die Unterscheidung mag in manchen Fällen nicht ganz leicht sein, so namentlich bei der katholischen Kirche. Aber gerade hier würde sie dafür auch die schönsten Früchte zeitigen. Denn die Frage würde entschieden werden müssen, ob der unfehlbare Papst, der sich für den Kapitalismus gegen die Sozialdemokratie ereifert, zur Kirche oder zur Religion gehört. Und wenn nur seitens der Genossen die Unterscheidung recht scharf gemacht wird, so werden sich sehr bald die Landarbeiter die Einmischung des Papstes in weltliche Dinge verbitten, sie werden den kapitalistischen Pferdefuß, der sich unter dem Talar verbergen möchte, durchfühlen, und das kirchliche Bewußtsein wird dabei in die Brüche gehen. Wie jeder prinzipiell richtige Standpunkt, bietet uns auch dieser die praktisch günstigste Stellung, speziell im Kampfe um den Landproletarier. Gerade indem das religiöse Bekenntniß und Gefühl unangetastet bleibt, kann die volle Wucht des Angriffs auf den schreienden Gegensatz, der in der Verwendung des Evangeliums der Liebe im Dienste des kapitalistischen Staats, der Ausbeutung aller derer, die da mühselig und beladen sind, liegt, gerichtet werden.

Aber der Redner auf dem Lande hat nicht allein seine Reden zu verantworten. Gang und gebe ist die Behauptung, daß die ländlichen Agitatoren sich nur verstellen, daß in den Städten die entsetzlichsten Gotteslästerungen zum täglichen Brot der Sozialdemokratie gehören, daß sobald diese zur Herrschaft kommen, der härteste Gewissenszwang im Sinne des Atheismus ausgeübt werden würde. Diesem Geschwätz muß der Boden entzogen werden. Wir schlagen daher vor, daß der diesjährige Parteitag zu dem Satze des Parteiprogramms: „Religion ist Privatsache“, etwa folgende Erläuterung giebt:

> Freiheit im Bekenntniß, Freiheit in der Forschung und in der Wissenschaft ist die selbstverständliche Grundlage der Kultur in der sozialistischen Gesellschaft. Diese hat nur die Aufgabe, jeden Einzelnen in den Besitz der vorhandenen Bildungsmittel zu setzen oder wenigstens ihm die Möglichkeit hierzu zu bieten, und eben hierdurch die wahre persönliche Freiheit auch der religiösen Ueberzeugung des Einzelnen zu schaffen.

Selbstverständlich ist es, daß dann die Parteigenossen auch darnach handeln und sich daran gewöhnen werden, daß ihr spezieller persönlicher Glauben oder Unglauben an Gott die Partei absolut nichts angeht. Aber auch wenn der Parteitag eine derartige Erläuterung ablehnt, an der Thatsache selbst ändert dies nichts. Es ist die gewaltige Machtzunahme, die Entwicklung zum Ausschlag gebenden politischen Faktor, was die Partei zu diesem prinzipiell richtigen, praktisch nothwendigen Standpunkt geführt hat. Daß damit ein gewaltiger Schritt vorwärts gethan ist, glauben wir mit vorstehenden Zeilen gezeigt zu haben.

Parteinachrichten.

Die Landtagswahlen in Sachsen. Ueber den Ausfall der heute stattgefundenen Wahlen liegen folgende telegraphische Nachrichten vor:

Dresden V. Grunert (Sozialdemokrat) ist gegen Klemm (Kartellbruder) und Hartwig (Antisemit) neu gewählt worden.

Chemnitz I. Theuerkorn (Antisemit) 3571 Stimmen, Zeißig (Sozialdemokrat) 3268 Stimmen, Kellerbauer (deutschfreis.) 473 Stimmen. Theuerkorn gewählt.

Chemnitz II. Seifert (Sozialdemokrat) 3700 Stimmen, Theuerkorn 1920 Stimmen, Kellerbauer 270 Stimmen. Seifert gewählt.

Leipzig III. Fritzsche (Kartell) 2885, Schmidt (Sozialdemokrat) 2826 Stimmen.

Leipzig IV. Pinkau (Sozialdemokrat) 4017, Joachim (Kartell) 1764 Stimmen. Pinkau gewählt.

Leipzig V. Dr. Schober (Kartell) 4059, Kleemann (Sozialdemokrat) 3728 Stimmen.

Leipzig-Land. Goldstein (Sozialdemokrat) siegte mit 3500 Stimmen gegen v. d. Crone (Kartell), welcher 1600 St. erhielt.

Wurzen-Oschatz. Härtwig (kons.) 1655, Thiele (Sozialdemokrat) 1478, Kellerbauer (freis.) 229 Stimmen.

Zwickau. Schmidt (Sozialdemokrat) 1214, Streit (Kartell) 2731 Stimmen. Im 37. ländlichen Wahlbezirk großer Sieg der Sozialdemokratie. Nähere Angaben folgen.

Die Landtagswahlen haben mithin wiederum gezeigt, daß allen Polizeichikanen und Unternehmermaßregeln zum Trotz die Sozialdemokratie in Sachsen nicht allein ihren bisherigen Besitzstand glänzend behauptet, sondern auch noch zwei neue Mandate hinzuerobert habe. Und auch in den Wahlkreisen, die von unsern Parteigenossen diesmal noch nicht genommen sind, war die Minorität eine so gewaltige, daß den Kartellbrüdern die Freude am „Sieg“ gründlich versalzen sein wird. Die imposante Vermehrung der Stimmenzahl, die in allen Wahlkreisen, aus denen das Resultat bisher bekannt, zu konstatiren ist, giebt unserer Partei die Gewißheit, daß die Kartellherrlichkeit auch im Lande des verbohrtesten Philisterthums ein Ende nehmen wird.

* * *

Die badischen Landtagswahlen. Die Wahl in Mannheim hatte folgendes Ergebniß: Es wurden gewählt 197 sozialdemokratische und 198 nationalliberale Wahlmänner.

* * *

Der vierte Parteitag für Braunschweig und den 13. hannoverschen Wahlkreis tagte am Sonntag in Stadtoldendorf. Aus dem Bericht des Landes-Vertrauensmannes, Genossen Stegmann, ist hervorzuheben, daß dort bei den letzten Wahlen (auch bei Gemeinderaths-Wahlen in kleineren Orten) gute Erfolge erzielt wurden.. Auch die schriftliche Agitation hat ebenfalls Fortschritte gemacht. Die Abonnentenzahl des „Landboten“ hat sich trotz aller der Ausbreitung entgegenstehenden Schwierigkeiten um 350 vermehrt. Dann wurden verbreitet: die Bebel'sche Rede über die Zukunftsstaats-Debatte in 32 000 Exemplaren und außer den die Kommunalwahlen betreffenden Flugblättern zur Reichstagswahl im 1. Braunschweiger Wahlkreise 115 000, im 2. Kreis 82 000 und im 3. Kreis 83 000 Flugblätter, ferner das vom Parteivorstande herausgegebene Flugblatt „Gegen die Militärvorlage“, auf die drei Wahlkreise vertheilt, in 82 000 Exemplaren. Auch die mündliche Agitation hat, trotz Maßregelungen der Versammlungseinberufer, Saalabtreiberei, Versammlungsverboten und allen denkbaren Schwierigkeiten, Fortschritte gemacht. Es fanden nach den Ermittelungen des Vertrauensmannes und den Ergänzungen durch einzelne Delegirte seit dem vorigen Landesparteitag 111 Versammlungen, inklusive der Wählerversammlungen, statt, gegen 60 im Vorjahre. Sozialdemokratische beziehungsweise politische Vereine bestehen z. Z. 10 gegen 8 im Vorjahre. Die Einnahme im verflossenen Jahre belief sich auf 7843,28 M. aus der Stadt Braunschweig und 112,55 M. aus dem Lande, insgesammt 7955,83 M. Von dieser Summe wurde für das Land verausgabt für Unterstützungen an Gemaßregelte und an die Familien inhaftirter Genossen 544 M., für mündliche Agitation (außer der Wahlzeit) 192,90 M., ferner zur Reichstags-Wahl für den 2. Wahlkreis 520,09 M., 3. Wahlkreis 1283,69 M. und für den 13. hannoverschen Wahlkreis 181,10 M., insgesammt für Unterstützungen und Agitation 2521,78 M. In dieser Summe sind die Kosten für die Landagitation im 1. Wahlkreise nicht einbegriffen.

Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, mit der Gründung von Arbeitervereinen, wo dies irgend angängig, vorzugehen. Die Debatte über die Parteipresse endigte mit der Annahme des Antrages, der Parteitag in Köln möge die Gründung eines für die ländliche Bevölkerung geschriebenen Wochenblattes beschließen. Der nächste braunschweigische Parteitag findet in Goslar statt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentl. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Oktbr., Nachmittags 5 Uhr.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß gegen pfandfreie Auflassung des von dem Grundstücke Gartenstraße 64 zur Freilegung der Gartenstraße erforderlichen Terrains von ca. 98 Quadrameter der Bürgersteig vor diesem Grundstücke in definitiver Weise auf städtische Kosten regulirt werde.

Das Rittergut Gütergotz soll im laufenden Jahre ohne Etat verwaltet und erst vom 1. April 1894 ab ein besonderer Etat für Verwaltung und Bewirthschaftung des Gutes aufgestellt werden. Die Versammlung stimmt dem zu.

Der Kostenanschlag für die Entwässerungsanlage zum Waschhause und zu dem Gebäude für nächtliche Obdachlose des städtischen Obdachs in der Fröbelstraße wird entsprechend dem Magistratsantrage anderweit auf rund 28 000 M. gegen ursprünglich 13 970 M. festgesetzt, nachdem der niedergesetzte Ausschuß sich einstimmig in gleichem Sinne ausgesprochen hat.

Der Magistrat ist der Aufforderung der Stadtverordneten-Versammlung, einen generellen Plan für die Erbauung weiterer städtischer Volks-Badeanstalten baldigst vorzulegen, nachgekommen und theilt denselben durch Vorlage vom 10. d. M. mit. Danach soll zunächst je eine Volksbadeanstalt 1. für den Süden jenseits des Kanals möglichst im 74. Stadtbezirk zwischen Tempelherrn-, Urban- und Bärwaldstraße, 2. für den Südwesten in der Gegend des Dennewitz-Platzes, 3. für den Wedding und den Gesundbrunnen in der Nähe des Lessing-Gymnasiums oder des Ringbahnhofes Wedding, 4. für die Schönhauser Vorstadt im 243. Stadtbezirk errichtet werden. In erster Linie sollen dabei bereits im städtischen Besitz befindliche Grundstücke Verwendung finden. Auf das Ersuchen bei Erbauung einer neuen Volksbadeanstalt auf die Errichtung von Dampfbädern im Interesse der Kranken Bedacht zu nehmen, erklärt der Magistrat ebenfalls eingehen zu wollen und will zunächst Erhebungen darüber veranlassen, in welchem Umfange und in welcher Form Dampfbäder am zweckmäßigsten einzuführen sind. Er ersucht die Versammlung, sich mit der Errichtung der erwähnten 4 Anstalten einverstanden zu erklären.

Auf Antrag Schwalbe geht die Vorlage an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

Von der beim Etat der Irrenanstalt Herzberge durch vorzeitige Uebernahme von in Familienpflege befindlichen Geisteskranken voraussichtlich eintretenden Etatsüberschreitung nimmt die Versammlung ohne Debatte Kenntniß.

Schluß 6 Uhr.

Lokales.

Armensuppen. Die Berliner „Volksküchen“ entfalten nach der Meinung Frau Lina Morgenstern's und verschiedener anderer Leute eine „segensreiche“ Thätigkeit. Trotzdem die Berliner Volksküchen die niedrigste Stufe der Volksernährung darstellen, sind doch dank der vortrefflichen gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart weite Kreise selbst von der Erreichung einer ständigen Ernährung in einer Volksküche ausgeschlossen und es hat zur höheren Ehre der heutigen Gesellschaft u. a. noch eine lediglich auf mildthätige Zuwendungen sich stützende Armen-Speisungsanstalt ein reiches Feld der Bethätigung. Dieser Anstalt hat sich der allgemeine Nothstand im vorigen Winter sichtbarer gemacht, als dies in Ministerhotels der Fall gewesen, denn der von der Direktion besagter Anstalt veröffentlichte Bericht hebt besonders hervor, daß die Verabfolgung von Armensuppen im verflossenen Winter mit Rücksicht auf die anhaltende Kälte und den bei der „ärmeren“ Bevölkerung dadurch hervorgerufenen Nothstand bis Ende März d. J. hat ausgedehnt werden müssen. Es spricht für sich selbst, daß in der Zeit vom 15. Dezember v. J. bis zum 31. März d. J. 759 190 Quart „nahrhafter“ Suppen unentgeltlich vertheilt worden sind, welche einen Kostenaufwand von 78 179,19 M. erforderten, nach welcher Rechnung sich „ein Quart nahrhafter Suppe“ einschließlich aller Unkosten auf zehn und etwa ein Drittel Pfennig im Preise stellt. Wie verlautet, sollen die vorhandenen 15 Küchen der „Armen-Speisungs-Anstalt“ am 1. Dezember d. J. wiederum ihre Wirksamkeit beginnen und je nach Bedürfniß bis zu Ende des Winters fortsetzen. Zur Erleichterung für etwaige „Wohlthäter“ werden gleich Abonnementskarten für 3 M. pro Monat verausgabt. Daß das „Bedürfniß“ auch im kommenden Winter wieder vorhanden sein wird, dafür sorgen schon die gegenwärtigen herrlichen gesellschaftlichen Zustände.

Die Volksküchen haben den Preis gesteigert! Daß die Ernte zumal in Kartoffeln und Hülsenfrüchten gut ausgefallen ist, wagen auch diejenigen nicht zu bestreiten, die an einem schlechten Ausfall ein Interesse gehabt hätten. Umsomehr verwunderlich muß folgender Ukas berühren, der sich in den Volksküchen angeschlagen findet: „Bekanntmachung. Vom 19. Oktober ab kostet ½ Portion Gemüse und Fleisch **16** Pf. Der Vorstand des Vereins Berliner Volksküchen von 1866.“ Wodurch die Preiserhöhung begründet ist, wird nicht gesagt. Kartoffeln und Gemüse, das vorzugsweise verabfolgt wird, sind billiger geworden, und die Fleischportionen werden in solch' homöopathischen Gaben verabfolgt, daß schon ein stockgläubiges Gemüth erfordert wird, um an Vorhandensein von „Fleisch“ zu denken. Möge doch endlich die „Humanitätsmaske“, die man diesem Unternehmen zu leihen versucht, fallen und möge man mit dürren Worten erklären, daß das „Geschäft“ eine solche Preiserhöhung mit sich bringt. Den „humanen Zug“ der Lina Morgenstern'schen von uns des Oefteren besprochenen Gründung läßt folgendes von einem Arbeiter uns mitgetheilten Vorkommniß klar erkennen. Als ein Gast, der den oben mitgetheilten Anschlag nicht gelesen hatte, Anstand nahm, den Aufschlag mit 1 Pf. zu entrichten, wurde ihm von der liebenswürdigen Kassendame erwidert: Gut, lassen Sie das Essen stehen, wenn Sie keine 16 Pf. zahlen wollen; wenn es nicht alle wird, geben wir es den Hunden!

Von der Thätigkeit der Berliner Feuerwehr im Jahre 1892. Die Zahl der Brände, welche im Jahre 1892 in Berlin stattfanden, betrug 5273. Darunter waren 66 Großfeuer, 162 Mittelfeuer, 1122 Kleinfeuer mit Alarmirung der Feuerwehr, (wovon 570 bereits vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht wurden), und 3923 Kleinfeuer ohne Alarmirung der Feuerwehr. Unter den zusammen 5045 Kleinfeuern (= 95,7 pCt. aller Brände) waren 72 Schornsteinbrände und 966 Gardinenbrände. Außerdem lag 220 mal blinder Lärm vor. Auf die 12 Monate des Jahres vertheilten sich die Brände sehr ungleich. Ihre Zahl betrug im Januar 600, fiel bis 292 im Juli und stieg dann wieder bis 706 im Dezember. Das Maximum der Feuer an einem Tage war 40, das Minimum 2, sodaß im Jahre 1892 kein Tag ohne oder mit nur 1 Feuer war. Das Maximum der Alarmirungen an einem Tage war 12, und nur vier Tage im Jahre waren ohne Alarmirung. Die Meldung er-

folgte 611 mal durch die öffentlichen automatischen Feuermelder, deren Zahl 93 war. Die Ursachen der 5273 Brände wurden in 624 Fällen nicht ermittelt. Bei den übrigen 4649 Bränden lag 11 mal böswillige Brandstiftung, 8 mal fahrlässige Brandstiftung, 20 mal Unfug vor. Von besonders häufigen Ursachen seien genannt: 181 mal Explosion von Petroleumlampen und Kochmaschinen, 96 mal Umwerfen von Petroleum-, Benzin-, Spiritus-Lampen und -Kochern, 553 mal brennbare Stoffe zu nahe an Oefen und Dampfrohren, 308 mal brennbare Stoffe zu nahe an Licht ꝛc., 2243 mal (!) Unvorsichtigkeit mit Licht und Zündmaterial, 265 mal Unvorsichtigkeit beim Heizen oder Verbrennen von Papier, Stroh ꝛc., 228 mal Unvorsichtigkeit beim Kochen mit Spiritus, Petroleum ꝛc., 105 mal Spielen von Kindern mit Zündhölzern, Feuer, Licht, Feuerwerk ꝛc. Durch Blitzschlag wurde nur 8 mal ein Brand verursacht. Verwendung von Petroleum, Spiritus ꝛc. beim Feueranzünden wird nur 6 mal, Nachfüllen von Petroleum in brennende Lampen, Petroleum-Kochmaschinen ꝛc. nur 1 mal als Ursache aufgeführt, womit übrigens die Gefährlichkeit dieser beiden Unsitten nicht geleugnet werden soll. Als Kuriosum sei erwähnt, daß Unvorsichtigkeit beim Illuminiren keinmal die Ursache eines Brandes war — auch eine Art Beweis dafür, daß man in Berlin verständiger zu werden anfängt.

Zum Charitéeboykott. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Messerschmiede, Schwertfeger und Verfertiger chirurg. Instrumente hat einstimmig beschlossen, keine Kranke der Charitée zu überweisen.

Zum angeblichen „Ueberfall", den nach Mittheilung des „Intelligenzblattes" der Buchdrucker Werner erlitten haben soll, und über den wir an der Hand dieses Blattes gestern berichteten, geht uns von gut unterrichteter Seite die Mittheilung zu, daß von einem „Ueberfall" keine Rede sein kann. Ein politisch Indifferenter wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der ihm unbekannte Werner vorbeikäme, stellte sich aus Neugierde hin, um Werner anzusehen und wurde von Werner angefahren: Was gaffen Sie mich an? Sein Begleiter, der Werner kannte, meinte, statt des Wortes „angaffen" meine W. wohl „ansehen". W. wurde erregt, belegte den ihm Anredenden mit der Titulatur: „Dummer Bengel". Auf den Bengel setzte Jener einen „feigen grünen Burschen", W. erwiderte mit einem Bruststoß. Eine Ohrfeige ward ihm zur Erwiderung. Es folgte dann eine Balgerei zwischen Beiden. — Damit ist dieser von dem „Intelligenz-Blatt" riesig aufgebauschte Vorfall für uns erledigt. Das „Intelligenzblatt," das s. Z. den Mordanfall des Generals a. D. Kirchhof genau wie andere Polizeiblätter beschönigte, stellt sich in seiner letzten Nummer nun darüber entrüstet, daß wir an den angeblichen „Ueberfall" die Bemerkung geknüpft hatten:

„Welches immer die Beweggründe zu solchem Vorgehen (zu einem „Ueberfall") gewesen sein mögen: ein General a. D., Kreuzzeitungsleute, Intelligenzblattmänner u. dgl. mögen solch' knotiges Benehmen für angemessen erachten — andere nicht." Scheinbar empört behauptet es, es sei stets sein Grundsatz, nur objektiv zu berichten, es mißbillige jedes „knotige Benehmen", fühle aber den „Versuch des Wunsches" in sich, „daß den Rüpeln des „Vorwärts" von rückwärts durch ihre eigenen Parteifreunde seines Tages Anstand beigebracht werde." Wir hängen diese Leistung des Blattes der „Intelligenz" und „amtlichen Anzeigers des königlichen Polizeipräsidiums" hiermit niedriger.

Zu dem Schwindel in der Seifen- und Parfümeriewaarenbranche, welcher nicht allein von der Firma Wissing und Komp. ausgeführt ist, sondern auch von zahlreichen anderen Firmen betrieben wird, gehen uns von betheiligten Fachkreisen Mittheilungen zu, die wir im allgemeinen Interesse für die vielen Tausende von kleinen Händlern in der Provinz hier wiedergeben. Die schon mehrfach erwähnten gedruckten Schlußscheine, die der Reisende den kleinen Kunden in der Provinz nach Auswahl der zu bestellenden Waaren unterschreiben läßt, lauten in den meisten Fällen folgendermaßen:

„Von der Firma X. Y. kaufte ich für feste Rechnung nach den mir vorgelegten Mustern Nachstehendes, worüber gleichlautende Kopie erhielt:

— Pack feinste Veilchen-Seife . . à 0,80 M.
auf 100 Pack 30 Pack Rabatt,
— Dtzd. Theer-Seife . . . . . à Dtzd. 6,— „
— Dtzd. Rabatt.

Der Rabatt wird in Waaren dazu geliefert!

Die Reisenden der Firma sind zur Verabredung anderer Bedingungen, als aus diesem Schein ersichtlich, nicht ermächtigt. Mündliche Vereinbarungen sind ungiltig. Annoncen werden von der X. Y. Fabrik — Stück, für jeden Artikel — Stück bewilligt. (Folgt Unterschrift des Käufers.)

So harmlos dieser Schlußschein klingt, so gefährlich ist derselbe. Denn was der „Rabatt in Waaren" betrifft, zeigt folgendes Beispiel: 1 Dutzend Stück Theerseife kostet 6 M. mit 50 pCt. Rabatt, d. h. der Kunde erhält nicht ein, sondern 1½ Dtzd. Stück Seife mit einem Verkaufswerth von 9 M., es bleibt also für den Käufer 33⅓ pCt. Verdienst. Für den Großfabrikanten stellt sich der gemachte Verkauf, wie folgt: Es kostet die fabrizirte Seife pro Dutzend 2 M., so daß er scheinbar bei 6 M. mit 50 pCt. Rabatt im Verkauf nur 1 M. verdienen würde. In Wirklichkeit aber stellt sich die Rechnung ganz anders: Die 1½ Dutzend Seife kosten ihm 3 M., er erhält dafür 6 M., d. h. 100 pCt. Verdienst. Die Spekulation ist also nur auf die Unüberlegtheit des Käufers berechnet, der nicht ahnt, was ihm der Rabatt kostet, umsoweniger, als die Qualität der Waare in den meisten Fällen eine sehr zweifelhafte ist. Daß sich diese Art Fabrikanten ihrer Schuld bewußt sind und in welcher Weise das „Geschäft" gemacht wird, beweist ein Kommissionszettel, welchen jeder Reisende jedem Auftrage ausgefüllt beizufügen hat. Die Fragen dieses Kommissionszettels lauten u. a.: „War Käufer bei Abschluß des Geschäfts allein, oder waren Zeugen anwesend? Wer hat Unterschrift (des Schlußscheines) geleistet? Ist Käufer darauf aufmerksam gemacht, daß der Rabatt in Waaren geliefert wird? Hat er die Erklärung auch richtig verstanden?" Der Reisende hat den Zettel entsprechend und wohl nach Wunsch auszufüllen, und — der Fabrikant ist gegen jede Klage und jedes Eingreifen der Staatsanwaltschaft gesichert.

Zum Arbeiterrisiko. Ein Unglücksfall hat sich am Mittwoch, Vormittags 10 Uhr 15 Minuten, auf dem Grundstück Usedomstr. 29 ereignet. Es befindet sich dort eine technische Versuchsanstalt für Kohlensäure-Fabrikation. Um die obengenannte Zeit ertönte in der Usedomstraße eine gewaltige Detonation; die Passanten strömten zusammen und beim näheren Nachsehen wurde ermittelt, daß der technische Direktor, Herr Professor Dr. Thilo, nebst seinem Assistenten, Herrn Dr. Michael Altschul, und der Arbeiter Konrad Schlosser, Usedomstr. 9, wohnhaft, ferner auch noch ein anderer Arbeiter, dessen Name nicht zu ermitteln gewesen ist, beim Proben einer Kohlensäureflasche schwer verletzt worden sind. Herrn Dr. Michael Altschul ist der linke Arm abgerissen worden, Herr Professor Dr. Thilo hat eine schwere Verletzung im Gesicht erlitten, der Arbeiter Konrad Schlosser und sein Mitarbeiter liegen sämmtlich im Lazaruskrankenhause darnieder. Herr Professor Dr. Langenbucher ist heute Nachmittag mit seinen Assistenzärzten Dr. Wolff und Dr. Sachs zur Operation bei den Verunglückten geschritten.

Vorsicht beim Besteigen der Pferdebahn! Wiederholt haben wir die durch ihre Kleidung an freierer Bewegung gehemmten Damen vor unvorsichtigem Besteigen der Pferdebahn gewarnt. Gestern Nachmittag wollte eine Frau trotz Warnung des Kontrolleurs die Pferdebahn in der Invalidenstraße etwa 5 Minuten vor dem Haltepunkt besteigen, kam dabei zu Falle, blieb längere Zeit regungslos liegen und erlitt nicht unerhebliche innere Verletzungen.

Flüchtig ist seit Sonnabend der Kaufmann Rosenstein, der in der Elsasserstraße ein Kommissionsgeschäft mit Juwelen betrieb und jedenfalls die Flucht vorbereitet hatte. Dafür spricht der Umstand, daß er kurz vor seinem Verschwinden seine Kinder aus der Wohnung entfernt hatte. Mutter und Kinder sind in Berlin zurückgeblieben. Ihm waren theils von auswärtigen, theils von hiesigen Firmen Juwelen zum Verkauf anvertraut, so von einem Geschäft in Utrecht für 30 000 und von zwei Berliner Häusern für je 15 000 M. Von dem allen ist in der Wohnung nur ein kleiner Rest bei einer Nachsuchung vorgefunden, während die fehlenden Juwelen sämmtlich verpfändet worden zu sein scheinen. Man hat in der Wohnung Pfandscheine über versetzte Brillanten in Höhe von zusammen 40 000 M. entdeckt.

Wegen wiederholten Verbrechens wider die Sittlichkeit ist ein Musiker P, der in seiner Wohnung Unterricht im Zitherspiel gab, verhaftet worden. Er hat seine jugendlichen Schülerinnen in unstatthafter Weise berührt.

Unbekannte Leichen. Eine auffallend starke Dame brach vorgestern Abend um 7½ Uhr vor dem Hause Dorotheenstraße 35 auf dem Bürgersteig plötzlich bewußtlos zusammen und starb bald darauf in dem Hausflur, wohin man sie gebracht hatte. Bis jetzt ist die Persönlichkeit der Frau, die mit einem blauen Mantel, einem Tuchkleid von gleicher Farbe und einem federbesetzten schwarzen Hut bekleidet war, nicht festzustellen gewesen.

Das Bild eines herrschaftlichen Fuhrwerks mit einem Kutscher auf dem Bock wurde bei der Leiche eines 40 Jahre alten Mannes vorgefunden, die heute Morgen gegen 10 Uhr an der Kronprinzenbrücke aus der Spree gelandet wurde. Ferner enthält ein bei der Leiche gefundenes Notizbuch den Namen „Friedrich Hackbell, Charlottenburg". Der Todte, dessen Gesichtszüge nicht mehr gut zu erkennen sind, scheint mit dem auf dem Bilde dargestellten Mann ein und dieselbe Person zu bilden und daher ein herrschaftlicher Kutscher zu sein. Zur Persönlichkeitsfeststellung kann ferner nur noch angegeben werden, daß er einen starken rothen Vollbart trägt.

Unbekannt verstorben. Mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe wurde in der letzten Nacht im Grunewald an der Ecke der Königschaussee und Wallotstraße ein Mann todt aufgefunden. Der Unbekannte hat einen dunkelblonden kurzgeschnittenen Vollbart und in zwei mitgeführten Taschentüchern das Zeichen A. S.

Ueberfahren wurden u. a. am 17. d. M. an der Ecke Friedrich- und Behrenstraße ein 73 jähriger Greis, am 18. d. M. der Maler Emil Seipel aus der Wasserthorstraße an der Ecke der Friedrichstraße und Unter den Linden. Beide Verletzten erlitten erhebliche Kontusionen. — An beiden Punkten stehen Schutzmannsposten.

Gesperrt sind bis auf Weiteres für Fuhrwerke und Reiter wegen Pflasterungsarbeiten: die Schulzendorferstraße, von der Panke bis zur Neuen Hochstraße, die Grunewaldstraße von der Elßholz- bis zur Potsdamerstraße, die Soldinerstraße, von der Wriezenerstraße bis zur Prinzen-Allee, die Wiesenstraße, von der Grenzstraße, ausschließlich, bis zur Unterführung der Anschlußgeleise.

Polizeibericht. Am 18. d. M. Vormittags explodirte in der chemischen Versuchsanstalt, Usedomstr. 28, eine mit Chemikalien gefüllte Glasröhre. Dem mit der Arbeit beschäftigten Herrn wurde dabei die linke Hand abgerissen. — An der Ecke Unter den Linden und Friedrichstraße wurde Nachmittags ein Maler durch eine Droschke überfahren und am Fuße schwer verletzt. — Auf dem Mariannenplatze gerieth ein Arbeiter bei dem Versuche, die durchgehenden Pferde eines Bierwagens aufzuhalten, unter die Räder und erlitt einen Bruch des Knöchelgelenks. — Auf dem Weddingplatze wurde Abends ein Arbeiter, der mit zwei anderen Arbeitern in Streit gerathen war und von ihnen verfolgt wurde, durch mehrere Hiebe mit einer Glasflasche schwer am Kopfe verletzt. — Auf dem Boden des Hauses, Badstr. 42/43, brach Morgens Feuer aus, das den Dachstuhl zur Hälfte zerstörte. — Abends fand in der Memelerstraße 57 ein kleiner Brand statt.

Gerichts-Zeitung.

Beitrag zum Elend der Dienstboten. Interessante Wandlungen hat ein Rechtsstreit zwischen Dienstboten und Dienstherrschaft bisher erfahren, der heute auch die zweite Strafkammer am Landgericht II beschäftigte. Auf der Anklagebank stand der Rabbiner Adolf Ellenbogen aus Berlin mit seiner Ehefrau, Mathilde geb. Moses. Die Angeklagten können sich anscheinend mit ihren Dienstboten nicht gut vertragen, wenigstens behauptete ein Zeuge, daß sie in jedem Monate einen neuen Dienstboten haben und ohne Skandal oder Prügel selten ein Mädchen aus dem Hause komme. Im Jahre 1891 wohnte die Familie Ellenbogen in Pankow auf Sommerwohnung. Sie haben während des Sommers sechs verschiedene Dienstboten nach einander gehabt. Die Sechste war eine gewisse Bertha Kubanick. Dieselbe verließ mit Zustimmung der Herrschaft am 6. September Knall und Fall ihre Stellung. Beim Abzuge kam es zu einem Streit. Das Mädchen wollte mit ihrem Reisekorbe zum hinteren Ausgange der Wohnung hinaus, die Herrschaft wollte ihr die Gelegenheit abschneiden, hinten mit den Hausgenossen zu klatschen und verlangte, das Mädchen solle durch den vorderen Ausgang ziehen. Sie weigerte sich dessen, kriegte Prügel, schrie um Hilfe, Hausgenossen kamen hinzu, sie sahen, daß das Mädchen eine Beule an der Stirn hatte, ihre Haare zerzaust waren und daß sie sich ihren Arm hielt. Darauf wollte das Mädchen wegen Lohn- und Kostgeld klagen; sie beantragte beim Amtsvorsteher in Pankow die Ansetzung eines Sühnetermins. Da aber Ellenbogen vor dem Amtsvorsteher erklärte, er werde sich zu einem Sühnetermin nicht stellen, so wurde ein solcher Termin gar nicht anberaumt (!) Das Mädchen klagte nun auf grund des Armenrechtes bei Gericht, wurde aber mit ihrer Klage abgewiesen, weil der erforderliche Sühnetermin nicht vorausgegangen war. Der Anwalt der obsiegenden Partei stellte das Urtheil anstatt dem gegnerischen Anwalt der gegnerischen Partei zu, darüber verstrich die Berufungsfrist und das Urtheil wurde rechtskräftig. Nunmehr beantragte das Mädchen die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Körperverletzung gegen die Dienstherrschaft. Dieser Antrag wurde abgewiesen, weil anscheinend (!) nur eine einfache Körperverletzung vorliege und der zur Verfolgung erforderliche Antrag nicht innerhalb der gesetzlichen Frist gestellt sei. Die Antragstellerin wollte nun dem Verfahren als Nebenklägerin beitreten und Berufung einlegen. Die Strafkammer wies sie als Nebenklägerin ab. Nun war aber eine Lähmung des Armes eingetreten, welche das Dienstmädchen auf die damals erlittenen Schläge mit einem Scheit Holz zurück führte. Der behandelnde Arzt Dr. Buchmeister konstatirte am 28. November 1892, also mehr als ein Jahr später, eine voraussichtlich dauernde Lähmung des linken Armes und überwies die Patientin einer Nervenheilanstalt zu fortgesetzter elektrischer Behandlung. In dieser Zeit fiel die Abweisung des Mädchens als Nebenklägerin seitens der Strafkammer. Auf ihre Beschwerde entschied das Kammergericht denn doch, daß anscheinend eine gemeinschaftliche und qualifizirte Körperverletzung vorliege, daß es daher zur Verfolgung eines Antrages nicht bedürfe, daß der Berufung stattzugeben und die Verletzte als Nebenklägerin zuzulassen sei. So kam die Sache vor die Strafkammer. Die Nebenklägerin wurde durch Rechtsanwalt Rosenbaum, die Angeklagten wurden durch Rechtsanwalt Neumann I vertreten. Der Staatsanwalt sah eine Vertagung der Sache voraus und stellte nunmehr die Verhaftung des Ellenbogen anheim, weil ein Delikt im Sinne des § 224 des Strafgesetzbuchs vorliege und Ellenbogen als geborener Ungar nicht staatsangehörig und daher fluchtverdächtig sei. Ellenbogen erwiderte, daß er bereits seit 1878 in Berlin ansässig wäre. Sein Vertheidiger beantragte dagegen, die Nebenklägerin auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen. Er halte dieselbe nicht für geistig intakt und das sei für Beurtheilung ihrer Glaubwürdigkeit von Bedeutung. Der Gerichtshof konnte diesen Antrag nicht ablehnen, die Exploration wurde beschlossen und die Sache deshalb auf unbestimmte Zeit vertagt.

Das übertrieben schnelle Fahren einiger Schlächter kennzeichnete sich wiederum durch zwei Verhandlungen, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfanden. Der Schlächtergeselle Selmar Naske diente am 22. Mai dieses Jahres seinem Prinzipal und dessen Familie bei einer Vergnügungsfahrt als Kutscher. An der Ecke der Linien- und Ackerstraße fuhr Naske ein doppelsitziges Dreirad über den Haufen, wodurch die darauf sitzenden zwei Personen mit solcher Wucht auf das Pflaster geschleudert wurden, daß sie bewußtlos liegen blieben. Sie erlitten erhebliche Verletzungen. Durch die Beweisaufnahme wurde der Angeklagte für überführt erachtet, den Unglücksfall durch übertrieben schnelles Fahren verschuldet zu haben und deshalb zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt. — Im zweiten Falle befand sich der Kutscher Moser auf der Anklagebank, der den so belebten Kreuzungspunkt an der Leipziger- und Mauerstraße in vorschriftswidrig schneller Weise mit einem Schlächterwagen passirt und dabei eine betagte Dame, die Wittwe eines Generalarztes, überfahren hatte. Zum Glück kam die Dame mit leichten Verletzungen davon. Das Gericht ahndete die Fahrlässigkeit des Angeklagten mit einer Geldstrafe von 75 M.

Die Sicherheitszustände auf dem Michaelskirchplatz kamen in einer Verhandlung zur Sprache, die gestern vor der 134. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Auf dem genannten Platze entwickelte sich besonders an den Sonnabenden ein reges Leben und es kommt dort häufig zu ernsten Schlägereien. An einem Sonnabend Abend im August d. J. kam der Magistratsbeamte Schönecke gerade hinzu, als zwei Gymnasiasten, der 17jährige Derry und der 16jährige Nösener je mit einem Revolver auf das angesammelte Publikum zielten und laut erklärten, daß sie jeden, der ihnen zu nahe kommen würde, todtschießen würden. Schönecke veranlaßte die Festnahme der beiden jungen Leute. Auf dem Polizeibureau stellte sich heraus, daß der eine Revolver mit 5, der andere mit 6 Kugeln geladen war. Es wurde Anklage wegen Bedrohung erhoben. Im Termine führten die Angeklagten zu ihrer Entschuldigung an, daß sie deshalb die Revolver bei sich getragen, weil sie wiederholt auf jenem Platze von Rowdies belästigt und bedroht worden seien. Da sich durch die Beweisaufnahme herausstellte, daß an dem fraglichen Abend für die Angeklagten gar kein Grund vorlag, mit dem Revolver zu drohen, so beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von je 30 M. Das Gericht erkannte auf einen Verweis gegen die beiden Nichtelementarschüler.

Ein Rumgegner. Die Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln nimmt in den Vororten ununterbrochenen Fortgang. Am Donnerstag stand der Destillateur Alpers aus Friedrichsberg vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II. Bei demselben wurde eine Probe von Rum entnommen, in welcher der Gerichtschemiker Dr. Bein keine Spur von Rum, sondern nur mit Essenzen vermischten Alkohol fand. Der Angeklagte behauptete, daß für den geringen Preis, welchen das kleine Publikum für Rum anlege, echter Rum nicht zu liefern sei. Das wurde ihm zwar geglaubt, doch wurde er darauf aufmerksam gemacht, daß er nachgemachten Rum auch als solchen und nicht schlankweg als „Rum" verkaufen müsse, so wurde er zu nur 20 M. Geldstrafe verurtheilt.

Versammlungen.

Die Holzarbeiter (Tischler, Drechsler, Bürstenmacher, Stellmacher ꝛc.) hielten am 17. Oktober in den Konkordiasälen eine öffentliche Versammlung ab, die von etwa tausend Personen besucht war. Theodor Glocke besprach eingehend die Ursachen der immer schlechter werdenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Gewerbe. Von den ca. 25 000 Holzarbeitern Berlins seien mindestens 6000 auf einer derart niederen Stufe der Lebenshaltung angelangt, daß es ihnen unmöglich ist, sich jemals wieder in geordnete Verhältnisse emporzuarbeiten. An diesen halb Verkommenen sollte sich jeder Kollege ein warnendes Beispiel nehmen und sich für verpflichtet halten, an der Besserung der Erwerbsverhältnisse nach besten Kräften mitzuwirken. Der deutsche Holzarbeiter-Verband sei nur dann in der Lage, etwas Ersprießliches zu leisten, wenn er den Zusammenschluß aller, wenigstens aber des größten Theils der Berufsgenossen herbeigeführt hat. Deshalb empfehle er eine nachhaltige Werkstattagitation und die Ernennung von Werkstattdelegirten. Der oder die Delegirten der einzelnen Werkstätten und Fabriken haben ihr Augenmerk auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse und Beschaffenheit der Arbeitsräume zu lenken, außerdem die Beiträge für die Organisation in Empfang zu nehmen und in den Bezirksversammlungen Bericht zu erstatten. Für den Vorschlag des Ministers v. Berlepsch, betreffend die Organisation des Handwerks, bedanken sich aufgeklärte Arbeiter und verlangen dafür Koalitionsfreiheit nach englischem Vorbilde. Der Redner fordert am Schlusse seines Referats zum Beitritt in den Holzarbeiter-Verband auf; eine Bewegung könne nur dann nachhaltig wirken, wenn stets eine gut organisirte, disziplinirte Gewerkschaft dem Unternehmerthum gegenübersteht, und die auch dann eher Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung ausüben kann. (Beifall.) An der Diskussion, die sich im Sinne des Vortrages bewegte, betheiligten sich Eike, Markmann, Neumann, Sigg, Wiedemann und Köster. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erblickt nur in der Organisation das einzige Mittel ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erhalten und zu verbessern und erklärt dafür einzutreten, daß in jeder Werkstatt der Holzarbeiter ein oder auch zwei Vertrauensmänner gewählt werden, um so eine stete Verbindung aller Kollegen anzubahnen und zu erhalten."

Bernhard Bruns referirte hierauf über: „Die Haltung der Berliner Stadtverordneten gegenüber den Forderungen der Arbeiter auf Errichtung einer Arbeitsbörse." Er führte aus: Die sozialdemokratischen Vertreter im rothen Hause hatten im vorigen Jahre dem Zuge der Zeit folgend, ebenfalls einen Antrag auf Errichtung einer Arbeitsbörse nach Pariser Muster eingebracht, der jedoch mit einfachem Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurde. Der manchesterliche Standpunkt der Majorität der Berliner Stadtverordneten kam hierbei wieder einmal kraß zum Ausdruck. Auch für den Antrag des Genossen Borgmann, beim Bau des projektirten zweiten Rathhauses die Arbeiten in eigene Regie zu übernehmen und den Arbeiterorganisationen zu übertragen, fand sich kein Boden in dieser „Volksvertretung". In unseren Berufen sei dank der Bemühungen der Organisation die private Stellenvermittelung bedeutend zurückgegangen. Anders sei es noch in den übrigen Gewerben, wo das Kommissionär-Unwesen zu einem immer größeren Uebel ausarte. Arbeitsvermittelungen von Wohlthätigkeits-

vereinen bringe der Arbeiter dieselbe Zurückhaltung, und mit Recht, entgegen, wie den erwiesenermaßen mit schwarzen Listen arbeitenden Nachweisen der Arbeitgeber-Organisationen. Die von uns geforderte Arbeitsbörse soll und muß in erster Linie die unentgeltliche Arbeitsvermittelung und weiter die Statistik betreiben. Die Behörden leugnen einen Nothstand; warum suchen sie nicht die Behauptungen der Arbeiter durch statistische Erhebungen zu widerlegen? Einfach deshalb, weil das Resultat die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände beweisen und den „sozialdemokratischen Nörglern" Recht geben würde. Sie denken, ableugnen ist außerdem billiger, zumal wir das Geld für Militärzwecke brauchen. In einer der nächsten Sitzungen der Stadtverordneten werde der Antrag auf Errichtung einer Arbeits-Börse für Berlin wieder gestellt werden; dann müsse die gesammte organisirte Arbeiterschaft hinter ihren Vertretern stehen und einen gehörigen Druck ausüben, der die Majorität gefügig macht. (Lebhaftes Bravo!) Nachdem König den Stellenvermittelungsschwindel, unter welchem namentlich die Arbeiter der Nahrungsmittel-Industrie furchtbar zu leiden haben, geschildert hatte, gelangte folgende von Bruns gestellte Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die ꝛc. Versammlung der Holzarbeiter Berlins fordert die städtische Verwaltung auf, für die Errichtung einer Arbeitsbörse unter Vorsitz eines städtischen Verwaltungsbeamten und unter der Kontrolle der Arbeiterorganisationen Sorge zu tragen. Die Arbeitsvermittelung hat unentgeltlich zu geschehen und sind die Kosten für Einrichtung und Erhaltung von der Stadt zu übernehmen."

Auf Anregung des Kollegen Ahrens soll in der nächsten Versammlung die Berichterstattung der Delegirten zur Gewerkschaftskommission erfolgen. Weiter führte Ahrens Beschwerde über einige Schreiber in der Anmeldestube des Gewerbegerichts. Die Angelegenheit soll dem Ausschuß des Gewerbegerichts unterbreitet werden. Glocke verwies auf den Arbeitsnachweis der Holzarbeiter aller Branchen, Wallstr. 7—8, täglich, außer Sonntags, geöffnet von 8—1 und 3—7 Uhr, wo jede Auskunft in gewerblichen Streitfragen (auch den Beisitzern des Gewerbegerichts) ertheilt wird. Zum Schluß forderte Hinz zur regen Betheiligung bei dem am 21. Oktober in den Konkordia-Sälen stattfindenden 1. Stiftungsfest des Holzarbeiter-Verbandes auf.

In der letzten Sitzung des „Vereins der Arbeitgeber-Beisitzer des Gewerbegerichts" erstattete Fabrikant O. Weigert Bericht über die bisherige Thätigkeit desselben. Der Verein zählt zur Zeit 70 Mitglieder und unterhält in der Stralauerstr. 42 ein Bureau zur Rathertheilung in allen gewerblichen Angelegenheiten. Wie der Redner bemerkt, habe der Vorstand bereits 150 klagende Parteien vor dem Gewerbegericht vertreten und glaubt ganz besonders sich dadurch ein Verdienst erworben zu haben, daß er den Bauschwindel aufgedeckt und in einem besonders schwierig liegenden Fall die hinter den Schwindlern steckende „Immobilien-Bank" als den eigentlichen Arbeitgeber ermittelt und dadurch den klagenden Arbeitnehmern zu ihrem Gelde verholfen. Auch in der Klagesache gegen den Buchdruckereibesitzer Bartels, bei dem bekanntlich Lehrlinge mit der Herstellung höchst unsittlicher Schriften beschäftigt wurden, habe er den klagenden Vater des einen Lehrlings vertreten. Der Referent sprach seine Verwunderung aus, daß die Staatsanwaltschaft es noch nicht für nothwendig erachtet habe, gegen den betreffenden Buchdruckereibesitzer einzuschreiten. Aus Anlaß dieses Vorkommnisses beabsichtige der Vorstand, dem Ausschuß des Gewerbegerichts einen Antrag zu unterbreiten, beim Bundesrath vorstellig zu werden, den § 139a der Gewerbe-Ordnung dahin abzuändern, daß Lehrlinge und jugendliche Arbeiter beiderlei Geschlechts bei Herstellung unzüchtiger Schriften nicht beschäftigt werden dürfen. Weigert theilte weiter mit, der Verein sei mit über 100 Gewerbegerichten in Verbindung getreten, um einen Bund über ganz Deutschland zu bilden, damit die Rechtsprechung im ganzen Reiche eine gleichmäßige, das Lehrlingswesen geregelter und die Sonntagsruhe zweckentsprechender vorgeschrieben werde. In allen Stadtgegenden sollen Vertrauensmänner bestellt werden, um Rathsuchenden bereitwilligst Auskunft zu ertheilen, gleichzeitig haben aber diese eine Agitation für die nächsten Wahlen zu betreiben und bei der nächsten Wahl die Säumigen heranzuholen. An einem Punkt krankt der Verein, das ist die Geldfrage. Die Beiträge der paar Mitglieder reichen bei weitem nicht aus, die Unkosten des Bureaus und alle übrigen nothwendigen Ausgaben zu decken. Der Verein ist auf die Unterstützung wohlwollender Industrieller nach wie vor angewiesen. So hat beispielsweise Herr C. Bolle, der Besitzer der in Moabit belegenen Meierei, dem Verein 100 M. überwiesen und hat noch weitere Zusendungen in Aussicht gestellt, wenn der Verein bei allen Klagen mit Angestellten seines Betriebes seine Vertretung übernimmt. Ein Antrag, die Mitglieder des Vereins sollen die jedesmal 6 M. betragende Entschädigung für eine Sitzung im Gewerbegericht der Vereinskasse zuführen, fand nicht die Zustimmung der Versammlung. (Wie wir aus sicherer Quelle wissen, haben sogar die dem Ausschuß angehörenden Arbeitgeber im Ausschuß den Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, auch für die Ausschußsitzungen die Entschädigung von 6 M. festzusetzen.) Wenn es an ihren Geldbeutel geht, dann sind die Herren nicht zu haben. Auch der Antrag des Vorstandes, beim Bundesrath auf Aenderung des § 139a der Reichs-Gewerbeordnung vorstellig zu werden, erregte böses Blut. Herr Spaarmann befürchtet davon eine gesteigerte Dreistigkeit und Frechheit der Herren Lehrjungen. Man habe jetzt schon genug Scherereien mit der Polizei und würde dann diese gar nicht mehr los. Der Antrag fiel. Gegen die beim Magistrat anzuregende Errichtung eines Arbeitsamts zur unentgeltlichen Arbeitsvermittelung äußerte der Obermeister der Barbierinnung Wollschläger seine Bedenken. Doch gaben alle einem Antrage ihre Zustimmung, den Polizei-Präsidenten zu ersuchen, die Sonntagsruhe an verschiedenen Feiertagen und besonders am goldenen Sonntag vor Weihnachten zu gunsten der Gewerbetreibenden und Kaufleute abzuändern. — Natürlich!

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 16. d. M. ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erfolgt die Abrechnung vom Sommerfest, die folgende Posten aufweist: Einnahme 805,85 M., Ausgabe 598,40 M., somit Ueberschuß 207,45 M. Vom Buchbinder Jensen stehen noch eine Anzahl Billets aus; der Vorstand erhielt Auftrag, für Eingang dieses Postens zu sorgen. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht für das 3. Quartal, der ein Bild reger Thätigkeit zeigte. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 387 auf 441, die der weiblichen von 41 auf 42. Nach dem Kassenbericht wurden für die Zentralkasse vereinnahmt 1087,15, während die Ausgabe 476,64 M. betrug, so daß 610,51 M. abgesandt werden konnten. Die gleichen Posten der Lokalkasse betragen 573,49 resp. 230,34 M., bleibt ein Bestand von 343,15 M. Der Geschäftsbericht für den Arbeitsnachweis weist eine sehr starke Frequenz auf. Es ließen sich als arbeitslos einzeichnen 328 Arbeiter und 31 Arbeiterinnen, darunter 44 resp. 17 Nichtmitglieder. Verlangt wurden 245 Arbeiter und 79 Arbeiterinnen; von diesen gemeldeten Stellen konnten jedoch nur 122 resp. 9 besetzt werden. Der Grund hierfür liegt darin, daß von den Arbeitern der Spezialbranchen, und namentlich von den Arbeiterinnen, der Arbeitsnachweis zu wenig benutzt wird. Die Bibliothek besteht aus 201 Bänden bei 312 Benutzungen. Die früheren Mitglieder Alfred Rössel, C. Titze und Eduard Bulla haben je einen geliehenen Band veruntreut.

Als Beisitzer zum Vorstand wurde Kollege Honigmann, zur Bibliotheks-Kommission Harting gewählt. Zur Ergänzung des Gauvorstandes wurden den betheiligten Mitgliedschaften die Kollegen Karl Schulze, Bergmann und Stanowski vorgeschlagen, während man die Wahl eines Vertrauensmannes der Buchbinder auf nächste Versammlung verschob. Weiter wurde ein Antrag angenommen, inhaltlich dessen die Vertrauensleute verpflichtet sind, für die Benutzung des Arbeitsnachweises zu wirken. Der Bibliothekskommission überwies man 30 M. und der gleiche Betrag wurde dem Vorstand als vierteljährliche Entschädigung zugebilligt.

Kollege Riese machte Mittheilung, daß in der Hofbuchbinderei von Hömmsen, Wilhelmstraße 119/120, sieben Kollegen die Arbeit niedergelegt haben, weil H. sich weigerte, den Wochenlohn von 17 M. um 1 M. zu erhöhen. Die Versammlung erkannte die Kollegen als gemaßregelt an, und beschloß, die Werkstube bis zu erfolgter Bewilligung zu meiden.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer (Berlin, Bezirk 4.) Sonntag, den 22. Oktober, Vormittags 9½ Uhr, im Lokal des Herrn Ulrich, Waldemarstr. 45, Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg, Filiale 6). Sonnabend, den 21. Oktober, Abends 9 Uhr, Alte Schönhauserstr. 42, bei Reimann, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Kassenbericht.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstraße 170a: Unterricht in Gesundheitslehre und Buchführung. Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Geschichte (alte). Süd-Ost-Schule: Reichenbergerstraße 133. Unterricht in Buchführung.

Bei allen Unterrichtsfächern können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- und Diskutirklubs. Freitag. Karl Marx, Abends 8½ Uhr, bei Gruber, Mariendorferstr. 6. — Westen, bei H. Werner, Bülowstr. 59. — Lese- und Diskutirklub Otto Reimer, Abends 8½ Uhr, Wilhelmshavenerstraße 29 bei Kuba. — Diskutirklub August Geib Abends 8½ Uhr im Restaurant Zubell.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnenstraße 180, 2 Tr. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Mantteuffelstr. 49, v. 2 Tr. **Freitag.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserscher Männerchor, Schönhauser Allee 29, bei Kuhlmey. — Nord, Bergstraße 68, bei Keller. — Vorwärts I, S.O. Adalbertstr. 21, bei Roll. — Kummel'scher Gesangverein, Langestraße 62, bei Trampel. — Buchbinder-Männerchor Berlins, Holzmarktstraße 9, bei Peter. — Maiglöckchen, Hochstr. 32a, bei Wilke. — Gemüthlichkeit Pauer, Seydelstr. 36. — Palme, in Pelzers, bei Schröder. — Morgenroth 4, Köpenick, Müggelheimerstr. 2 bei Held. — Karlhaus'scher Gesangverein, Lichtenbergerstr. 21, bei Heise. — Gesangverein Morgenroth 2, Charlottenburg, Bismarckstr. 74. — Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer, Kommandantenstr. 26. — Gesangv. Nordwacht, Müllerstr. 7, bei Reichert. — Gesangverein Schmargendorf in Schmargendorf, Wirthshaus. — Zukunft 1, Steglitz, Thornstraße, im Gambrinus. — Gesangverein Collegia 1, Mantteuffelstr. 9 bei Nowacki. — Gesangverein Freiheit Moabit, Kronen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 47/49. — „Vereinte Sangesbrüder Moabit" Stromstraße 29 bei Lange. — „Sängerverein Sorgenfrei" Meichiorstr. 15 bei Stehmann. — Gesangv. „Rosalia" Gr. Frankfurterstr. 81 b. Müller. — „Nord-West-Stern", Altonaerstraße 27 bei Lipke. — „Vineta", Swinemünderstr. 33 bei Quelisch. — Freie Liedertafel, Neue Königstr. 73 bei Hahn. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. H., Mengert's Volksgarten. — Rothe Fahne, Görlitzerstr. 53 bei Vogel. — Sängerchor der Töpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Rölig. — Brauer-Gesangverein Gerstenähre, Alte Jakobstr. 83 bei Wienecke. — Männergesangverein Steinnelke, Köslinerstr. 17 bei Wendt. — Johannt, Am Ostbahnhof 7 bei W. Schulze. — Einigkeit 3, Groß-Lichterfelde bei Gries, Giesensdorf. — Geselligkeit, Hennigsdorf, Böhmert's Gasthaus. — Maiengruß, Köpenick, im Lokale von Kitz, Neue Grünstraßen-Ecke. — Freiheit 1, Bülowstr. 65 bei Richter. — Männerchor Süd-Ost, Köpnickerstraße 191 bei Hoge. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. H., Mengert's Volksgarten, Bergstraße. — Maiglöckchen 2, Reichenbergerstr. 14 bei Pätzold.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften sind zu senden an P. Henkel, Bergmannstr. 14, Hof 2 Tr. **Freitag:** Vergnügungsverein Frisch auf, Abends 9 Uhr, Ohmgasse 2 bei Krebs. — Kegel-Klub „Lustige 13", Abends 9 Uhr bei Sauermann, Adalbertstraße 8.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 9 Uhr, Berliner Bockbrauerei. — Quartettverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Schäfer, Neue Hochstr. 49. — Männerchor Waldesrauschen, Abends 9 Uhr, bei Weigt, Markgrafenstr. 87. — Privat-Theaterverein Crescendo, Abends 9 Uhr, bei Schulz, Pufendorfstr. 34. — Musik-Dilettantenverein „Tonika", Abends 8½ Uhr bei Schenk, Krautstr. 39, Uebungsstunde. — Musikverein Frischauf, Restaurant Schröder, Reichenbergerstr. 24.

Berliner Turngenossenschaft. Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums Pankstr. 9—10. — Turnverein Gesundbrunnen die 1. Männer-Abtheilung turnt heute Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstr. 9—10.

Vergnügungsverein Veilchen, Abends 9½ Uhr, bei Brauns, Oranienstr. 189 p. — Geselliger Arbeiterverein Graphia, Abends 8½ Uhr, Alte Jakobstr. 128 (Bogenhaus). — Unterhaltungsklub Schiller, Abends 9 Uhr im Restaurant Holzbächer, Dresdenerstraße 9. — Leipdept. Vereinigung Orion, Abends 9 Uhr Sitzung Schützenstr. 28. — Musikverein Hoffnung, Abends von 9—11 Uhr Uebungsstunde Prokauerstr. 35—37 bei Schneider. — Skatklub Kairo Abends 8 Uhr bei Flick, Simeonstr. 23. Vergnügungsverein Berolina, Abends 9 Uhr im Restaurant „Zur Gleichheit", Andreasstr. 26, Sitzung. Nach derselben Tanz. Tanzlehrer-Verein Solidarität, Abends 8½ Uhr im Lokale von Ehrenberg, Annenstr. 16, Sitzung. — Rauchklub Rothe Fahne, Freitag Abends 9 Uhr, Cuvrystr. 48 bei Krickeldorff. — Ruderverein „Vorwärts", Sitzung Abends 8 Uhr, in der Spreeterrasse, Jannowitzbrücke.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

In Ihrem Bericht über die Generalversammlung der deutschen Bodenbesitz-Reformer machen Sie über mich die Bemerkung, daß ich lange zwischen verschiedenen Parteien hin und her geschwankt sei, ohne mich über meinen Anschluß auf länger als einige Monate entscheiden zu können.

Dies trifft jedoch deshalb nicht zu, weil ich bisher nur einer einzigen, von mir selbst gegründeten Gemeinde, politischen Partei, der „unabhängigen Rechtspartei" angehört habe, deren Programm ich treu geblieben bin, und welcher auch Sozialdemokraten adhärirt haben. Ich schwanke in meinen politischen, sozialen und religiösen Anschauungen schon lange nicht mehr; nur decken sie sich vollständig mit keiner der bisherigen Parteien und eine eigene Partei in Metz zu bilden, ist zur Zeit unmöglich.

Mit freundlichem Gruß ergebenst

Heyder.

* * *

Der Umstand, daß man eine Bewegung in gewissem Sinne „erfreulich" findet, braucht durchaus nicht immer eine „Neigung" für die durch diese Bewegung zunächst geschaffene Organisation in sich zu schließen. Nehmen wir einen analogen Fall. Man kann (der „Vorwärts" hat es z. B. gethan) die antisemitische Agitation in Pommern, da sie ein Hineinziehen bisher abseits stehender Gesellschaftsklassen in den sozialen Kampf bedeutet, in gewissem Sinne als „erfreulich" ansehen, ohne doch „Neigung" für die unmittelbar daraus resultirenden Erscheinungsformen zu besitzen. — Im übrigen muß ich mir schon das Recht wahren, der beste Erläuterer meiner Worte selbst zu sein.

Adolf Damaschke.

Vermischtes.

Die Cholera. London, 18. Oktober. In Greenwich ist kein neuer choleraartiger Fall vorgekommen. Einer der Chefs der bakteriologischen Abtheilung, Dr. Klein, ist nach den angestellten Untersuchungen zu dem Schlusse gelangt, daß es sich bei den Erkrankungen der letzten Zeit nicht um Cholera asiatica gehandelt habe. — Greenwich, 19. Oktober. Die Zahl der bisher an der hier ausgebrochenen Epidemie Erkrankten beläuft sich auf 240. — Rom, 18. Oktober. In Livorno erkrankten 7 Personen an Cholera und starben 5, in Palermo 15 bezw. 5, in Patti Marina starb und in Gioiosa erkrankte 1 Person.

Zu den Sittlichkeitsverbrechen, die neuerdings Elberfeld in Schrecken versetzten, wird berichtet: In einem in Elberfeld verhafteten Stromer hat die Dienstmagd des Mathias Conen aus Hamm, welche in voriger Woche unsittlich angegriffen wurde, dieses Scheusal mit Bestimmtheit wieder erkannt; auch soll dieser Mensch derselbe sein, welcher den Kindesmord in Reuß begangen hat. Hoffentlich kommt nun endlich Licht in die traurige Angelegenheit.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts".

Dresden, 19. Oktober. Pirna konservativ gewählt. — Löbau nationalliberal gewählt. — Freiberg konservativ gewählt. — Meißen Kurtz (kons.) 577, Rüder (kons.) 999, Hoffmann (Antisemit) 833, Schmidt (freis.) 118, Grünberg (Sozialdemokrat) 833. — Mittweida Langer 727, Herrfurth 1456.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 19. Oktober. Im Streikgebiete fanden, den Abendblättern zufolge, in der vergangenen Nacht wiederum verschiedene Zusammenstöße von Streikenden mit Gendarmen und Soldaten statt. Auf der Bergwerksbahn bei Lens erfolgte in der Nacht eine Explosion, durch welche ein Theil des Bahnkörpers zerstört wurde. — Die sozialistischen Deputirten richteten einen energischen Protest gegen das Vorgehen einzelner Offiziere der im Streikgebiete stationirten Kavallerie.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Wien, 18. Oktober. Der konservative Klub hat ebenfalls die Wahlreformvorlage der Regierung abgelehnt.

Wien, 19. Oktober. Nunmehr heißt es, außer dem Landsmannminister Zaleski habe auch Finanzminister Steinbach seine Demission eingereicht. Graf Taaffe sei nach Budapest abgereist, um dem Kaiser persönlich die beiden Demissionsgesuche zu überbringen. Die „N. Fr. Pr." verlangt, daß nun auch die anderen Minister zur Wahlreformvorlage Stellung nehmen.

Briefkasten der Redaktion.

W. W. Bebel war in Dresden selbständiger Drechslermeister.

F. T., Rüdersdorf. Bebel, Försterling, Frohsche, Hasenclever, Liebknecht, Mende, Reinke und Schweitzer waren 1867 als sozialdemokratische Abgeordnete im Norddeutschen Reichstag.

S. in H. Wenden Sie sich an das Kölner Lokalkomitee; es wird Ihnen den Zutritt ermöglichen.

Eintracht. Eine Erweiterung des Vereinskalenders nach dieser Richtung, kann wegen Mangel an Raum nicht stattfinden.

S. S. 1. 1. Beleidigungsklage würde Erfolg haben. 2. Nein.

Freund der Hausfrau

ist **Karol Weil's Seifenextract** in hunderttausenden von Familien geworden, weil kein besseres und unschädlicheres Waschmittel existirt. Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Seifenpulvern, welche die Wäsche ruiniren. Schutzmarke Waschlass.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Durch Feuer etwas beschädigte Bretter in allen Stärken spottbillig Kummer, Holzstr. 31, part. 2618b

Bettstelle mit Matratze 26 Mark. Betten billig Pankstr. 29 bei Stephan.

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung
Brunnenstr. 185.

Central-Fleisch-Halle
Detailverkauf zu Engros-Viehhofspreisen: Rindfleisch 50—60 Pf., Kalbfleisch 50—60 Pf., Schweinefleisch 55 bis 60 Pf., Hammelfleisch 45—55 Pf.
Holzmarktstraße 19,
Ecke Michaelkirch-Brücke.

Detailverkauf sämmtl. Sorten
Roh-Tabak
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45. [2492b

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L.
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Sophastoff-Reste
in RipS, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!
Proben franko!
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Restaurant „Zur Gleichheit",
Andreasstr. 26.
Jeden Sonnabend und Sonntag: Familienkränzchen, verb. m. ernsten und heiteren Vorträgen. Saal f. Versamml., Vereine u. Festlichkeit. jed. Art, nebst verd. Kegelbahn, noch einige Tage frei. Jeden Sonnabend u. Sonntag: Gänse-Ausschieben. 40 in- und ausländische Zeitungen liegen aus in
F. Wilke's Restaurant
„Zur Gleichheit", Andreasstr. 26.

Bettfedern, dreifach gereinigte, neue, vorzüglich füllend, Pfund 50, 70, 90 Pf. Halbdaunen Pfd. 1,10. Halbdaunen, silberhell, Pfd. 1,60. Daunen von vorzügl. Füllkraft (3 Pfd. genügen zum größten Oberbett) Pfd. 2,75, empfiehlt das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von S. Pollack, Oranienstr. 61, am Moritzplatz.

Empfehle Genossen m. Restauration, Vereinsz. J. Lenz, Alte Jakobstr. 69.

Freie Volksbühne.

Aufruf
zur Gründung einer 5. Abtheilung.

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 10. Oktober wurde der Vorstand beauftragt, zur Gründung einer 5. Abtheilung zu schreiten. Die erste Vorstellung findet am Sonntag, den 5. November, Nachmittags 3 Uhr, im National-Theater statt. Zur Aufführung gelangt zum 5. Male:

Uriel Acosta.

Der monatliche Beitrag kostet abwechselnd 50 oder 60 Pf., außerdem haben die neu eintretenden Mitglieder ein Einschreibegeld von 50 Pfg. zu zahlen. Für den Monatsbeitrag erhält jedes Mitglied in jedem Monat eine Vorstellung, abwechselnd im Lessing-Theater mit dem Künstlerpersonal des Lessing-Theaters und im National-Theater mit dem Künstlerpersonal des National-Theaters verstärkt durch einige Gäste.

Die Gründung der 5. Abtheilung ist besonders unter dem Gesichtspunkt beschlossen worden, um die ersten überfüllten 4 Abtheilungen, besonders die 4. Abtheilung, zu entlasten. **Infolge dessen richtet der Vorstand an die Mitglieder — besonders der 4. Abtheilung die dringende Bitte, ihre Karten dem Unterzeichneten einzusenden, worauf ihnen sofort eine Karte zur 5. Abtheilung übermittelt wird. Mit dieser Umschreibung sind keine Mehrkosten verbunden. Die Mitglieder, die den Oktober-Beitrag nicht bezahlt haben und sich zur 5. Abtheilung umschreiben lassen, brauchen den Beitrag für Oktober nicht zu leisten.**

Die Mitglieder, die den Oktoberbeitrag schon gezahlt, aber sich haben umschreiben lassen und die Vorstellung „Uriel Acosta" noch nicht gesehen haben, brauchen keinen Novemberbeitrag zu leisten, um am 5. November das National-Theater zu besuchen; die Mitglieder, die die Vorstellung schon gesehen haben und sich umschreiben lassen, brauchen ebenfalls keinen Novemberbeitrag zu leisten, und dürfen sie dann die Vorstellung am 5. November nicht besuchen.

Die Vorstellungen der 5. Abtheilung finden möglichst an demselben Tage statt, an dem die Vorstellung der 1. Abtheilung stattfindet.

Mitglieder werden aufgenommen von folgenden Herren:

Norden:

23. **Emil Dieke,** Restaurateur, Lothringerstraße 67.
24. **A. Hinze,** Zigarrenhandlung, Pankstr. 14a.
13. **Aug. Fellenberg,** Restaurant, Brunnenstraße 122, Ecke Anklamerstr.
15. **H. Mehnert,** Zigarrenhandlung, Diedenhofenerstr. 3.
28. **Hugo Vogel,** Zigarrenhandlung, Demminerstr. 62.
22. **M. Winkelmann,** Zigarrenhandlung, Ackerstr. 153.
14. **Ernst Beyer,** Zigarrenhandlung, Veteranenstr. 13.

Nordosten:

16. **Franz Niemeyer,** Zigarrenhandlung, Weberstr. 19.
17. **H. Gumpel,** Zigarrenhandlung, Barnimstr. 42.

Osten:

25. **Franz Ungering,** Restaurateur, Breslauerstr. 27.
26. **E. Böhl,** Restaurateur, Frankfurter Allee 74.

Südosten:

3. **E. Arndt,** Zigarrenhandlung, Skalitzerstr. 107.
4. **C. Böhlert,** Zigarrenhandlung, Mariannenstraße 5.
18. **A. Kehr,** Hutgeschäft, Köpnickerstr. 126.
27. **H. Wolter,** Zigarrenhandlung, Pücklerstraße 53.

Süden:

1. **J. Gädicke,** Zigarrenhandlung, Gräfestr. 93.
2. **G. Schulz,** Zigarrenhandlung, Admiralstraße 40a.
5. **W. Börner,** Zigarrenhandlung, Ritterstraße 108.
6. **H. Baake,** Buchhandlung, City-Passage.

Südwest:

7. **A. Ochs,** Zigarrenhandlung, Lindenstr. 59.
8. **J. Windhorst,** Zigarrenhandlung, Junkerstr. 1.
9. **A. Laege,** Restaurateur, Fürbringerstr. 22.
10. **Richard Schulz,** Papierhandlung, Katzbachstr. 21.
19. **Albert Böttger,** Zigarrenhandlung, Zossenerstr. 21.

Westen:

29. **C. Behrend,** Restaurateur, Blumenthalstr. 5.
11. **M. Faller,** Restaurateur, Pallasstr. 16.

Nordwesten (Moabit):

12. **F. Voß,** Zigarrenhandlung, Lübeckerstr. 8.

Zentrum:

20. **Albert Löwenberg,** Zigarrenhdl., Neue Schönhauserstr. 18.
21. **P. Horsch,** Zigarrenhandlung, Gipsstraße 5.
30. **Bruno Scheithauer,** Musikalienhandlung, Rosenthalerstraße 64, vis-à-vis der Auguststraße.

Der Vorstand der Freien Volksbühne.
396/9 J. A.: **Julius Türk,** SW. Solmsstraße 24.

Volkszither

dürfte in keiner Familie fehlen, ist in einer Stunde zu erlernen, kostet mit Schule nur 14 Mark und ist die angenehmste Musik. 4915L*

Aug. Kessler, Zitherfabrik, Lausitzerstr. 51.

Jamaica-Rum,

echt u. sap. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.
4412M **Eugen Neumann & Co.,**
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

„Zum Prophet"

Grösstes Konfektionshaus Deutschlands

1. Etage. **Am Dönhoffsplatz.** 1. Etage.

◇◇◇◇ Ecke Leipziger- u. Kommandantenstraße. ◇◇◇◇

5020L*] **Um zu räumen**

Cheviot-Anzug	von 9 M. an	Double-Schlafrock	von 8 M. an
Cheviot-Anzug	„ 13 „ „	Satin-Schlafrock	„ 9 „ „
Diagonal-Anzug	„ 15 „ „	Velour-Schlafrock	„ 12 „ „
Velour-Anzug	„ 18 „ „	Tdle. Face-Schlafrock	„ 15 „ „
Satin-Anzug	„ 20 „ „	Frise-Schlafrock	„ 20 „ „
Kammgarn-Anzug	„ 19 „ „	Tuch-Hose	„ 3 „ „
Kammgarn-Anzug	„ 25 „ „	Winter-Hosen	„ 4 „ „
Salon-Anzug	„ 27 „ „	Schwarze Hose	„ 6 „ „
Gehrock-Anzug	„ 30 „ „	Kammgarn-Hose	„ 7 „ „
Winter-Paletot	„ 9 „ „	Tuch-Weste	„ 1 „ „
Winter-Paletot	„ 13 „ „	Weiße Weste	„ 2 „ „
Winter-Paletot hochf.	„ 20 „ „	Hochelegante Weste	„ 4 „ „
Bauch-Paletot	„ 14 „ „	Knaben-Anzug	„ 2 „ „
Schwalopf-Paletot	„ 21 „ „	Schul-Anzug	„ 3 „ „
Reise-Mantel	„ 10 „ „	Neuv.-Anzug	„ 5 „ „
Kaiser-Mantel	„ 9 „ „	Burschen-Anzug	„ 4 „ „
Pelerinen-Ulster	„ 13 „ „	Jünglings-Anzug	„ 7 „ „
Hohenzollern-Mantel	„ 23 „ „	Knaben-Paletot	„ 8 „ „
Bureau-Joppe	„ 3 „ „	Knab.-Kaiser-Mantel	„ 4 „ „
Haus-Joppe	„ 4 „ „	Burschen-Paletot	„ 5 „ „
Loden-Joppe	„ 7 „ „	Burschen-Schwalopf	„ 7 „ „
Jagd-Joppe	„ 8 „ „	Jünglings-Paletot	„ 6 „ „

Für das Verleihen von Fracks, sowie ganzer schwarzer Anzüge haben wir eine besondere Abtheilung eingerichtet.

Sonntags von 7–10 und 12–2 Uhr geöffnet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonnabend, den 21. Oktober 1893:

Erstes Stiftungs-Fest

in den **Concordia-Festsälen,** Andreasstraße 64 und Krautstraße 38, bestehend in **Vokal- und Instrumental-Concert, deklamatorischen Vorträgen** von Herrn **Paris** (Mitglied des Viktoria-Theaters), und unter Mitwirkung des Gesangvereins **Lorbeerkranz II. Festrede.**

Nach dem Concert: **Grosser Ball.**

Anfang 8½ Uhr. Billets (Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.) sind zu haben bei den Kollegen **Hintze,** Gräfestr. 32, Quergeb. part.; **Mieke,** Adalbertstr. 9, 4 Tr.; **Arndt,** Friedenstr. 63; **Wiedemann,** Wendenstr. 2, 4 Tr.; **Zeise,** Bartelstr. 3; **Coblenzer,** Adalbertstr. 96, Quergeb. 1 Tr.; im Arbeitsnachweis, Wallstr. 7/8, und auf sämmtlichen Zahlstellen.

430/20 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- und Begräbnißkasse der Buchbinder.

(E. H.) Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, den 21. Oktober 1893,

in den **Festsälen des Industrie-Gebäudes,** Beuthstraße Nr. 20:

17. Stiftungs-Fest,

bestehend in

Vokal-, Instrumental-Concert und humoristischen Vorträgen,

ausgeführt vom **Buchbinder-Männerchor** (Mitgl. des Arb.-Säng.-Bundes), Dirigent: **C. Malmêne,** von Mitgliedern der **Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker,** Dirigent: **G. Grass,** sowie von der vom Parteitag- und Engels-Kommers bekannten

Gesellschaft Vorwärts, Direktion: B. Strzelewicz.

Nach dem Concert:

Grosser Ball.

(Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach.)

Billets à 30 Pfg. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen, im Arbeitsnachweis des Verbandes, Annenstr. 16, im Restaurant zur „Neuen Post" (Hauptkassenlokal), Beuthstr. 21, sowie bei sämmtlichen Vorstands-Mitgliedern zu haben. 120/16

Anfang präzise 8½ Uhr. **Das Komitee.**

☞ Die **Zahlstellen** bleiben am Festabend geschlossen. ☜

Cöpenick.

Sonnabend, den 21. d. Mts., bei Herrn Klein (Stadt-Theater):

Tanzkränzchen

veranstaltet vom **Arbeiter-Gesangverein „Heimathklänge",** unter Mitwirkung des Gesangv. **„Morgenroth"** (beide Mitgl. des A.-S.-B.).

Anfang 8 Uhr. Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.

159/19 **Der Vorstand.**

O welche Lust, Soldat zu sein!

10. bis 20. Tausend.

Eine neue Agitationsbroschüre:

Inhalt: Einleitung. Brot- und Blutsteuer. Molochs Kultur. Krieg im Frieden. Soldatenfutter. Schneidig. Schimpfwörter-Lexikon. Mißhandlungen. Molochs Justiz. Selbstmord. Schlußbetrachtungen. ☞ **Preis 20 Pfg.** ☜ Bei Partiebezug hoher Rabatt. — Verlag der **„Münchener Post"**, München, Windenmacherstraße Nr. 5. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure. 5019S*

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt

2. Beuth-Straße. **Berlin SW.** Beuth-Straße 2.

Wir empfehlen den Parteigenossen zur Anschaffung:

Ferd. Lassalle's Reden und Schriften.

Neue Gesammtausgabe. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein. Vollständig in 3 Bänden.

Erscheint in ca. 50 (14täg.) **Lieferungen à 20 Pf.**

Bereits erschienen:

Band I.: in Leinen gebunden Mk. **3,—**
—,— in Halbfranz gebunden (Liebhabereinband) „ **4,—**
Band II.: in Leinen gebunden „ **4,50**
—,— in Halbfranz gebunden (Liebhabereinband) „ **5,50**

Der Herausgeber schickt dem Werke eine interessante kritisch-biographische Einleitung voraus: „Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie", die auch eine Fülle neuen Quellenmaterials enthält. In Form von Vorbemerkungen oder kritischen Randnoten zu den einzelnen Broschüren präzisirt der Herausgeber den heutigen prinzipiellen Standpunkt der Partei, wo dieser verändert ist, oder erleichtert das historische und politische Verständniß der Materie. Die einzelnen Broschüren folgen nicht in chronologischer Reihenfolge sondern nach ihrer inneren Zusammengehörigkeit geordnet. Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesammtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Brandes, Georg, Ferdinand Lassalle. Ein literarisches Charakterbild. Aus dem Dänischen übersetzt. Mit Lassalle's Portrait. 2. Aufl. Brosch. Mk. **2,50** Gebd. „ **3,50**

Wir können diese unstreitig beste Biographie Lassalle's dringend zum Studium empfehlen.

Kegel, Max, Ferdinand Lassalle. Gedenkschrift zu seinem 25jährigen Todestag. Mit Portrait Lassalles. Mk. **—,50**

Becker, Bernh., Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalle's und seine Beziehungen zu Helene von Dönniges. Neue Bearbeitung. In 6 Heften à **25** Pf. Gebd. Mk. **2,—**

Eine Sammlung aller auf das Ereigniß bezüglichen Schriftstücke und Originalbriefe. Mit einer interessanten Vorrede.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Bei Aufträgen von Außerhalb ersuchen wir höflichst um gleichzeitige Einsendung des dafür entfallenden Betrages. (Porto extra.)

Verein des technischen Personals der Deutschen Bühnen

ladet sämmtliche Theatermeister, sowie Maschinisten zur außerordentlichen Versammlung am Sonnabend, den 21. d. M., Abends 11 Uhr, Annenstraße 16, ein. 2614b

Tagesordnung:

Vortrag des Hrn. **Blindow** über Zweck und Ziele des Vereins.

Der Vorstand.

Charlottenburg.

Zentral-Krankenkasse der Maurer (Grundstein zur Einigkeit).

Sonntag, den 22. Oktober, Vorm. 10½ Uhr, in Bismarckshöhe, Bismarck-Straße 80:

Quartals-Versammlung

mit wichtiger Tagesordnung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

255/15 **Der Vorstand.**

Als anerkannt reelle und thatsächlich billigste Einkaufsquelle des **Süd-Ostens** für

Gold-, Silber-, Alfénidewaaren (Eig. Fabr.)

goldene u. silberne Uhren

empfiehlt sich

H. Gottschalk,

Goldarbeiter und Uhrmacher,

37 Admiral-Straße 37

Presskohlen.

Marke Centrum, anerkannt vorzüglichste Heizkraft, wenig Asche gebend, 16 cm lang pro Tausend 5,19 M., 18 cm lang 6,50 M. frei Keller. **Beste Senftenberger „Marie"**, 16 cm lg. 5,50 M., 18 cm lang 7,00 M. frei Keller. Beide Sorten mit Packen, frei Boden 25 Pfg. mehr. **Holz, Steinkohle, Coaks** billigst. **Musterkohlen gratis frei Haus.** 503M

Frischeisen & Co.,

Wienerstr. 13, am Görlitzer Bahnhof. Bequeme Pferdebahn-Verbindung.

Wichtig für den Haushalt

Mehl- und Hülsenfrüchte-

Spezialgeschäft

Brunnenstraße 14.

Bei Entnahme von **2 Pfund**

Engros-Preise.

	1 Pfd.	2 Pfd.
Kaiser-Auszug	17	30
Prima Weizenmehl	14	27
do. II.	13	26
Roggenmehl	14	26
do. zum Kleistern	9	16
Linsen, große	30	5[illegible]
do. mittel	25	4[illegible]
do. kleine	15	28[illegible]

Erbsen, Bohnen, Graupen, Grieß, Grützen, Reis u. s. w.

Nur vorzüglichste Qualitäten bei billigsten Preisen.

Bitte genau auf die Nummer zu achten. 2451b

Rechtsbureau des Königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 4922S*

Möbl. Schlafst. f. H. Dresdenerstraße 6, v. 4 Tr. 2624b

Arbeitsmarkt.

Wir suchen noch einige Agenten für Lebens- und Volks-Versicherungen. Bei guter Leistung feste Anstellung. Bewerbungen schriftlich erbeten. General-Agentur, Schönhauser Allee 153.

Eine alte deutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft ersten Ranges sucht für Berlin und Vororte **gegen feste Aufnahmegebühren** und 58/16b

hohe Provisionen

tüchtige Agenten. Bei guter Leistung feste Anstellung. Bewerbungen erbeten G. W. 263 „Vossische Zeitung".

Herren aller Gesellschaftskreise können sich leicht äußerst lohnenden Nebenverdienst durch Nachweis und Abschluß von Feuer- und Glasversicherungen verschaffen. Bei guten Leistungen feste Anstellung gegen festes Gehalt. Gründliche Informationen bereitwilligst ertheilt General-Agentur, Schönhauser Allee 153. 58/16b

---

Für meine neu eingerichtete Bettstellen-Fabrik suche ich tüchtige eingearbeitete Leute. 5034S

Franz Berndt,
Friedrichsberg, Blumenthalstr. 42.

Tüchtige Bankpolirer

auf Alfénide verl. Deutsche Metall-Industrie, Alte Jakobstr. 108. 2620b

---

Grundirer

gesucht von der Goldleisten-Fabrik **Plagemann & Maack, Gotha.**

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 247. Freitag, den 20. Oktober 1893. 10. Jahrg.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion.

Unmittelbar nach Beendigung unseres vorjährigen Parteitages am 22. November 1892 wurde die II. Session des im Jahre 1890 auf fünf Jahre gewählten Reichstages eröffnet.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses sowie der parlamentarischen Berathung standen die enormen Militärforderungen, welche am 23. November v. J. von einer langen Rede des Reichskanzlers begleitet, dem Reichstage vorgelegt wurden, und deren mit 210 gegen 162 Stimmen erfolgte Ablehnung am 6. Mai d. J. die Auflösung des Reichstages herbeiführte. Der Reichstag begann seine Thätigkeit mit der Berathung einer Interpellation betreffend den Gebrauch der Schußwaffen seitens der Wachtposten.

Die an die Beantwortung der Interpellation anknüpfende Diskussion gab dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion Gelegenheit, in energischer Weise die Instruktion, welche dem Wachtposten den Gebrauch seiner Schußwaffe befiehlt, zu bekämpfen.

Die Vorschrift, welche dem auf Posten stehenden Soldaten befiehlt, etwaige Fluchtversuche von Personen, deren Festnahme ihm nothwendig erscheint, durch den Gebrauch der Schußwaffe zu verhindern, und dadurch Leben und Gesundheit der auf öffentlichen Straßen und Plätzen verkehrenden Bürger zu gefährden, wurde als in direktem Widerspruch mit der Kultur stehend bezeichnet, und die Meinung ausgesprochen, daß diesem Zustande nicht eher ein Ende bereitet werden würde, als bis einmal ein Prinz oder ein hoher Militär auf der Straße das Opfer einer kleinkalibrigen Kugel geworden sei. Sämmtliche Parteien des Reichstages waren einig darüber, daß die Erklärung der Regierung, wonach die in belebten Straßen stehenden Posten nicht mehr mit Munition versehen werden sollen, durchaus ungenügend, und nicht geeignet sei, den Mißstand zu beseitigen.

Die aus den Jahren 1835 und 1837 stammende, noch heut in Kraft befindliche Instruktion muß gänzlich aufgehoben werden, damit die Straßenpassanten nicht mehr zum Zielobjekt schießlustiger Wachtposten gemacht werden können. Die Ausrüstung der Posten mit scharfen Patronen zu etwaiger Vertheidigung bei Angriffen ist nicht nothwendig — die Posten haben für solchen Fall anderweite Vertheidigungsmittel zur Genüge — und birgt eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit in sich, wie die Fälle beweisen, bei denen Wachtposten, von der Schußwaffe Gebrauch machend, neben den mit ihnen in Konflikt gerathenen Personen, auch gänzlich Unbetheiligte in den Sand streckten.

Das Volk muß sich vor diesen Wirkungen des Militarismus schützen. Das Publikum darf nicht länger den Geschossen der Wachtposten preisgegeben sein. Jene verrottete Instruktion, welche den Soldaten unter Umständen dazu zwingt, seinen Mitmenschen zu tödten, muß aufgehoben und durch zeitgemäße Anordnungen ersetzt werden, damit der Schießerei auf den Straßen und dem damit verbundenen militärischen Mord ein für alle Mal ein Ende gemacht wird. —

In der Etatsberathung verharrte die sozialdemokratische Fraktion auf ihrem bisherigen Standpunkt. Indem die Fraktion gegen den Gesammtetat stimmte, hat sie nicht nur Stellung genommen gegen das auf Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse gerichtete Wirthschaftssystem der herrschenden Klassen, sondern sie hat auch durch die Verweigerung der von der Regierung geforderten Mittel den Protest erneuert gegen den Militarismus, welcher unerträglich auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung lastet, und durch die inzwischen angenommene Militärvorlage dem Volke noch neue schwere Opfer an Gut und Blut auferlegt. Der von dem gegenwärtigen Regierungssystem betriebenen Militär- und Wirthschaftspolitik setzt die Sozialdemokratie nach wie vor die Parole entgegen: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

In dem Reichsetat kommt die das Volk degenerirende und namentlich die Arbeiterklasse schwer schädigende Militär- und Steuerpolitik des herrschenden Systems zu charakteristischem Ausdruck. Die Aufbringung der öffentlichen Lasten durch Steuern und Zölle auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse der breiten Volksmassen beweist deutlich, daß die herrschenden Klassen ihre Macht in der Gesetzgebung dazu anwenden, um die finanziellen und persönlichen Lasten für die, hauptsächlich im Nutzen und zum Vortheil der besitzenden Klassen geschaffenen, Einrichtungen der heutigen Gesellschaft den wirthschaftlich Schwachen, den Besitzlosen aufzuerlegen. Die Klassenherrschaft kommt in der Klassengesetzgebung zu thatsächlicher Wirksamkeit. Indem die bürgerliche Gesellschaft über die öffentlichen Gewalten und deren Machtmittel verfügt, ist die Arbeiterklasse der militärisch-kapitalistischen Ausbeutung preisgegeben. Die ungeheuren Lasten, welche der Militarismus der Arbeiterklasse durch die Blutsteuer aufbürdet, sind dem nimmersatten Kapitalismus nicht genügend. Auch die Steuern, welche der Militarismus im Dienste seines Zwillingsbruders, des Kapitalismus, fordert, müssen zum größten Theil von dem arbeitenden Volk aufgebracht werden. Die zur Deckung der Militärkosten dem Volke auferlegten indirekten Steuern und Zölle belasten ihrer Natur nach hauptsächlich die breiten Volksmassen, deren wirthschaftliche Lage sie unfähig macht, diese Lasten zu tragen.

Der gegenwärtige Zustand, welcher die immer weiter greifende Verelendung der in wirthschaftlicher Noth und politischer Rechtlosigkeit befindlichen Volksmassen zur Folge hat, wird einzig und allein von der Sozialdemokratie prinzipiell verworfen. Alle übrigen Parteien stehen trotz mancher Interessenstreitigkeiten untereinander auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, während die Sozialdemokratie die Basis der herrschenden Gesellschaftsform, das privat-kapitalistische Produktionssystem, auf Leben und Tod bekämpft.

Die prinzipielle Stellung macht der sozialdemokratischen Fraktion die Verwerfung des Gesammtetats zur Pflicht.

Der Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1893/94 verschlingt die ungeheure Summe von 1 257 600 611 M., wovon 1 005 419 231 M. als fortdauernde und 82 706 604 M. als einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats, und 169 474 776 M. als einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats verausgabt werden.

Hierzu kommt noch ein Nachtragsetat, durch welchen 1 468 000 M. an fortdauernden und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats bewilligt sind.

Ueber die Verwendung der gewaltigen, weit über eine Milliarde betragenden Ausgaben des Etatsjahres 1893/94 mögen folgende Angaben Auskunft geben, wobei ausdrücklich zu bemerken ist, daß die Kosten der neuen Heeresverstärkung nicht in diesen Etats enthalten sind, sondern durch Bewilligung eines Nachtragsetats für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis 31. März 1894 ihre Deckung finden.

Für die Militär- und Marineverwaltung sind im Etatsjahr 1893/94 an laufenden Ausgaben rund 428 Millionen Mark für Militär, 48 Millionen Mark für Marine und 69 Millionen Mark für Pensionen bewilligt worden. Für einmalige Ausgaben hat der Militär- und Marineetat 182 Millionen Mark im Etatsjahr erfordert, so daß die Summe der Ausgaben, welche im deutschen Reich im Jahre 1893/94 für Militär- und Marinezwecke aufgebracht werden, etwa

727 Millionen Mark

beträgt, — wobei die Ausgaben des Reichs-Invalidenfonds mit nahezu 24¾ Millionen Mark nicht mitgerechnet sind.

Einen bedeutenden Faktor in den Reichsausgaben finden wir noch in der Verzinsung der Reichsschuld, welche pro 1893/94 den Betrag von 66 Millionen Mark erfordert. Die sonstigen fortlaufenden Ausgaben des Reichs vertheilen sich auf die verschiedenen Verwaltungsgebiete, wie Auswärtiges Amt mit etwa 10 Millionen Mark, Reichsamt des Innern mit 25 Millionen Mark, Reichs-Justizverwaltung mit 2 Millionen Mark und dem allgemeinen Pensionsfonds mit 44¾ Millionen Mark.

Von welchen Klassen der Bevölkerung die Reichsausgaben pro 1893/94 hauptsächlich aufgebracht werden, ergiebt sich, wenn man die Steuerquellen des Deutschen Reiches untersucht.

Die 1½ Milliarden Mark — diese Summe muß zur Deckung der Ausgaben im Jahre 1893/94 ungefähr vereinnahmt werden — werden in folgender Weise beschafft.

Ueberschuß aus der Post- und Telegraphenverwaltung 21 Mill. Mark; Reichsstempelabgaben 36½ Millionen Mark; Ueberschuß aus Reichs-Eisenbahnverwaltungen 20½ Millionen Mark; aus dem Bankwesen 7 Millionen Mark; aus der Reichsdruckerei 1½ Millionen Mark; aus dem Reichsinvalidenfonds 24¾ Mill. Mark; aus den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten etwa 355½ Millionen Mark und aus Zöllen und Verbrauchssteuern etwa 600 Millionen Mark.

Zur Balanzirung des Etats pro 1893/94 ist der Reichskanzler ermächtigt worden, eine Anleihe bis zum Betrage von etwa 130¾ Millionen Mark aufzunehmen. Die Zölle und Verbrauchssteuern setzen sich zusammen aus Getreidezoll, Petroleumzoll, Fleisch-, Vieh-, Holzzölle u. s. w. im Betrage von etwa 341 Millionen Mark, während die Tabaksteuer für das Jahr 1893/94 mit etwa 11 Millionen Mark, die Zuckersteuer mit 66½ Millionen Mark, die Salzsteuer mit 42 Millionen Mark, die Branntweinsteuer mit etwa 117 Millionen Mark veranschlagt ist.

Die Art der Reichseinnahmen sowie die Verwendung derselben zeigen deutlich, welche enormen Summen im Dienste des Kapitalismus alljährlich dem Moloch des Militarismus geopfert werden, und beleuchten drastisch das in der bürgerlichen Gesellschaft herrschende Prinzip in Bezug auf die Vertheilung der öffentlichen Lasten.

Im Anschluß an die Generaldiskussion des Etats fand die Generaldiskussion der Militärvorlage statt. Die in mehrtägiger Berathung von allen Rednern mit Ausnahme des Industriellen Stumm bekämpfte Vorlage, wurde an eine Kommission verwiesen, welche nach monatelanger nutzloser Hin- und Herrederei die Ablehnung der von der Regierung geforderten Verstärkung der Friedenspräsenz empfahl.

Nach Vorschlag der Regierung sollte sich die Heeresverstärkung an Mannschaften und Unteroffizieren auf etwa 100 000 Mann belaufen. Die Ersatzreserve sollte bis auf einen kleinen Rest in Wegfall kommen, da dieselbe statt 20 Wochen künftig 2 Jahre dienen muß. Für die Fußtruppen, einschließlich der Fußartillerie, wollte man die zweijährige Dienstzeit bewilligen.

An Kosten wurden für die Durchführung der Armeereform verlangt als regelmäßige jährliche Mehrausgabe 64 000 000 Mark, an einmaligen Ausgaben 67 800 000 Mark.

Die regelmäßigen Ausgaben würden sich jedoch wesentlich höher als 64 Millionen gestellt haben, da einmal die Zinsen für die Anleihe der einmaligen Ausgaben, sodann eine beträchtliche Erhöhung der Unteroffizierprämien, sowie erhöhte Pensionsausgaben u. s. w. nothwendig wurden. Außerdem würde die Unterbringung der Mannschaften in Kasernen und Baracken später außerordentliche Ausgaben in Höhe von etwa 105 000 000 Mark erfordern.

Die Mehrausgaben sollten gedeckt werden durch eine Verdoppelung der Börsensteuer und eine Erhöhung der Branntwein- und der Brausteuer, also mit Steuern, die, wie bisher, auch jetzt wieder mit Ausnahme der Börsensteuern, vorzugsweise die besitzlosen Klassen der Bevölkerung zu tragen haben würden. Die Börsensteuer sollte ein Mehr von 12½ Millionen Mark ergeben, 44 Millionen Mark sollten auf die Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer fallen. Die Stellung der Sozialdemokratie zu der im Vorstehenden gekennzeichneten neuen Militärforderung war von vornherein vollkommen klar. Für unsere Partei, welche über die neue Militärvorlage hinaus das herrschende Militärsystem prinzipiell bekämpft, konnte selbstverständlich von vermehrten Opfern für den Militärmoloch keine Rede sein.

Der Militarismus ist eine vorzugsweise im Dienste der herrschenden Klassen stehende Institution der bürgerlichen Gesellschaft, während die Lasten, welche er dem Volke auferlegt, hauptsächlich von der Arbeiterklasse getragen werden müssen. Die Sozialdemokratie bekämpft das gegenwärtige Militärsystem, weil es die finanziellen Lasten nicht denjenigen Klassen der Bevölkerung auferlegt, deren Besitzthümer im Kriegsfalle durch den Militarismus geschützt werden, und weil es die Armen und Besitzlosen zwingt, neben der Blutsteuer auch noch die Gutsteuer zu tragen.

Die sozialdemokratischen Redner haben während der Berathung der Militärvorlage wiederholt die Forderung gestellt, die Gesammtkosten der Militärverwaltung — nicht nur die Mehrkosten für die letzte Heeresverstärkung — durch eine Reichseinkommensteuer aufzubringen. Nur auf diesem Wege ist eine gerechte und den Verhältnissen entsprechende Aufbringung der Kosten des Militarismus möglich. Durch eine progressiv nach oben steigende Einkommensteuer werden diejenigen Bevölkerungsklassen zur Deckung der Militärkosten herangezogen, welche durch Besitz und Einkommen hierzu befähigt sind, in deren Klasseninteresse der Militarismus geschaffen ist und deren Eigenthum durch die Armee geschützt und vertheidigt wird.

Aber nicht nur aus diesen Gründen steht die Sozialdemokratie dem herrschenden Militärsystem feindlich gegenüber.

Wir verlangen die Errichtung des Milizsystems, damit die allgemeine Wehrpflicht, welche heut in Deutschland nur auf dem Papier steht, zur Wahrheit wird. Das Einjährig-Freiwilligen-Institut, eine den Klasseninteressen der Bourgeoisie dienstbare Einrichtung, muß aufgehoben worden.

Jeder wehrfähige junge Mann soll, durch entsprechende Schul- und Jugenderziehung vorbereitet, für eine kurze Zeit militärisch ausgebildet werden, um, wenn nöthig, das Vaterland gegen Angriffe moralisch vertheidigen zu können.

Wir wollen ein Militärsystem, welches, die Volkskraft im Frieden schonend, das ganze Volk befähigt, im Falle der Noth zu den Waffen zu greifen, um Haus und Hof zu schützen.

Hierzu bedarf es keiner zweijährigen Dienstzeit, welche bei Einstellung sämmtlicher wehrfähigen jungen Leute schon aus finanziellen Gründen unausführbar sein würde, sondern für ein wirkliches Volksheer genügt bei entsprechender Vorbereitung in der Jugenderziehung eine Dienstpflicht, welche nach Wochen zählt.

Freilich wird man bei der Einführung des Milizsystems auf den in Preußen-Deutschland herrschenden Paradedrill verzichten müssen; aber es ist auch nicht die Aufgabe eines Kulturvolkes, seine Bürger jahrelang Paradeschritt üben zu lassen und dieselben zum Aufenthalt in „Ferienkolonien“ hinter Kasernenmauern zu verurtheilen.

Wir haben nicht nur die neue Militärvorlage aus finanziellen, politischen und wirthschaftlichen Gründen verworfen, sondern wir kämpfen aus denselben Gründen gegen das ganze Militärsystem unsrer Tage, weil wir einem System feindlich gesinnt sind, welches Blüthen zeitigt, wie die Mißhandlungen und Schindereien unsrer Brüder im Waffenrock, von denen die Veröffentlichungen in der Presse und die Verhandlungen des Reichstages in den letzten Jahren ein so trauriges Zeugniß abgelegt haben.

Wir stehen einem System feindlich gegenüber, unter dessen Herrschaft die Söhne des Volkes in der Uniform auf die Söhne des Volkes im Arbeiterkittel schießen müssen, wenn es im Interesse der herrschenden Klassen für nothwendig erachtet wird.

Wir verlangen ein Milizsystem, bei welchem die Bürger mit Wehr und Waffe ausgerüstet, jeden Moment in der Lage sind, nicht nur dem auswärtigen Feinde die Stirn zu bieten, sondern bei welchem auch den in gewissen Kreisen herrschenden Gelüsten, die sich gegen ihre politische Unterdrückung und wirthschaftliche Ausbeutung wehrende Arbeiterklasse vermittelst der Bajonnette und Kanonen niederzuschlagen, erfolgreich entgegengetreten werden kann. In der Volksbewaffnung erblicken wir nicht nur Schutz gegen die Bestrebungen, den Militarismus zum Werkzeug des Kapitalismus zu machen, sondern dieselbe bildet auch einen Wall gegen etwaige Angriffe auf die Volksrechte, deren Vertheidigung und Erweiterung die Mission des Proletariats, die Aufgabe der in der Sozialdemokratie politisch organisirten Arbeiterklasse ist.

Die Militärvorlage ist seit ihrer Einbringung im Reichstage sowohl dort, als auch in der Presse, in Versammlungen und in Flugblättern während des Wahlkampfes so eingehend beleuchtet worden, daß wir nicht nöthig haben, an dieser Stelle noch einmal alle Gründe gegen die Vermehrung des stehenden Heeres und der damit verbundenen Kosten zu wiederholen. Die Sozialdemokratie hält das stetige Anwachsen des Militarismus für kulturwidrig und im höchsten Grade gefährlich für den Völkerfrieden. Politisch zwecklos, den Frieden nicht sichernd, sondern im Gegentheil durch die Ueberspannung der Volkskraft zum Kriege anreizend, bürdet die herrschende Militärpolitik dem Volke Lasten auf, welche die Volkskraft verzehrend, nothwendiger Weise den wirthschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands zur Folge haben müssen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstage wissen, daß sie dem Willen und der Ueberzeugung aller ziel- und klassenbewußten Arbeiter entsprochen haben, als sie der Forderung der Regierung einstimmig das Votum entgegensetzten: Nieder mit der Militärvorlage, nieder mit dem Militarismus. —

In Rücksicht auf die im Winter 1892/93 herrschende Arbeitslosigkeit und den dadurch herbeigeführten Nothstand innerhalb der Arbeiterklasse, sowie der Kleingewerbetreibenden und des Handwerkerthums, brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten am 31. Dezember 1892 folgende Interpellation beim Reichstage ein:

„Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, welcher infolge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgenommener Herabsetzung der Arbeitslöhne, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht.“

Die Interpellation kam am 12. Januar im Reichstage zur Berathung und wurde von dem Redner der Fraktion eingehend begründet. Nach Feststellung der durch Arbeits- und Erwerbslosigkeit entstandenen Nothlage der arbeitenden Bevölkerung, welche durch die unheilvolle Zoll- und Steuerpolitik, deren Konsequenzen die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel sind, noch verschärft wurde, erörterte der Redner, welche Mittel zu ergreifen, welche Wege einzuschlagen seien, um dem Nothstand entgegenzuwirken. Seine Ausführungen gipfelten in dem Nachweise, daß die Auspowerung der breiten Volksmassen eine nothwendige Folge der herrschenden privatkapitalistischen Produktionsweise sei. Auf der einen Seite Millionäre und Milliardäre züchtend, welche aus dem krystallisirten Arbeiterschweiß und der aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßten Profitrate immer mehr Kapitalien aufhäufen, zwingt unser Wirthschaftssystem auf der anderen Seite die Arbeiter in immer größere Noth, macht täglich neue Schaaren arbeits- und damit brotlos, vergrößert die industrielle Reserve-Armee und, indem es die sogenannten Mittelschichten auffaugt und beseitigt, proletarisirt es täglich neue Volksmassen.

Bei voller Wahrung des prinzipiellen Standpunktes der sozialdemokratischen Partei, welche, im Kampfe mit der heutigen Gesellschaft, die Abschaffung der Klassenherrschaft, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, und die Aufhebung des Privateigenthums an den Arbeitsmitteln erstrebt, forderten die sozialdemokratischen Abgeordneten sofortige Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten, um der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu steuern.

Neben diesen Arbeiten soll durch Einführung des Normalarbeitstages, strenge Handhabung und Ausdehnung der Sonntagsruhe, sowie Abschaffung der Kinderarbeit den Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit geschaffen werden.

Als weiteres Mittel zur Milderung des Nothstandes wurde die sofortige Aufhebung der Zölle und Steuern auf Lebensmittel verlangt. Mit der herrschenden Zoll- und Steuerpolitik, welche die schon so tief herabgedrückte Lebenshaltung der Massen noch tiefer herabdrückt, indem sie alle Lebensmittel zum Vortheil einer kleinen Minderheit künstlich vertheuert, muß endgiltig gebrochen werden. Das fortgesetzte Attentat auf den Geldbeutel der arbeitenden Bevölkerung muß aufhören, der Bereicherung der Reichen aus den Taschen der Armen durch Getreidezölle und Schnapsprämien muß ein Ende gemacht werden.

Die Beantwortung der Interpellation seitens der Regierung zeigte neben der absoluten Verständnißlosigkeit der Situation eine sehr geringe Neigung, dem Nothstande durch umfangreiche Maßregeln entgegenzutreten. Das Vorhandensein eines allgemeinen Nothstandes wurde bestritten, höchstens sei vielleicht ein partieller Nothstand an einzelnen Orten vorhanden. Die Interpellation schien der Regierung zum Zweck sozialdemokratischer Agitation eingebracht zu sein, eine Auffassung, die deutlicher wie alles andere Zeugniß davon ablegt, wie wenig vertraut die Vertreter der offiziellen Sozialreform mit den thatsächlichen Verhältnissen und Zuständen innerhalb der Arbeiterklasse sind. An die Beantwortung der Interpellation schloß sich eine Besprechung derselben an, welche drei volle Tage in Anspruch nahm.

Da man den Nothstand durch Ableugnen desselben nicht aus der Welt schaffen konnte, so machte man namentlich von konservativer Seite die Sozialdemokratie und ihre Agitation verantwortlich für den Nothstand.

Herr von Stumm empfahl als einzig wirksames Mittel gegen den Nothstand ein neues Sozialistengesetz. Ein konservativ-agrarischer Heißsporn sah in der Aufhebung der Freizügigkeit das letzte Heilmittel. Andere Parteien hatten wieder andere Quacksalbereien in Vorrath. Die Forderung nach ernsthaften durchgreifenden sozialen Gesetzen, vermöge deren die Arbeits-

und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse menschenwürdig gestaltet werden können, wurde nur von der sozialdemokratischen Partei gestellt und die Berathung der sozialdemokratischen Interpellation lieferte aufs Neue den Beweis von der Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, das von ihr erzeugte Massenelend aus der Welt zu schaffen.

Einen breiten Raum in der dreitägigen Diskussion nahm der im Saarbrücker Revier ausgebrochene Bergarbeiterstreik ein. Von den sozialdemokratischen Rednern wurde an der Hand reichlichen Materials nachgewiesen, wie schonungslos die Bergverwaltung in den königlichen Musteranstalten des Saarreviers verfahren ist. Die Maßregeln, mittelst deren die Verwaltung über Hunderte und Tausende von Familienvätern, als Strafe für den Versuch, ihre wirthschaftliche Lage zu verbessern, zeitweiligen oder dauernden Ausschluß von der Arbeit verhängte, haben berechtigte Erbitterung hervorgerufen.

Die Art und Weise, in welcher die Verwaltung den Ausstand bekämpfte, und die schroff ablehnende Haltung, welche sie den Deputirten der Bergleute gegenüber einnahm, ist ein Beweis dafür, daß den Leitern der Staatsbetriebe die elementarsten Grundsätze einer vernünftigen Sozialreform ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch sind.

Niemals ist der Charakter unseres Klassenstaates den Arbeitern deutlicher und schlagender vor Augen geführt worden als anläßlich dieses Bergarbeiterstreiks. Die „Führer" der Bergarbeiterbewegung wurden gleich in den ersten Tagen des Streiks verhaftet und ins Gefängniß geworfen, sei es, daß man sie der Aufreizung zum Kontraktbruch oder der Verbreitung falscher Nachrichten beschuldigte. In den nachfolgenden Prozessen wurden nahezu drakonische Strafen verhängt wegen Handlungen, die bisher nicht blos straflos geblieben waren, sondern zu deren Bestrafung ein Paragraph des Strafgesetzbuches gerade erst entdeckt worden war: § 110 Aufreizung zum Kontraktbruch respektive Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Dabei ergab sich das Dilemma: Der Kontraktbruch, unter dem die Tausende von Bergarbeitern in den Streik eintraten, war eine kriminell nicht strafbare Handlung, die Aufforderung dazu aber wurde mit monatelangem, ja jahrelangem Gefängniß bestraft! Und dabei mußten Richter und Ankläger offen zugeben, daß keiner der angeklagten Führer in direkten Worten zum Kontraktbruch aufgefordert hatte! Aber weil der Streik unter Kontraktbruch erfolgt war, bedeutete jede indirekte Aufforderung zum Streik, jede indirekte Aufforderung zum Ausharren zugleich eine indirekte Aufforderung zum Kontraktbruch! Und so wurden denn anläßlich dieses Bergarbeiterstreiks Strafen in der Gesammthöhe von **15 Jahren Gefängniß** verhängt. Welche Lehre aber die Bergarbeiter daraus gezogen, das zeigte einige Monate später die Reichstags-Wahl. Im Wahlkreis Dortmund wurden 1890 für den sozialdemokratischen Kandidaten 10 422 Stimmen abgegeben, 1893: 17 170; in Bochum-Gelsenkirchen 1890: 8988, 1893 aber 19 585, und der schlesische Kohlenbezirk Waldenburg, der 1890 6884 sozialdemokratische Stimmen zählte, sandte diesmal mit 11 396 Stimmen den ersten sozialdemokratischen Bergmann in den Reichstag. —

Die Spezialberathung des Etats ist von der Fraktion auch in der Session 1892/93 dazu benutzt worden, um die große Zahl von Mißständen, welche auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung herrschen, zur öffentlichen Kenntniß und Besprechung zu bringen.

Die Soldatenmißhandlungen, bezüglich deren die sozialdemokratischen Abgeordneten mit einem überaus reichlichen Material versehen waren, kamen bei Berathung des Militäretats zur Sprache. Es wurden Vorgänge mitgetheilt, die von so unmenschlicher Rohheit und Brutalität zeugten, daß mit Recht die Frage aufgeworfen werden konnte, ob sich die Verüber dieser Schändlichkeiten im Besitz geistiger Zurechnungsfähigkeit befunden haben. Wir haben in dem vorjährigen Bericht die Frage der Soldatenmißhandlungen eingehend erörtert und können nur wiederholen, daß dieser scheußliche Auswuchs des Militarismus nur beseitigt werden kann durch Einrichtungen, welche an Stelle des heut herrschenden Kadavergehorsams die Disziplin freier Männer in der Armee einführen. Die steigende Ziffer der Selbstmorde in der Armee — eigenthümlicher Weise kommen während der ersten sechs Monate, also während der eigentlichen Rekrutenzeit, die meisten Selbstmorde vor — zeigt deutlich, welch traurigen Früchte diesen Verhältnissen entwachsen. Die Geschichte der Soldatenmißhandlungen ist auch die Geschichte der Soldatenselbstmorde und letztere gewiß vielfach die Folge ersterer. Nach militärischen Feststellungen sollen zwar nur 1,5 pCt. der Selbstmorde auf schlechte Behandlung zurückzuführen sein. Dieser Behauptung widerspricht jedoch die Thatsache, daß bei den in den Jahren 1875—1888 vorgekommenen Selbstmorden von Mannschaften — Unteroffiziere sind nicht mitgerechnet — in 1159 Fällen die Ursachen nicht entdeckt worden sind. Es ist ganz unzweifelhaft, daß ein großer Theil der 1159 Selbstmordsfälle die erlittenen Mißhandlungen zur Ursache gehabt haben.

Die Reichsregierung steht zur Zeit dem wiederholten Verlangen des Reichstages auf Einführung der Oeffentlichkeit des Militär-Strafverfahrens, sowie Erweiterung und vollkommene Sicherstellung des Beschwerderechts noch ablehnend gegenüber. Die herrschenden Parteien im Reichstage aber haben sich bisher noch nicht dazu aufraffen können, durch Verweigerung der Mittel Einrichtungen auf diesem Gebiete zu erzwingen, welche ein Gebot der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, eine unaufschiebbare Forderung der Kultur sind. —

Die Berathung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung gestaltete sich in sehr ausgedehnter Diskussion zu einer Anklage gegen diese Verwaltung, welche mit der persönlichen Freiheit der unteren und mittleren Postbeamten in einer Weise umspringt, die sich thatsächlich zu einer schweren Schädigung der staatsbürgerlichen Rechte der in der Postverwaltung beschäftigten Personen gestaltet hat. Neben übermäßig langer Arbeitszeit und schlechter Bezahlung haben die unteren und mittleren Postbeamten noch unter dem Uebelstande zu leiden, daß die vorgesetzten Behörden sich herausnehmen, die außerordentliche Thätigkeit ihrer Untergebenen zu kontrolliren und zu beeinflußen.

Die soziale und behördliche Uebermacht der Vorgesetzten zwingt — wenn auch unter Betonung sogenannter Freiwilligkeit — den Postbeamten zu Schritten und Handlungen, welche mit seiner freien Ueberzeugung nicht übereinstimmen. Dieses Verfahren hat ebenso berechtigte als lebhafte Klagen hervorgerufen, und ist seitens unserer Fraktion zum Gegenstand eingehender und energischer Erörterungen gemacht worden.

Das in der Post- und Telegraphenverwaltung herrschende System gleicht einem mitunter von wohlwollenden Instinkten getragenen Despotismus und schädigt nicht nur das Heer der Postbeamten und der in dieser Verwaltung angestellten resp. zeitweise beschäftigten Arbeiter, sondern verhindert auch zum Schaden des Publikums diejenigen postalischen Reformen und Fortschritte, welche zur Hebung und Erleichterung des Verkehrs unerläßlich sind. Die Ueberschüsse, welche die Post- und Telegraphenverwaltung dem Reichsetat zuführt, rühren zum großen Theil aus zu geringer Besoldung und unzulässiger Ausbeutung der Arbeitskraft der Postproletarier her. Die Anregungen, welche von den sozialdemokratischen Abgeordneten zwecks Aufbesserung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten gegeben worden, sind wiederholt zurückgewiesen worden.

Die gegenwärtige Leitung hat der Post- und Telegraphenverwaltung den Stempel der Plusmacherei aufgedrückt; ein Bestreben, welches zwar dem fiskalischen Interesse dient, aber ebenso wenig vereinbar ist mit der Fürsorge für die im Postdienst arbeitenden Bürger, als mit der Aufgabe, welche der den Weltverkehr vermittelnde und regelnde Post- und Telegraphenbetrieb im Dienste des Publikums zu erfüllen hat. —

In der zweiten Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wurde das ganze weite Gebiet der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung einer scharfen Kritik und ausführlichen Erörterung unterzogen.

Die Berathung über die Berichte der Fabrikinspektoren führte zu einer für die „Arbeiterfreundlichkeit" des Unternehmerthums charakteristischen Feststellung. Von unserem Redner wurde nachgewiesen, daß ein Aufsichtsbeamter, welcher seine Sprechstunden in einem Arbeiterblatt ankündigte, von einem Unternehmerverband bei seiner vorgesetzten Behörde denunzirt worden ist. Wenn schon es begreiflich ist, daß das Unternehmerthum alles verhindert, was seiner Ausbeutungswuth und der Jagd nach dem aus Arbeiterschweiß gepreßten Mehrwerth eine Schranke zu setzen geeignet ist, so wirft es doch ein eigenthümliches Licht auf das sozialpolitische Verständniß der Regierungskreise, wenn — wie das Antwortschreiben des Regierungspräsidenten bekundet — jenem Aufsichtsbeamten „das Erforderliche" von Amtswegen eröffnet worden ist.

Derartige Fälle sind durchaus nicht vereinzelt. Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren sind der lebendige Beweis dafür, wie unzulänglich die Arbeiterschutzbestimmungen sind, und zeigen zugleich deutlich, in welch raffinirter und gemeiner Weise das Unternehmerthum vielfach seine Pflichten versäumt und die Rechte der Arbeiter mit Füßen tritt. —

Auch die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen des modernen Industrialismus wurden eingehend besprochen. Unsere Redner zeigten, was es mit der vielgerühmten „Fürsorge für die Arbeiter" auf sich hat, indem sie nachwiesen, daß diese angeblich aus Fürsorge für die Arbeiter geschaffenen Einrichtungen thatsächlich materiellen Interessen des Unternehmerthums dienstbar sind. Durch alle diese Einrichtungen werden die Arbeiter an ihre Arbeitsstelle gefesselt. Man bewilligt ihnen scheinbare Vortheile, um sie, durch einen kleinen Besitz an den Ort gebunden, zu um so widerstandsloseren Objekten der Ausbeutung machen zu können.

Durch die Spekulation auf die Gutgläubigkeit und die Unkenntniß der Verhältnisse versucht man die Außenstehenden zu täuschen. Wer in das wahre Wesen dieser sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen eindringt, der weiß, daß dieselben einzig und allein im Interesse des Kapitalismus geschaffen, die Lage der Arbeiterklasse nicht nur verbessern, sondern im Gegentheil, dadurch, daß sie die Bewegungsfreiheit der Arbeiter hindern, dieselben in noch größere Abhängigkeit von dem Ausbeuterthum bringen.

Die Wohlfahrtseinrichtungen des Kapitalismus für die Arbeiter sind ein Schwindel, der um so widerlicher wirkt, als er die Geldsucht unter der Maske der Humanität verbirgt. —

Ueber die durch das Gesetz vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen in den Fabriken äußern sich die Jahresberichte der Gewerbe-Inspektoren mehrfach in einer Weise, daß wir Gelegenheiten hatten, darauf hinzuweisen, wie frivol oftmals das Unternehmerthum mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter spielt.

An der Hand der Berichte — die meist alle von dem Bestreben getragen sind, die Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in möglichst günstigem Lichte darzustellen — wurde die Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen in vielen Fabriken und Unternehmungen gezeigt und damit auch auf diesem Gebiete dargethan, wie wenig der alles beherrschende Kapitalismus geneigt ist, das für ihn arbeitende und Reichthümer schaffende „Menschenfleisch" vor Gefahr und Untergang zu schützen. —

Auch in der vorletzten Session des Reichstages gaben die Staats- und Reichsbetriebe Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien, den Vertretern der Regierung und der sozialdemokratischen Fraktion. Die nach den kapitalistischen Gesetzen der Profitmacherei verfahrende Leitung der Staatswerkstätten mit ihren unzureichenden Löhnen sowie der politischen Abhängigkeit und Unterdrückung ihrer Arbeiter wurde in gebührender Weise an das Licht der Oeffentlichkeit gezogen.

Der in den Reichs- und Staatswerkstätten betriebene sog. Staatssozialismus entpuppt sich unter Wirkung der „offiziellen Sozialreform" immer mehr als Staatskapitalismus, dessen ökonomische und staatliche Uebermacht den in seinem Banne befindlichen Arbeitern das Doppeljoch wirthschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung auferlegt. Die Rücksichtslosigkeit, mit welcher das Vereins- und Koalitionsrecht für die in Staatswerkstätten beschäftigten Arbeiter behandelt wird, ist ein Merkmal der kapitalistischen Prinzipien, von denen die Leitung der heutigen Staatsbetriebe beherrscht wird.

In Militär-, Marine- und Eisenbahn-Werkstätten ist den Arbeitern durch die Arbeitsordnung bei Strafe sofortiger Entlassung verboten worden, sich an sozialdemokratischen Vereinen zu betheiligen oder sozialdemokratische Zeitungen zu lesen.

Solche Maßregeln, durch welche die Arbeiter eines gesetzlich garantirten Rechtes beraubt werden, enthüllten deutlich den Klassencharakter des in den Staatswerkstätten herrschenden Regimentes, — und müssen bei den Arbeitern die Ueberzeugung verstärken, daß die Staatsbetriebe sich ihrer sozialen Aufgabe als „Musteranstalten" nicht im geringsten bewußt sind. —

Den Jahr für Jahr wiederholten energischen Reklamationen der Abgeordneten unserer Partei ist es zu danken, daß diese Arbeitsordnungen mit der Gewerbe-Ordnung — welche die von den Verwaltungen gegebenen Vorschriften verbietet — in Einklang gebracht worden sind. —

Die Forderung, das Unfallversicherungsgesetz einer Erweiterung zu unterziehen, ist von uns wiederholt worden. Die Ausdehnung der Versicherung auf die in Gefangenenanstalten beschäftigten Arbeiter, die Aufhebung der Karenzzeit, ist Gegenstand wiederholter Anträge der sozialdemokratischen Fraktion gewesen. Auch in der Wintersession 1892/93 sind diese Anträge begründet und von der Regierung mit der Zusicherung, demnächst ein Gesetz in diesem Sinne vorlegen zu wollen, beantwortet worden. —

Das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz gab ebenfalls zu vielfachen Beschwerden bezüglich seiner Anwendung Veranlassung.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion auch nicht den Sturmlauf für die Aufhebung des Gesetzes mitmacht, so dringt sie um so energischer auf Abhilfe der zahlreichen Mißstände. Die ungenügende Versorgung der auf dem Schlachtfelde der Industrie arbeits- und erwerbsunfähig werdenden Arbeiter, die zur Bestreitung der allernothwendigsten Lebensbedürfnisse nicht hinreichenden Bettelpfennige, die unter dem stolzen Namen Alters- oder „Invaliditätsrente" gezahlt werden, die übermäßig lange Wartezeit, die an außerordentlich harte und für die Arbeiter selten erreichbare Voraussetzungen geknüpfte Invaliditätserklärung, die schwerfällige bureaukratische Verwaltung sowie eine Anzahl anderer arbeiterfeindlicher Bestimmungen müssen beseitigt, die Versicherung auf Handwerk und Hausindustrie ausgedehnt werden, damit der Grundgedanke dieses Gesetzes zu seinem vollen, für die Arbeiterklasse nützlichen Effekt kommt. —

Die durch die letzte Gewerbeordnungsnovelle verheißene Sonntagsruhe für die Industrie wurde zum Gegenstand der Erörterung gemacht. Der Bundesrath, der bisher, nach 2½ Jahren, noch keine Zeit gefunden hat, die Ausführungsbestimmungen über die Sonntagsruhe zu erlassen, ist immer noch mit Erhebungen beschäftigt, um die Vorschriften auszuarbeiten.

Der Kampf, welchen die Unternehmer gegen die seit Juli vorigen Jahres gesetzlich eingeführte Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe führen, giebt uns ein Vorspiel von der Art und Weise, mit welcher die industrielle Bourgeoisie sich gegen den Versuch, der Arbeiterklasse wenigstens am Sonntag vor der unbeschränkten Ausbeutungswuth zu schützen, wehren wird. Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist durch die Ausnahmen, welche an den meisten Orten als zulässig erachtet sind, fast so gut wie beseitigt. So z. B. ist in Nürnberg die Verkaufszeit an Sonntagen auf die Zeit von 5 bis 9 Uhr Morgens und von 10½ Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends festgesetzt. Statt die gesetzlich zulässigen fünf Stunden hintereinander zu legen und dafür zu sorgen, daß jede Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe Mittags beendet sein muß, hat man die fünf Stunden in den Vor- und Nachmittag gelegt und damit eine vernünftige und wirksame Sonntagsruhe unmöglich gemacht. Nebenher ist noch die im Gesetz als Ausnahme für zulässig erklärte Ausdehnung der Sonntagsarbeit vielfach zur Regel gemacht worden, so daß diejenigen Betriebe, in welchen die meisten Angestellten beschäftigt sind, länger als 5 Stunden verkaufen können.

Um zu wissen, wie wenig das Unternehmerthum geneigt ist, sich in der Sonntagsschinderei seiner Lohnsklaven einschränken zu lassen, genügt die Thatsache, daß von Seiten der Arbeitgeber an die Behörde das Ansinnen gestellt ist, in Berlin dem Zigarrenhandel eine Verkaufszeit bis 5 Uhr Nachmittags und dem Bäckereigewerbe neben einer zwölfstündigen Arbeitszeit eine Verkaufszeit von 4—10 Uhr Vormittags und von 2—5 Uhr Nachmittags zu gewähren. Das heißt also zu Ehren des Mammonismus für den Tabakhandel die gesetzlich zulässigen fünf Stunden auf zwölf Stunden und für den Handel mit Backwaaren auf neun Stunden Sonntagsarbeit auszudehnen. Die Hauptagitation gegen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe geht von den sogenannten liberalen Parteien aus. Die groteske Uebertreibung der volkswirthschaftlichen Schädigung, welche angeblich durch die Einschränkung der Sonntagsarbeit eintreten soll, wirkt um so komischer, als die liberalen Schwärmer für die Gewerbefreiheit in ihrer Presse die Regierung anwinseln, dieselbe möge den Restaurateuren, Destillateuren, Weinhändlern und Inhabern von Vergnügungslokalen bei hoher Strafe verbieten, ihren Gästen Sonntags Zigarren oder Backwaaren zu verabreichen. Wenn der Profit in Frage kommt, geht das Prinzip in die Brüche, und so sehen wir, daß die „Nichts als Freihändler" sich nicht scheuen, in der Vertheidigung des ungestörten kapitalistischen Ausbeutungsrechtes dem von ihnen selbst hochgepriesenen „freien Spiel der Kräfte" einen Knebel anzulegen. Die Sozialdemokratie steht in dieser Frage auf den Standpunkt, daß den in der Woche unmenschlich abgerackerten und abgehetzten Angestellten des Handelsgewerbes eine ausreichende Sonntagsruhe gewährt werden muß. Dem Gezeter der ultramontan-konservativ-liberalen Geldsackvertretung im Reichstage und in der bürgerlichen Presse stellen wir unsere Forderung „Schutz dem Schwachen" gegenüber. —

Eine ganz besondere Färbung erhielt die Spezialberathung des Etats im vorletzten Reichstage dadurch, daß die gegnerischen Parteien auf die sozialdemokratische Nothstands-Interpellation zurückgriffen, und damit eine achttägige Diskussion hervorriefen, welche sich zu der bekannten „Zukunftsstaats-Debatte" auswuchs. Die Vertreter der herrschenden Klassen standen unter dem Eindruck, daß gegenüber der drohenden Auflösung des Reichstages im Parlament noch etwas gegen die Sozialdemokratie geschehen müsse, um der unausbleiblichen Niederlage der bürgerlichen Parteien bei den Wahlen vorzubeugen. Zugleich bot sich durch die Verlängerung der parlamentarischen Verhandlungen die Gelegenheit, den „Kuhhandel" um die Militärvorlage hinter den Kulissen fortzusetzen und so mußten die Klopffechter der Bourgeoisie in die Arena reiten, um die Sozialdemokratie zu „vernichten".

Arm in Arm sagten der Zentrumskapuziner Bachem und Eugen Richter — der geistige Vater der „Sparagnes" — ihr Sprüchlein her. Alle Gegensätze der Parteien waren vergessen, und in brüderlicher Einigkeit stritten Nationalliberale, Zentrum, Konservative und Fortschrittler darum, wem die dümmsten Redensarten in der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu Gebote ständen.

Als die Woche herum war, als Herr Stöcker noch den Vernichtern der Sozialdemokratie seinen Segen ertheilt hatte, da bescheinigten sich die Vertreter von Thron, Altar und Geldsack gegenseitig, daß die Sozialdemokratie „vernichtet" sei und daß die bürgerliche Gesellschaft nun Ruhe vor ihrer Todfeindin haben werde.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten nahmen selbstverständlich den Kampf auf. Die „Zukunftsstaats-Debatte" bildet einen Denkstein in der Geschichte der Sozialdemokratie. Die Diskussion gab den Vertretern der Arbeiterklasse die willkommene Gelegenheit, die ganze Scheußlichkeit des herrschenden Wirthschaftssystems klarzulegen und nachzuweisen, wie vermöge der kapitalistischen Produktionsweise und der in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden Institutionen die große Majorität der Bevölkerung der brutalsten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft preisgegeben ist.

Die Bereicherung einer kleinen Minorität ist die Triebfeder der heutigen Gesellschaftsorganisation. In der Aussaugung und Niederhaltung der Massen erblicken die herrschenden Klassen ihre Aufgabe, bei deren Erfüllung sie sich alle ökonomischen und wirthschaftlichen Machtmittel dienstbar machen, um kraft der herrschenden ökonomischen Gesetze den heutigen Gesellschaftszustand zu verewigen. Hierzu sollte auch die „Zukunftsstaats-Debatte" dienen, aber je weiter die Diskussion sich ausdehnte, je unbehaglicher wurde den Majoritätsparteien dabei zu Muthe, und als wir, die angeblich „Vernichteten", die Reden unserer „Vernichter" noch in Hunderttausenden von Exemplaren im Volke verbreiteten, da merkten die Herren, welch' glänzenden Sieg sie wider Willen der Sozialdemokratie bereitet hatten.

Unter frenetischem Beifall im Reichstage hat Herr Bachem sein Blech geschmiedet, hatte Herr Richter, indem er, seinem ökonomischen Verständniß entsprechend, eine Karrikatur der gegenwärtigen Verhältnisse als maßgebend für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft bezeichnete, dem heutigen Klassenstaat Lorbeeren gewunden. Als jedoch die Massen zur Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie aufgerufen wurden, da ergab sich, daß die „vernichtete" Sozialdemokratie in der Wahlschlacht über ihre Gegner triumphirte und daß „der Vernichter der Sozialdemokratie" nicht einmal im Stande war, sein eigenes Mandat aus dem Schiffbruch zu retten, sondern nur auf nationalliberal-konservativ-ultramontanen Krücken in den Reichstag hinken konnte.

Jämmerlicher hat nie ein Kampf für die Angreifer geendet, als die Redeschlacht gegen die Sozialdemokratie. Mit den Waffen schmutziger Verleumdung, mit Lüge und Verdrehung zog man ins Feld, suchte man die große und gerechte Sache der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Aber an dem granitnen Felsen der sozialdemokratischen Idee prallten alle Angriffe wirkungslos ab. Die Sozialdemokratie wird in dem Kampfe für die Befreiung der Menschheit nicht ruhen und rasten, bis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gemacht, bis die Sklaverei des Lohnsystems beseitigt ist. —

Außer dem Etat und der Militärvorlage hatte die Regierung noch eine ganze Anzahl von Gesetzentwürfen eingebracht, die zum Theil den Reichstag schon in früheren Sessionen beschäftigt haben. Hierzu gehören namentlich die sogenannte „lex Heinze" und das Gesetz, betreffend den Verrath militärischer Geheimnisse. Neu wurden vorgelegt das Gesetz, betreffend die Abzahlungsgeschäfte, das Wuchergesetz, sowie ein Gesetz, betreffend die Einführung der Einheitszeit.

Das Gesetz, welches im Volksmund als die „lex Heinze" bezeichnet wird, ist über die Generaldiskussion und eine Kommissionsberathung nicht hinausgekommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen dieses Gesetz Stellung genommen, weil die durch dasselbe bekämpften Mißstände sich im wesentlichen als eine Folge der durch die herrschende Gesellschaftsordnung begründeten Zustände darstellen und nicht auf dem Wege eines Gelegenheitsgesetzes, sondern nur durch eine organische, das ganze Wirthschaftsleben umfassende Umwandlung der bestehenden Verhältnisse beseitigt werden können.

Auch das Gesetz, betreffend die Abzahlungsgeschäfte ist nicht zur Verabschiedung gelangt. In den Verhandlungen über dieses Gesetz haben die sozialdemokratischen Redner im Auftrage ihrer Fraktion sich für die Aufhebung der sogenannten „Verwirkungsklausel" erklärt. Die Kontraktsbestimmung, nach welcher alle geleisteten Zahlungen zu gunsten des Verkäufers verfallen, wenn einmal die ausbedungene Rate nicht pünktlich gezahlt wird, ist

unmoralisch und bildet eine Ausnutzung der wirthschaftlichen Nothlage des einen Theils der Vertragschließenden. —

Das Gesetz, betreffend Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher, hat zu langen Berathungen sowohl im Plenum als auch in der Kommission des Reichstages geführt.

Die sozialdemokratische Fraktion erkennt in dem Kredit- und Sachwucher nur eine in den bestehenden Rechts- und Erwerbszuständen begründete Erscheinung. Das herrschende System vollzieht durch die Besteuerung nothwendiger Lebensmittel Tag für Tag die Auswucherung der Volksmassen. Die auf der privatkapitalistischen Ausbeutung begründete Produktionsweise äußert sich als eine Bewucherung der menschlichen Arbeitskraft und ist genau ebenso unsittlich und verwerflich, als der gewöhnliche Geldwucher.

Unser Standpunkt dem Gesetz gegenüber ist in der Kommissions- und Plenarberathung sehr eingehend begründet worden. Wir haben dem Gesetz zugestimmt, obschon wir die Hoffnung auf eine Gesundung der einschlägigen Verhältnisse innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht theilen. Die vorgenommene Ergänzung bedeutet jedoch unstreitig eine Verbesserung des bestehenden Rechtszustandes, und aus diesem Grunde konnten wir dem Gesetze unsere Zustimmung nicht versagen. —

Dem Gesetz gegen den Verrath militärischer Geheimnisse hat die sozialdemokratische Fraktion nicht zugestimmt. Obschon in der Kommissionsberathung eine nicht unbedeutende Milderung der von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen des Gesetzes erfolgt ist, lag für die Fraktion kein Grund vor, von ihrer ablehnenden Haltung Abstand zu nehmen. Der Verdacht liegt nahe, daß späterhin als „militärische Geheimnisse" alle Verfügungen und Erlasse bezeichnet werden, die zwar nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, dieselbe jedoch auf das Allerlebhafteste interessiren,

Wir erinnern nur an die entsetzlichen Soldatenmißhandlungen, an die geradezu ungeheuerlichen Strafurtheile von Militärgerichten, um den Beweis zu liefern, wie gefährlich es ist, den Veröffentlichungen solcher Vorkommnisse Schranken zu ziehen.

Für die Verfolgung von Hoch- und Landesverrath, Verrath von Festungsplänen u. s. w. bietet das Strafgesetzbuch wahrlich Handhaben genug und bedarf keiner Ergänzung. Die Gesetz gewordenen neuen Bestimmungen sind nach unserer Ansicht außerordentlich schädlich, kennzeichnen sich als ein Attentat auf das Restchen Preßfreiheit, das wir besitzen, und erschweren die öffentliche Besprechung der wichtigsten Volksinteressen. Aus diesen Gründen haben wir gegen das Gesetz gestimmt. —

Die Forderungen für die Weltausstellung in Chicago haben wir bewilligt und auch den übrigen für Kunst und Wissenschaft sowie für sonstige Kulturzwecke bestimmten Ausgaben unsere Zustimmung nicht versagt. Dem Gesetze, betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung haben wir zugestimmt, weil dasselbe im Verkehrsinteresse nothwendig war und sich für das Publikum als nützlich erweisen wird. —

Auch dem Gesetz, betreffend Abänderungen der Militärpensionsgesetze, des Reichsbeamtengesetzes und des Gesetzes über den Reichsinvalidenfonds haben wir keinen Widerspruch entgegengesetzt, weil durch dieses Gesetz die Pensionsverhältnisse der Militärinvaliden in einer den jetzigen Lebensbedürfnissen etwas besser entsprechenden Weise geregelt werden. —

Die zur Deckung der Kosten für die Militärvorlage in Aussicht genommenen Steuervorlagen sind nur in erster Lesung berathen worden. Die Fraktion hat in scharfer Kritik der vorgeschlagenen Belastung der Besitzlosen durch die Brau- und Branntweinsteuer gegen die Vorlagen Stellung genommen. Der Prozent- und Profitpatriotismus der besitzenden Klassen ist auch gelegentlich der Diskussion dieser Vorlagen an den Pranger gestellt worden. Die nimmersatten Großgrundbesitzer, welche neben der Reichskasse jährlich Millionen durch die Agrarzölle aus der Arbeiterklasse herauspressen, wurden aufgefordert, die Kosten der Militärvorlage, die ihren Söhnen die Offizierstellen schafft, durch Verzicht auf die 42 Millionen Mark der Branntweinliebesgabe, aufzubringen Die Börsensteuer — gegen welche die Sozialdemokratie als Steuerobjekt gar keine Einwendungen macht — fand bei uns des Zweckes der Verwendung wegen keine Zustimmung. Alle drei Gesetze blieben in der Kommission stecken und werden ihre Auferstehung erst im Herbst feiern. —

Während des Verlaufs der Session betheiligten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten rege an den Berathungen über die Berichte der Wahlprüfungskommission. Die in früheren Sessionen beschlossenen Erhebungen über die Wahlproteste kamen zur Erledigung und es wurde hierbei ein solches Maß von Niederträchtigkeit und Gemeinheit, welches das seine ökonomische Uebermacht ausnutzende Unternehmerthum bei den Wahlbeeinflussungen verübt hatte, enthüllt, daß es selbst der Bourgeois-Majorität zu viel wurde und dieselbe zur Kassirung einiger Wahlen gelangte. So wurde z. B. das Mandat des Abgeordneten Möller, welcher zur Verschlechterung der Gewerbeordnungsnovelle sein redlich Theil beigetragen und drei Jahre lang ungestört die Bänke des Reichstages geziert hat, von der Wahlprüfungskommission wegen unerhörter Beeinflussungen für ungiltig erklärt. Dem Verdikt des Reichstages entzog sich dieser Vertreter der Großindustrie dadurch, daß er unmittelbar vor dem Beschlusse des Reichstages sein Mandat niederlegte. Das Mandat des Abg. von Reden, bei dessen Wahl ein Oberbergrath ungesetzlichen Einfluß auf Bergleute ausgeübt hatte, wurde noch in der letzten Reichstagssitzung für ungiltig erklärt. Die Initiativanträge auf Sicherung des Wahlgeheimnisses, sowie auf Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungs- und Strafhaft unterstützten wir und begründeten dieselben mit den bereits im vorjährigen Bericht dargelegten Erwägungen. Das Antragsbündel, welches die ultramontan-konservativen Sozialpolitiker dem Reichstage vorlegten, fand bei uns keine Gegenliebe. Befähigungsnachweis, Regelung des Hausirgewerbes, Organisation des Handwerkerstandes, Regelung des Lehrlingswesens, sowie den Ausbau der Innungen können den in wirthschaftlicher Noth befindlichen Handwerkern und Kleingewerbetreibenden nichts nutzen.

Diese in unaufhaltsamem Niedergang begriffenen Mittelschichten der Bevölkerung sind gleich der Arbeiterklasse das Opfer des Kapitalismus und werden von dem Großbetrieb verschlungen. Dagegen helfen keine mittelalterlich-reaktionären Quacksalbereien, sondern nur die klare Erkenntniß, daß bei der rapiden Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft das Handwerkerthum und Kleingewerbe immer schneller proletarisirt werden muß, und daß seine Rettung nicht in der Galvanisirung veralteter Formen, sondern in der Beseitigung der Ursachen seines Niedergangs liegt.

Wenn die sozialistische Organisation unsere heutigen Handwerker und Kleingewerbetreibende auch nicht als Stand aufrecht erhalten wird, die volle Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse ist ihnen gleich allen für das Gesammtwohl thätigen Gesellschaftsgliedern gesichert. Soweit die Anträge des Zentrums und der Konservativen Partei zur Beschlußfassung gelangten, haben wir gegen dieselben gestimmt, weil wir nicht gewillt sind, Bauernfang zu treiben und den Leuten Sand in die Augen zu streuen, sondern vielmehr unsere Aufgabe darin erblicken, durch Aufklärung und Belehrung das Handwerkerthum zur Erkenntniß seiner Lage zu bringen und damit zu bewirken, daß die versinkenden Mittelschichten in dem Kampfe um ihre Befreiung aus dem Joche des Kapitalismus ihren Platz in den Reihen der Sozialdemokratie einnehmen. —

Währenddem das Plenum des Reichstages mit den vorstehend bezeichneten Verhandlungen beschäftigt war, hatte die Militärkommission monatelang getagt, ohne zu einer Verständigung zu gelangen. Nachdem es sich herausgestellt hatte, daß für die Regierungsvorlage eine Majorität nicht zu erzielen war, erklärte der Reichskanzler, die Regierung würde sich auch mit einer Heeresverstärkung, wie sie der Antrag von Huene in Aussicht stellte, begnügen. Ja der Reichskanzler ging sogar soweit, den Antrag Huene zur Wahlparole der Regierung zu machen. Die Furcht vor der Auflösung war mit Ausnahme der Sozialdemokratie bei allen Parteien sehr stark, deshalb wurden die Verhandlungen hinter den Koulissen in fieberhafter Erregung weiter geführt, aber Alles vergeblich, für den Antrag Huene fand sich keine Majorität. Bei Annahme des Huene'schen Vorschlages hätte eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke um rund 70 000 Mann stattgefunden. Die regelmäßigen jährlichen Ausgaben hierfür würden 55 Millionen Mark und die einmaligen Ausgaben 60 Millionen Mark betragen haben.

Mit der Bewilligung des Huene'schen Anerbietens hätte das Militär- und Marine-Budget des Deutschen Reiches, nach dem Etat 1893/94 berechnet, einschließlich der Pensionen und der einmaligen Ausgaben des laufenden und des neuen Etats jährlich etwa

842 Millionen Mark

betragen.

Hierzu konnte sich das Zentrum nicht entschließen und wenn in seinen Reihen auch einige adlige Mitglieder gegen die ablehnende Haltung ihrer Fraktion rebellirten, die überwiegende Mehrheit blieb fest und damit war das Schicksal der Militärvorlage entschieden. Am 6. Mai d. J. fand, nachdem zunächst die Regierungsvorlage abgelehnt war, die namentliche Abstimmung über den Antrag Huene statt und ergab auch dessen Ablehnung mit 210 gegen 162 Stimmen. Unmittelbar nach diesem Beschluß wurde der Reichstag aufgelöst.

Am 15. Juni fanden die Neuwahlen statt. Es ist hier nicht der Ort, über die Art, in der seitens der gegnerischen Parteien der Wahlkampf geführt worden ist, weitläufig zu sprechen. Die zahlreich eingegangenen Proteste legen Zeugniß davon ab, in welch brutaler und nichtswürdiger Weise auch bei den letzten Wahlen das industrielle und agrarische Unternehmerthum seine wirthschaftliche Uebermacht mißbraucht hat, um den Volkswillen zu fälschen. Die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimniß ist an vielen Orten durch Vergewaltigung der Wähler aufgehoben worden und in brüderlicher Eintracht haben Junker, Pfaffen und Fabrikanten alles aufgeboten, um im Interesse der besitzenden Klassen die Sozialdemokratie zurückzudrängen.

Was in Flugblättern und in den Tagespressen an Gemeinheiten gegen unsere Partei geleistet worden ist, spottet jeder Beschreibung. Nicht mit sachlichen Einwendungen gegen unsere Prinzipien ist der Kampf gegen uns geführt worden, ebensowenig war unser Programm und dessen Forderungen Gegenstand der feindlichen Angriffe, nein, mit frechen Lügen, niederträchtigen Verleumdungen und persönlichen Beschimpfungen haben die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf geführt und zum Theil ihre Siege gegen die Sozialdemokratie erfochten.

Die Hauptwahlen brachten uns einen Stimmenzuwachs von ungefähr 350 000 Stimmen gegen die Wahl vom Jahre 1890, und gingen wir mit etwa 1 800 000 Stimmen als die weitaus stärkste Partei in Deutschland aus dem Wahlkampfe hervor. Die im ersten Ansturm errungenen 24 Mandate vermehrten sich durch die Stichwahlen, bei denen der gesammte „Ordnungsbrei" in geschlossener Phalanx gegen die Sozialdemokratie stand, auf 44 Mandate. Die sozialdemokratische Partei hat, entsprechend ihrer prinzipiellen Stellung, in der Wahlbewegung nicht nur für die wiederholte Verwerfung der Militärvorlage agitirt, sondern die sozialdemokratischen Stimmzettel sind zugleich der lebendige Protest der deutschen Arbeiterklasse gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, die unzweideutige und bestimmte Forderung auf Beseitigung des kapitalistischen Wirthschaftssystems. —

Ueber den zur Regierungs-Wahlparole gemachten Huene'schen Militärvorschlag haben die deutschen Wähler ein vernichtendes Verdikt abgegeben.

Die Stimmen, welche für die der Heeresverstärkung gegnerischen Parteien am 15. Juni abgegeben worden sind, überwiegen bei weitem die Zahl derjenigen Stimmen, welche den militärwüthigen Befürwortern der Vorlage zufielen.

Die durch die Hauptwahlen deutlich zum Ausdruck gekommene Entscheidung der Wähler ging dahin, das Volk vor neuen Blut- und Gutsteuern zu schützen, dem Militärmoloch keine weiteren Opfer zu bringen.

Des Volkes Wille fand im Reichstage keine Beachtung, und wiederum wurden die Interessen der Steuerzahler dem Militarismus geopfert. Am 4. Juli trat der neue Reichstag zusammen, um durch die Thronrede zu erfahren, daß er nichts anderes zu thun habe, als die Militärforderung der Regierung zu bewilligen. In wenigen Sitzungen entledigte sich der Reichstag dieser Aufgabe, und schon am 15. Juli konnten die Volksvertreter — einige davon für ihre hervorragende Leistungen für die Bewilligung der nach dem früheren Huene'schen Antrag umgearbeiteten Vorlage mit hohen Orden geschmückt — wieder nach Hause geben. Die, das stehende Heer im Frieden um 70 000 Mann verstärkende Militärvorlage, bei deren Besprechung — von Berathung war keine Rede mehr — unsere Redner noch einmal alle für unsere prinzipielle gegnerische Stellung maßgebenden Gesichtspunkte hervorhoben, wurde in der entscheidenden Gesammtabstimmung mit 201 gegen 185, also mit einer winzigen Majorität von 16 Stimmen, angenommen. Wie viele von diesen 16 Mandaten im Laufe der Legislaturperiode noch für ungiltig erklärt werden müssen, bleibt abzuwarten. Thatsache ist, daß die meisten Wahlproteste sich gegen die Wahl von Abgeordneten richten, welche am 15. Juli für die Militärvorlage gestimmt haben.

Inzwischen war dem Reichstage auch die Rechnung für die neue Volksbelastung präsentirt worden. Dieselbe bestand in einem Nachtragsetat für das Etatsjahr 1893/94, in welchem zur Deckung der durch die Heeresverstärkung verursachten Kosten die Summe von

71 282 547 Mark

gefordert werden.

Hiervon sind als dauernde Ausgaben, für die Zeit vom 1. Oktober d. Js. bis 31. März 1894 berechnet, 23 221 848 M. auf die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten verwiesen, während zur Deckung der mit der Armeevermehrung verbundenen einmaligen Ausgaben 48 060 699 M. durch eine Anleihe beschafft werden sollen. Von der Art der Aufbringung der Kosten war im letzten Reichstage nur andeutungsweise die Rede. Diejenigen Abgeordneten, welche sich ihr Mandat unter der Versicherung, die Militärvorlage erst nach Feststellung der Deckungsmittel zu bewilligen, erobert hatten, ließen sich bereitwillig von der Regierung auf den Herbst vertrösten. Der Reichskanzler, der sich in allgemeinen Redewendungen über die zur Deckung nothwendigen Steuern äußerte, sicherte sich die Stimmen der Konservativen und Antisemiten damit, daß er versprach, das landwirthschaftliche Gewerbe von jeder neuen Steuer frei zu lassen.

Herr Dr. Miquel, dessen Biographie sich mit der Ueberschrift: „Vom Kommunisten bis zum Agrarier" schmücken läßt, ist zum Reichsfinanzdoktor auserkoren. Er wird dem Reichstage in der kommenden Session ein Steuerbouket überreichen, welches die Wünsche des Reichskanzlers und der Konservativen vollkommen befriedigt. Daß der preußische Finanzminister es versteht, die „nothleidende Landwirthschaft" d. h. den Großgrundbesitz zufrieden zu machen, hat er durch die preußische Steuerreform bewiesen, welche mit der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer den „armen" Großgrundbesitzern eine neue Liebesgabe zuwendet.

Herr Miquel ist viel zu klug, um nicht zu wissen, daß aus „Luxussteuern" nicht viel herauszuschlagen ist, und daß auch die „Börsensteuer" nicht im stande ist, den Geldbedarf des Militärmolochs zu decken. Er wird also Steuern schaffen, welche — da er seine neuen Freunde, die Agrarier, schonen muß — hauptsächlich die breiten Volksmassen belasten und bei denen — entsprechend dem Steuerprinzip der herrschenden Klassen, die Riemen für die Steuerlasse aus der Haut der arbeitenden Bevölkerung geschnitten werden.

Charakteristisch für die Auffassung, welche die konservative Partei von einer „gesunden Finanzwirthschaft" hat, war das Verlangen, die gesammten Kosten der neuen Militärvorlage, auch die regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben, zunächst für das laufende Steuerjahr durch eine Anleihe aufzubringen. Von unserer Seite wurde im Gegensatz hierzu verlangt, die Militärkosten durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufzubringen.

Neben der Erledigung der Militärvorlage war der letzte Reichstag noch mit der Berathung von zwei Interpellationen beschäftigt, von denen die erste den Ausfall der diesjährigen Manöver wegen der Noth an Streu und Futtermitteln verlangte. Dem preußischen Kriegsminister galt in dieser Frage nur das militärische Interesse, welches nach seiner Ansicht durch den Ausfall der Manöver geschädigt wird. Die Militärverwaltung wolle nach Möglichkeit den Bauern die Manöverlast erleichtern, könne aber nicht auf die Manöver verzichten. Etwas entgegenkommender waren die Ausführungen der bayrischen und württembergischen Kriegsminister, während von allen Seiten des Reichstages in Rücksicht auf die thatsächlich vorhandene Futternoth sehr energisch der Ausfall der Herbstmanöver gefordert wurde. Die zweite, von sozialdemokratischer Seite ausgehende Interpellation, betraf das Verhalten des Polizeipräsidenten Feichter in Straßburg, der sich, nach Zeitungsmittheilungen, Bürgern gegenüber Ausdrücke erlaubt hat, die, wenn der Bericht der Wahrheit entspricht, ebenso brutal als schamlos sind. Bei Besprechung dieser Interpellation wurde die Reichsregierung, welche den Verlauf der gerichtlichen Untersuchung des Vorfalles abzuwarten gewillt ist, von verschiedenen Seiten dringend aufgefordert, der Mißwirthschaft in Elsaß-Lothringen ein Ende zu machen und die neuen Reichsbürger von dem sogenannten Diktaturparagraphen und den sonstigen Knebelungsgesetzen zu befreien. —

Dem neugewählten Reichstag fällt die Aufgabe zu, für Deckung der durch die Heeresverstärkung bedingten Kosten zu sorgen. Die nächste Session wird nach dieser Richtung hin lebhafte Kämpfe bringen, deren Ausgang uns jedoch nicht zweifelhaft ist, und die mit einer vermehrten Belastung der Arbeiterklasse endigen werden. Der sozialdemokratischen Fraktion ist ihre Aufgabe im Reichstage durch unser Programm gewiesen. Zielbewußt auf dem Boden des Klassenkampfes verharrend, führt die Sozialdemokratie auch im Parlament den Kampf gegen die heutige Gesellschaft unter der Parole: Nieder mit dem Militarismus. Nieder mit dem Kapitalismus. Wie wir die Wahlbewegung einzig in den Dienst unserer prinzipiellen Agitation stellen, so auch die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion. Die Sozialdemokratie ist und bleibt die unversöhnliche Feindin der bürgerlichen Gesellschaft, sie hört nicht eher auf zu kämpfen, bis der Arbeiterklasse die politische Macht erobert, bis die Klassenherrschaft gestürzt, die kapitalistische Wirthschaftsordnung beseitigt ist. —

Parteinachrichten.

Zur Naturgeschichte der Polizei in Frankfurt a. M. bringt die „Volksstimme" einen drastischen Beitrag.

Seit drei Jahren, schreibt unser Frankfurter Parteiblatt, konnten die Arbeiter in Rödelheim kein Versammlungslokal mehr erhalten; sämmtliche Wirthe erklärten, sie würden gemaßregelt, wenn sie ihre Räume zu diesem Zweck hergäben. Auch der Gesangverein „Immergrün" kann in Rödelheim kein Lokal mehr bekommen, weil alle Wirthe Maßregelungen befürchten. Der Verein muß seine Gesangstunden in Bockenheim abhalten. Ebenso ergeht es den Mitgliedschaften der Gewerksorganisationen. Im Februar laufenden Jahres gelang es den Arbeitern in Rödelheim, ein Privatlokal zu miethen, den Saal „Zum Heffischen Hof". In dem Anwesen befand sich früher eine Wirthschaft; der Saal stand aber seit Jahren unbenutzt leer, und als im vergangenen Jahre ein Bürger das Haus zum Wirthschaftsbetrieb miethen wollte, wurde die Konzession verweigert mit der Motivirung, es sei kein Bedürfniß vorhanden. Das betreffende Haus gehört mehreren Erben, die den Miterben Herrn Ayert, gegenwärtig Eisenbahn-Stationsverwalter in Nordhausen, zum Verwalter bestimmt haben. Dieser vermiethete den Saal an Herrn A. Wolf, welcher nun seit Anfang März d. J. Versammlungen daselbst abhalten ließ.

Die Polizei verlangte sofort verschiedene Aenderungen, die theilweise auch den Sicherheitsvorschriften entsprechend ausgeführt werden mußten, während andere Anforderungen durchaus zwecklos erschienen. Alle diesbezüglichen Aufforderungen richtete das Frankfurter Polizeipräsidium aber nicht an den derzeitigen Pächter, obgleich dieser verschiedene Mal darum ersuchte, sondern an den Verwalter Herrn Ayert in Nordhausen und forderte ihn dabei auf, zu verbieten, daß sozialdemokratische Versammlungen in seinem Saal abgehalten werden. Es mußte eine Thürversetzung und einige andere Schreinerarbeiten gemacht werden, deren nicht unerhebliche Kosten von Herrn Wolf resp. den Rödelheimer Genossen gedeckt wurden. Im Hochsommer dieses Jahres wurde von ihm verlangt, daß ein Schornstein aufgeführt und ein Sicherheitsofen gesetzt werde. Der Schornstein wurde gebaut. Im August wurde dem Verwalter in Nordhausen von dem Polizei-Präsidenten mitgetheilt, daß er eine Geldstrafe von 100 M. zu zahlen habe, wenn binnen einigen Tagen der Ofen nicht gesetzt werde. Das im Hochsommer so unentbehrliche Möbel wurde beschafft. Herr Ayert schickte damals wegen dieser dringenden Angelegenheit sogar ein Telegramm aus Nordhausen!

Unsere Genossen wollten nun noch einiges Weitere zur Herstellung des Saales im Innern anwenden. Das Gebäude bedurfte aber auch von Außen einiger Ausbesserungen, was sich besonders bei Regenwetter sehr bemerklich machte, und die Kosten hierzu sollte der Eigenthümer übernehmen. Auf ein diesbezügliches Schreiben an Herrn Ayert gab dieser nachstehende Antwort:

Nordhausen, den 10. September 1893.

Herrn A. Wolf, Rödelheim.

Das königliche Polizei-Präsidium hat bei meiner vorgesetzten Behörde Klage darüber geführt, daß ich die Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen in dem Sale (Rödelheim, Alexanderstr. 16) gestatte.

Ich kann als königlicher Beamter Versammlungen dieser Art nicht zugeben, und untersage hiermit von heute an jede weitere Benutzung des Saales in dieser Weise, da ich sonst die schlimmsten Folgen für meine Person zu tragen haben würde.

Das Miethverhältniß betrachte ich somit als aufgehoben umsomehr, da ich außer Stande bin, die weiter erforderlichen baulichen Aenderungen vorzunehmen, wozu u. a. auch die Herstellung eines Noth-Ausganges gehört, der auf keinen Fall durch den tiefer gelegenen Hof geführt werden darf. Ihre für Aufführung des Schornsteins 2c. gehabten Auslagen wollen Sie mir baldgefl. mittheilen. — Das Haus kommt in Kürze zum Verkauf.

Achtungsvoll

Ayert, Kgl. Eisenb. Mat.-Verwalter.

Da nun Herr Wolf den Saal auf 3 Jahre gemiethet hatte, so erklärte er Herrn Ayert, daß er auf dem Miethsvertrag bestände; da der Saal ja eben nur als Versammlungslokal einen Zweck für uns haben konnte. Herr Ayert schrieb hierauf unter dem 18. September:

Eine andere Nachricht kann ich Ihnen nach Lage der Verhältnisse unmöglich zukommen lassen. Sobald die mit den Erben schwebenden Verhandlungen wegen Tilgung einer auf dem Hause ruhenden Schuld geordnet sind, geht dasselbe spätestens am 1. November d. J. in den Besitz des Gläubigers über.

Ich ersuche Sie daher wiederholt und dringend, keine Versammlungen mehr in dem Saale abzuhalten, da nicht die Erben, sondern ich die größten Unannehmlichkeiten in diesem Falle zu gewärtigen hätte.

Das Miethsverhältniß würde ja ohnedies auch durch den Besitzwechsel am 1. November d. J. gelöst sein.

Achtungsvoll Ayert.

Unsere Genossen erklärten sich nun bereit, gegen eine Entschädigung von 200 M. für die bestrittenen Baukosten, von dem Vertrage zurückzutreten und Genosse Wolf übergab die Sache Herrn Rechtsanwalt Stulz zur Erledigung. Herr Aßert, oder vielmehr dessen Frau, erbot sich hierauf 100 M. als Entschädigung zu zahlen. Wenn Herr Wolf damit nicht einverstanden sei, so würde Herr Aßert „alsbald veranlassen, daß das Haus in den Besitz des Herrn Bankdirektor Türk übergeht, zu dem die Erben im Schuldverhältniß bezüglich des Hauses stehen; in diesem Falle wäre das Miethsverhältniß, wie Sie wissen, gelöst, ohne daß Ihnen irgend welche Entschädigung zukäme," So schrieb Frau Aßert unter dem 28. September. Genosse Wolf ließ durch den Anwalt erklären, daß er gegen eine Entschädigung von 150 Mark vom Vertrag zurücktreten werde. Mittlerweile war eine Parteiversammlung auf den 8. Oktober in dem Saale anberaumt und polizeilich angemeldet worden. Dieselbe konnte dort nicht mehr stattfinden. Am 2. Oktober sandte der Anwalt den Vermittelungsvorschlag nach Nordhausen, und bereits am 4. waren die 150 M. eingetroffen. Das Polizeipräsidium, dem wahrscheinlich Kenntniß von der Auflösung des Vertrags wurde, scheint nun befürchtet zu haben, daß die anberaumte Versammlung trotzdem im „Hessischen Hof" abgehalten würde; denn sie schickte dem Einberufer eine Mittheilung, wonach die Versammlung verboten wurde. Die Gründe waren nicht angegeben. Wollte man vielleicht dem Einberufer die Abmeldung ersparen? Nun, „du hast's erreicht, Ottavio!" Die Rödelheimer Genossen haben vorläufig kein Versammlungslokal mehr.

* * *

Sächsische Gemüthlichkeit. Redakteur Künzel, der wegen angeblicher Privatbeleidigung (!!!) am Donnerstag verhaftet, aber am Freitag Abend wieder entlassen wurde, theilt in der „Vogtl. Volks-Ztg." mit, daß derselbe Mann, den er beleidigt haben soll, während der Zeit verduftet ist und die Verhandlung gegen Künzel deshalb auf unbestimmte Zeit vertagt werden mußte.

* * *

K. k. österreichisch-ungarische Preßfreiheit. Wenzel Sturc, der Redakteur des czechischen Parteiblattes „Svornoß" (Zukunft) wurde am 17. Oktober vom Schwurgericht Leitmeritz wegen des „Verbrechens" der Störung der öffentlichen Ordnung zu einer achtmonatlichen Kerkerstrafe verurtheilt. O, du mein Oesterreich!

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Wegen Beleidigung zweier Schiffszimmerer, die sich zu Denunziantendiensten hergegeben hatten, wurde der Redakteur Ströbel von der „Schlesw.-Holst. Volks-Zeitung" vom Schöffengericht Kiel zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt. Berufung wird eingelegt.

Soziale Uebersicht.

An die Lohgerber, Lederzurichter und Berufsgenossen Berlins. Die Lohgerber und Lederzurichter Wiens befinden sich in einem Ausstand, der ihnen seitens des Unternehmerthums aufgedrängt worden ist. Bis jetzt sind es 16 Gerbereien mit über 1100 Kollegen, die den Kampf mit den Unternehmern aufgenommen haben und die fest entschlossen sind, komme, was da wolle, bis auf den letzten Mann in dem Kampfe auszuharren. Also, Kollegen, auf und nicht lange säumen. Ihr dürft die Wiener Kollegen nicht im Kampfe gegen das Kapital erlahmen lassen und müßt mit allem Eifer dafür eintreten, daß wir ihnen materielle Unterstützung zukommen lassen können. Kollegen, scheut nicht die Opfer, Ihr müßt denken: heute ihnen, morgen uns. Wir richten daher den Appell an Euch, diesen Streik während der ganzen Dauer ungeschwächt zu unterstützen. Wir hoffen, daß diese Mahnung ernst bedacht, aber auch ernst behandelt wird. Wir sind den Wiener Kollegen umsomehr verpflichtet, weil sie es gewesen sind, die uns seiner Zeit in unserem Kampf mit ganz bedeutenden Mitteln zur Seite gestanden haben. Also vorwärts Berufsgenossen, zeigt daß Ihr Euch solidarisch fühlt mit Eueren Wiener Kollegen; Ihr wißt, schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Da Sammellisten von unserer Organisation erst nächste Woche verbreitet werden können, so bitten wir die Kollegen, unter sich zu sammeln und die Beträge an G. Busse, Sophienstr. 28/29 abzugeben.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Lohgerber, Lederzurichter und Berufsgenossen Berlins.
J. A.: G. Busse, Sophienstr. 28/29.

An die Töpfer (Hafner) und Berufsgenossen aller Länder! Auf dem im Juni dieses Jahres in Halle a. S. abgehaltenen achten Kongreß der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands wurde eine aus drei Personen bestehende internationale Kommission gewählt. Diese Kommission hat die Aufgabe, mit allen außerhalb Deutschlands beschäftigten Töpfern und Berufsgenossen oder deren Vertrauensmännern behufs Gründung einer internationalen, alle Zweige der Thonwaaren-Industrie umfassende Organisation, in schriftliche Verbindung zu treten. Der achte deutsche Töpferkongreß ging von der Ansicht aus, daß es an der Zeit sei; gegenüber der sich immer mehr ausbreitenden Großindustrie, dem Anwachsen des Großkapitals und der daraus immer schärfer hervortretenden Anmaßung der Unternehmer, in allen die Thonwaaren-Industrie umfassenden Berufen ein festes Bollwerk zu schaffen, welches geeignet wäre, der immensen Ausbeutung zu begegnen.

Töpfer, Berufsgenossen! Auf grund dieser Kongreßbeschlüsse, welche identisch sind mit denjenigen des österreichischen Töpfer- (Hafner-) Kongresses, laden wir Euch hiermit freundlichst ein, mit uns in diesbezügliche Korrespondenz zu treten, damit unsere allseitige Annäherung den vom Kongreß gewünschten Erfolg haben kann, gleichzeitig aber auch der arbeitenden Welt den Beweis liefert, daß wir nicht etwa die Letzten sein wollen, welche an dem Massenkampf der Gewerkschaften theilnehmen; jener gewerkschaftlichen Bewegung, deren Endziel doch die vollständige Befreiung der Arbeit für uns ist und sein muß. Also, vorwärts, ans Werk!

Alle Zuschriften sind zu richten an den Obmann der Kommission B. Przytulski, Berlin SO., Naunynstr. 56, II. r.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Genosse Theodor von Wächter aus Württemberg wird am Mittwoch, den 25. Oktober, in Märtens Salon, Friedrichstr. 236, einen Vortrag halten über das Thema: „Ist der Kampf ums Dasein auch für den Menschen eine Naturnothwendigkeit." Bei dem großen Interesse, welches dieses Thema in Anspruch nehmen dürfte, ersuchen wir die Kollegen und Kolleginnen, möglichst frühzeitig in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Lokalverwaltung des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes.

Achtung, Gerber! Wilster, 17. Oktober. Die in der Müller'schen Lederfabrik in Wilster beschäftigten Falzer haben wegen ausgebrochener Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt und ersuchen dringend, den Zuzug dorthin fernzuhalten. Anfragen sind zu richten an Lange, Landrecht Nr. 18, Wilster. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Hundert Mark und eine alte Dienstkleidung als Abfindungssumme für sechszehnjährige treue Dienste. Wem anders wäre wohl eine solche Riesengroßmuth zuzutrauen, als dem Staat, dem Staat der Sozialreform. Man höre, was unser Bruderblatt, das „Nordd. Volksblatt" mittheilt. An der Eisenbahnstrecke Oldenburg-Osnabrück wartet ein Bahnwärter seit dem Jahre 1877 seines verantwortungsreichen Amtes, nachdem er zuvor schon bei dem Bau der Bahn thätig gewesen ist. Derselbe hatte eine Strecke von nahezu zwei Kilometer zu überwachen, innerhalb welcher vier Bahnübergänge sich befanden, die beim Durchkommen des Zuges geöffnet und geschlossen werden mußten. Bei dem Hauptübergang, den der Wärter persönlich überwachen mußte beim Passiren der Züge, war noch nicht einmal eine Wärterbude angebracht; die Wohnung des Wärters liegt 5 Minuten vom Uebergang entfernt. Für diese Thätigkeit im Interesse der Sicherheit der Reisenden bezog er außer billiger Wohnung und dem Ertrag eines Stückchen Pacht-Landes einen Gehalt von täglich 1,30 M., der sich in homöopathischen Dosen steigerte bis auf 1,80 M. Bis zum ersten Oktober d. J. waltete der Bahnwärter ununterbrochen, also 16 Jahre und 7 Monate seines Amtes. Mit diesem Tage mußte er aus seiner Stellung scheiden, weil bei ihm im Laufe der langen Dienstjahre Farbenblindheit eingetreten war. Der Mann glaubte nun eine Pension zu erhalten, doch hatte er sich darin sehr getäuscht. In jüngeren Jahren hatte er sich um die Pensionsverhältnisse nicht bekümmert, nun er entlassen war, wußte er nicht, gab es eine solche oder nicht. Er wußte auch nicht, an wen er sich um Erlangung einer Pension wenden sollte. Ein Freund, an den er sich wandte, nahm sich seiner an, fand jedoch bald, daß eine Pension nicht zu erlangen war. Eine Pensionskasse hat seiner Zeit bestanden, dieselbe ist jedoch, als die Alters- und Invalidenversicherung ins Leben trat, aufgelöst und, wie unser armer entlassener Bahnwärter sagt, sind die Gelder anderen Kassen zur Unterstützung von Bahnbeamten zugewiesen worden. Nach den Erkundigungen, die wir eingezogen, sind die Fonds an die Mitglieder der Kasse vertheilt worden. Kurzum, der Mann, der fast 17 Jahre der Staatsbahn gedient, hat also, nachdem er dienstuntauglich, keinen Anspruch an die Eisenbahnverwaltung auf irgend eine Pension oder laufende Unterstützung. Der Freund, der dem Bahnwärter in der Erlangung einer Pension beistand, richtete für ihn dennoch ein Bittgesuch an die Eisenbahndirektion zu Oldenburg. Darauf lief folgendes den Gegenwartsstaat so sehr bezeichnendes Antwortschreiben ein:

„An den Bahnwärter N. N.

Wie Ihnen bereits vor mehreren Monaten von dem Bahnmeister Witte eröffnet worden ist, haben Sie wegen vollständiger Farbenblindheit am 1. Oktober d. Js. aus Ihrer Stellung als Bahnwärter auszuscheiden, auch Ihre Dienstwohnung zu demselben Tage zu räumen. Eine laufende jährliche Unterstützung können wir Ihnen nicht gewähren, jedoch haben wir Ihnen in Anerkennung Ihrer treuen Dienste und in Ansehung Ihrer dürftigen Verhältnisse eine einmalige Unterstützung von 100 M. bewilligt, welche in 2 Raten (von 50 M.) am 1. Oktober d. J. und am 1. Januar kommenden Jahres an Sie ausgezahlt werden wird. Ferner haben wir genehmigt, daß Sie die in Ihrem Besitze befindliche Dienstkleidung unentgeltlich behalten können.

Großherzogl. Eisenbahn-Direktion.
(Unterschrift unleserlich.)"

Eine einmalige Unterstützung von hundert Mark und eine alte Dienstkleidung als Abfindung für sechszehnjährige treue Dienste. Welch eine schwere Anklage gegen den oldenburger Staat, gegen die großherzogliche Eisenbahn-Direktion, die doch nicht minder als andere Staatsinstitute dieser Art pocht auf ihre Fürsorge für die niederen Beamten und strengstens maßregelu würde, wenn einer derselben seine sozialdemokratische Gesinnung offen zur Schau trüge. Abgesehen davon, daß die Eisenbahnverwaltung die unteren und besonders die untersten Beamten schlecht bezahlt, sie sorgt nicht einmal für die Sicherstellung dieser Beamten vor Noth und Sorge im Alter, denn der Bezug der Invaliden- oder Altersrente, kann man die ernsthaft als solche ansehen? Ist es erhört, daß ein Mann, der 17 Jahre dem Staate treu gedient, weiter keine Versorgung im Alter bekommt als die Invaliden- und Altersrente? Ist es erhört, daß die Bahnverwaltung eine bestehende Pensionskasse anstatt auszubauen und zu verbessern auflöst und die 33⅓ Pfg. täglicher Rente für ihre Beamten als genügend erachtet? Wir sagen — nein. Wir sagen, die Stellung dieser Bahnbeamten zeugt von einer Außerachtlassung der Fürsorge, die den herbsten Tadel verdient und schleuniger Abhilfe bedarf!

Die Frage, ob sich die Kommission der Gewerkschaften Dortmunds als Verein konstituiren müsse, ist vor einigen Tagen in der Berufungsinstanz vor der Strafkammer des Dortmunder Landgerichts verhandelt worden. Die leitenden Personen der im Mai vorigen Jahres gebildeten Kommissionen hatten es trotz der Aufforderung der Polizeibehörde unterlassen, die Kommissions-Mitglieder (gemäß § 2 des preußischen Vereinsgesetzes) der Behörde anzumelden und ein Statut einzureichen. Darauf waren der Schuhmacher Spiekermann, der Zimmermann Zerbst und der Schriftsetzer Böcking als Leiter der Kommission mit Strafmandaten bedacht worden. Vom Schöffengericht, dessen Entscheidung angerufen wurde, war gegen Spiekermann auf 50 M., gegen Böcking und Zerbst auf je 15 M. Geldstrafe erkannt worden. In der gestrigen Verhandlung wurde unter Beweis gestellt, daß der Vorstand der Kommission sofort nach dem Eingreifen der Polizeibehörde aufgelöst wurde und von da an Spiekermann allein der Kommission als Vertrauensmann vorgestanden hatte. Die Berufung Spiekermann's wurde verworfen, gegen Böcking und Zerbst wurde auf Freisprechung erkannt. Der Gerichtshof nahm an, daß die Kommission ein Verein sei und daß in den Sitzungen öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien, daher falle die Kommission unter § 2 des Vereinsgesetzes.

Daß die Sozialdemokratie an allen Gebrechen der Welt schuld ist, wird immer mehr zum Dogma des deutschen Philisterthums. In Burgstädt hat sich ein „Verein zur Wahrung der Interessen einheimischer Geschäftsleute" gebildet, der sich mit den Ursachen der Noth seiner Interessenten beschäftigt. Als einen der Gründe nennt der Verein: „Die sozialdemokratische Presse und das Gebahren deren Agitatoren, die das immer weiter um sich greifende Konsumvereinswesen fördern, einen Produktenvertheilungsverein ins Leben gerufen haben und Hetzereien gegen die Interessen hiesiger Geschäftsleute unablässig betreiben." Bald wird es dahin kommen, daß der Kartoffelmißwachs, die Cholera und der immer mehr um sich greifende Kretinismus des deutschen Bürgerthums ebenfalls der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben wird.

Ein Gewerbegericht wird nächstdem auch Bremerhaven erhalten. Die Wahlen finden bereits am 1. November statt.

Von einem neuen Gewerkschaftsblatt, das gewiß das Interesse der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder erregen wird, liegt uns heute die Probenummer vor. Das neue Arbeiterblatt kommt aus Wien und nennt sich „Der Eisenbahner", Zentralorgan des österreichischen Eisenbahn-Personals. Daß gerade aus Oesterreich das erste Kampforgan für die im Staatsdienst frohnenden Lohnsklaven kommt, legt ein rühmendes Zeugniß ab für den Eifer, der in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und in der Bewegung der Eisenbahnarbeiter im besonderen herrscht. Wir denken, daß das neue Arbeiterblatt auch bei den deutschen Eisenbahn-Arbeitern bald Beachtung finden wird. Es erscheint, wie bemerkt, in Wien X, Von der Nüllgasse 18, monatlich zweimal, und kostet für das halbe Jahr 1 M. 75 Pf.

Treu und Glauben bei den Stützen der Gesellschaft. In seinem Handelstheil moralisirt das berufenste Organ des Börsenjobberthums, das „Berliner Tageblatt", wie folgt: Während die Börsen als die berufensten Repräsentanten des Handels allen anderen Erwerbsklassen in der Pflege von Treue und Glauben vorangehen sollten (!), hat auch in bezug auf die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen an den Börsen eine höchst bedenkliche Laxität Platz gegriffen. . . . . Wie allgemein angenommen wird, vergeht an der Berliner Börse kaum ein einziger Ultimo, an dem nicht dieser oder jener Winkelspekulant oder Winkelmakler akkordirt, um am nächsten Tage bereits wieder das unwirthschaftliche Gewerbe, das ihn eben zu Fall gebracht hatte, weiter zu betreiben. In anderen Fällen werden wiederum Akkorde mit Personen abgeschlossen, die bei gutem Willen durchaus im stande wären, ihre Verpflichtungen voll zu erfüllen, und auch in diesen Fällen setzen eben diese Persönlichkeiten sehr bald ihre bedenklichen Börsenspekulationen fort.

So bemoselt und beschammelt sich das Börsengaunerthum unter dem Schutz von Ordnung und Recht, daß sich die Balken biegen. Und das sind dieselben Brüder, die ihren Arbeitern den sauer verdienten Wochenlohn einbehalten, damit sie eine Garantie gegen deren etwaigen sogenannten Kontraktbruch in Händen haben, ja, die noch mehr als das, höchlichst entrüstet thaten, als der Reichstag trotz eifrigen Drängens nicht daran wollte, Arbeiter mit Gefängniß zu belegen, die ihre Hungerlöhne durch einen die Unternehmer unvorbereitet treffenden Streik um ein Geringes aufbessern wollen. O, heilige Ordnung!

Verhütung von Unfällen an Brennöfen. Die Fürsorge vieler Unternehmer für Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter wird in ein helles Licht gerückt durch den Bericht des Gewerberaths des Regierungsbezirks Oppeln über die Unfälle in der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft in seinem Bezirke, welcher u. a. besagt: Ein Arbeiter fiel in den Schacht eines Rumford'schen Kalkbrennofens und verbrannte. Dieser Vorfall gab Anlaß zur eingehenden Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse und führte sowohl mit Rücksicht auf die Minderung der Unfallgefahren als auch gleichzeitig auf die Beseitigung der gesundheitsschädlichen Einwirkungen der Kalköfen-Gichtgase auf die Arbeiter zu verschiedenen Maßnahmen und zur Aufforderung, zunächst an die wirthschaftlich Stärksten der in Frage stehenden Gewerbetreibenden, sicher wirkende Schutzvorrichtungen anzubringen. Ohne daß den Besitzern bezüglich der Art und Weise der Ausführung vorgegriffen werden sollte, erschien es mir persönlich am geeignetsten, daß die Oefen mit einem 5—6 Meter hohen gemauerten kaminförmigen Aufsatz mit den erforderlichen Einschüttöffnungen versehen würden. Es wurde ferner vorgeschlagen, die Einfüllwagen als Kopfkipper zu bauen, damit die Schüttöffnungen möglichst eng gehalten werden könnten. Durch gütliche Einwirkung in wiederholten Besprechungen konnte ein Fortgang der Sache nicht erzielt werden, weshalb in einem Falle die Einrichtung mittelst polizeilicher Verfügung durchgesetzt wurde. Nachdem hier die praktische Durchführbarkeit in hinreichender Weise dargethan war, wurden weitere Maßnahmen ergriffen, die noch in der Schwebe sind, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Betrieb der Rumfordschen Oefen während eines größeren Jahresabschnitts ruht. Beim Betriebe der Dietz'schen Zement-Brennöfen tritt häufig der Fall ein, daß die niedergehenden Beschickungsmaterialien zusammenschmelzen, an den Ofenwänden festbacken und von den Arbeitern mittelst schwerer Werkzeuge losgebrochen werden müssen. Beim Niederfallen der Materialien schlägt eine lange Flamme zu den Schachtöffnungen heraus; hierdurch sind öfter heftige Verbrennungen, zum Theil mit tödtlichem Ausgange, vorgekommen. Ein Mittel, durch welches die Arbeiter in unbedingt zuverlässiger Weise geschützt werden könnten, ist noch nicht bekannt, und ich habe mich vor der Hand damit begnügen müssen, zu fordern, daß die Arbeitsbühnen so eingerichtet werden, daß die Arbeiter im Moment des Herausschlagens der Flamme sich mit Leichtigkeit an einen geschützten Ort begeben können; ich habe ferner an die Fabriken das Ersuchen gerichtet, die gefährliche Arbeit stets unter Aufsicht zuverlässiger Meister ausführen zu lassen. Dann ist es noch empfehlenswerth, die Zementschargen jeweils in zwei Abschnitten abzuziehen und beim ersten Mal nur soviel abzulassen, als erforderlich ist, die oben erwähnte Erscheinung festzustellen und zu beseitigen, und danach erst das Abziehen des Zements zu vollenden. Auf diese Weise wird die Bildung größerer Hohlräume im Ofen vermieden und damit die Stärke der herausschlagenden Flamme ganz erheblich geschwächt. — Die Herren Unternehmer werden sich natürlich beeilen, dem Ersuchen des Gewerberathes und dessen Anregungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter — nicht Folge zu leisten!

Unser herrliches Versicherungswesen. Zu dem Kapitel der Arbeiterbenachtheiligung durch die Berufsgenossenschaften wird folgendes bekannt. Ein Arbeiter war, wie der „Volkswille" mittheilt, unter Umständen verunglückt, die es zweifelhaft erscheinen ließen, ob die eine oder andere Berufsgenossenschaft die Rente zu zahlen habe. Aus freien Stücken zahlte keine. Der Arbeiter starb; nach Ansicht der Frau war die Bauberufsgenossenschaft zunächst verpflichtet und das zuständige Schiedsgericht bestätigte diese Auffassung. Nun wendet sich die Frau an die ihr bezeichnete landwirthschaftliche Genossenschaft, aber auch diese lehnte jede Verpflichtung ab und das betreffende Schiedsgericht bestätigte seinerseits die Ablehnung, weil die Bauberufsgenossenschaft haftbar sei.

Nun ging die Sache an das Reichs-Versicherungsamt. Dieses entscheidet, daß die Bauberufsgenossenschaft zur Zahlung der Rente verpflichtet sei. Die Bauberufsgenossenschaft beruft sich aber auf das Erkenntniß des Schiedsgerichts, wonach sie nicht verpflichtet sei — ein Erkenntniß, gegen welches die Wittwe sofort hätte Rekurs einlegen müssen, wenn sie es nicht als zutreffend ansah; da sie indessen diesen Rekurs nicht einlegte, so — bekommt sie gar nichts, denn der Buchstabe des Gesetzes giebt ihr Unrecht, sie hat den Rekurstermin nicht innegehalten! Daß dabei so und so viel Rechtsirrthümer seitens derjenigen vorkommen, die eigentlich nicht so viel Irrthümer begehen sollten, nämlich die Berufsgenossenschaften, ändert an der Sache nichts — die Frau mit ihren Kindern ist um die Rente gekommen und zwar juristisch von Rechts wegen, moralisch von Unrechts wegen! —

Fälle dieser und ähnlicher Art, in denen die Angehörigen des Arbeiters, der sich zur höheren Ehre des Profits hingeopfert schließlich das leere Nachsehen hatten, sind seit Bestehen der Unfallversicherung fort und fort an die Oeffentlichkeit gedrungen. Eine Aenderung zum Bessern ist bisher nicht erfolgt und wird bei dem verzwickt-bureaukratischen System, das heute der Arbeiterversicherung zu Grunde liegt, auch nicht eintreten. Wie die Justiz erst gesunden kann, wenn sie von wirklichen Volksrichtern ausgeübt wird, so kann das Arbeiterversicherungswesen erst zum Besten der Arbeiterschaft wirken, wenn, wie es sich mit Fug und Recht gehört, die Leitung desselben einzig in den Händen von Arbeitern liegt.

Unfälle. Bei der Ziegelei-Berufsgenossenschaft gelangten im dritten Vierteljahr 1893 zur Anmeldung 819 Unfälle. Von diesen hatten 27 den Tod, 183 schwere Verletzungen, 609 leichte Verletzungen im Gefolge; 74 ereigneten sich in Lehmgräbereien, 565 in Ziegeleien, 23 in Töpfereibetrieben, 16 in Torfbetrieben, 44 in Nebenbetrieben und 97 außerhalb eines Betriebes.

In Leipzig ist durch das Rathsbauamt ein Volks-Brausebad erbaut worden, welches der Vollendung nahe ist und in nächster Zeit der Benutzung übergeben werden soll. Dieses Volks-Brausebad ist die erste derartige, besonders für die zahlreiche Arbeiterbevölkerung bestimmte gemeinnützige Anstalt in Leipzig und hilft einem längst gefühlten Bedürfnisse ab.

Berichtigung. In dem Aufruf der Zigarrensortirer in der Sonntagsnummer muß es heißen, der wöchentliche Beitrag beträgt 25 Pf. nicht 35 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.